

# GEOPOLITISCHE INFORMATION 1/2026

Geoökonomie als geopolitischer Machtfaktor:  
Handlungsoptionen im Kontext von Interessenspolitik



Reciprocal Tariffs		Tariffs Charged to the U.S.A.	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
Japan			34%
India			20%
South Korea			9%
Thailand			
Switzerland			
Indonesia			
Malaysia	47%	24%	
Cambodia	97%	9%	
United Kingdom	10%	0%	
South Africa	60%		
Brazil	10%	10%	
Bangladesh	74%	37%	
Singapore	10%	10%	
Israel	33%	17%	
Philippines	34%	17%	
Chile	10%	10%	
	10%	10%	
	58%	29%	
	10%	10%	
	88%	41%	
	10%	10%	





# VORWORT

Das Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr (ZGeoBw) ist die zentrale Dienststelle des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr (GeoInfoDBw). Es deckt den Bedarf der Streitkräfte an weltweiten, flächendeckenden und qualitätsgesicherten Geoinformationen sowie an umfassender geowissenschaftlicher Beratung für die Planung und Durchführung militärischer Operationen. Die angewandte Ressortforschung des Zentrums orientiert sich konsequent am Bedarf der Nutzenden und ihrer Systeme. Ziel der Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist die nachhaltige Verbesserung der GeoInfo-Unterstützung im gesamten Aufgabenspektrum der Bundeswehr. Hierzu zählen, neben Auftragsarbeiten, auch eigene Untersuchungen und Studien.

Der Geoinformationsdienst der Bundeswehr beschäftigt sich u. a. mit der Bedeutung von Geofaktoren für die Krisen- und Konfliktentstehung. Dieser Ansatz unterscheidet sich somit von rein sozialwissenschaftlichen oder akteursdominierten Perspektiven und fokussiert thematisch auf die Geofaktoren in der Konfliktforschung. Naturräumliche Rahmenbedingungen reichen aber als alleinige erklärende Faktoren nicht aus. Bei der Analyse, Beurteilung und Prognose von Krisen und Konflikten müssen alle beteiligten und auslösenden Faktoren sowie ihre Interaktionen umfassend berücksichtigt werden (u. a. soziale, wirtschaftliche, politische, kulturelle, historische Faktoren). Hierzu sind eine multifaktorielle Analyse sowie ein interdisziplinärer Ansatz, wie er in der Geographie üblich ist, unerlässlich. Geofaktoren werden hierbei in ihrer jeweils fallspezifisch-variierten Gewichtung betrachtet, um adäquate Vermeidungs- oder Unterstützungsstrategien aus diesem Kontext anbieten zu können. Die Bundeswehr wird in ihren Einschätzungen zu Krisen und Konflikten sowie konkreten Einsätzen mit der (geopolitischen) Realität konfrontiert. Sie kann dabei Gewalt ausgesetzt werden oder muss, ihrem Fähigkeitsprofil und Auftrag entsprechend, militärische Gewalt ausüben können. Eine faktenbasierte Analyse und Bewertung der Lage ist somit von essenzieller Bedeutung, um eine realistische Beratungsfunktion durch den GeoInfoDBw zu gewährleisten.

Die Geopolitischen Informationen werden durch wissenschaftliches Personal des GeoInfoDBw erstellt. Erkenntnisse ziviler wissenschaftlicher Einrichtungen und Veröffentlichungen sowie frei verfügbare Datenquellen werden bezüglich ihrer Bedeutung für geopolitische/strategische Fragestellungen ausgewertet, um im Rahmen der GeoInfo-Unterstützung den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung zu beraten.

Die getroffenen Aussagen und Schlussfolgerungen spiegeln somit keine persönliche Meinung der Beitragserstellenden wider, sondern sie folgen dem wissenschaftlichen Kausalitäts-Grundprinzip aus Ursache und Wirkung. Methodisch

kennzeichnet die Wissenschaft entsprechend das gesicherte und in einen rationalen Begründungszusammenhang gestellte Wissen, welches kommunizierbar und überprüfbar ist sowie bestimmten wissenschaftlichen Kriterien folgt. Ein konstruktivkritischer Diskurs und die Kritikfähigkeit sind fundamentale Bestandteile wissenschaftlicher Arbeit. Wissenschaftliche Aussagen und Schlussfolgerungen orientieren sich explizit nicht an einer parteipolitischen oder diplomatischen Haltung, sondern sind der Wahrheitsfindung bzw. der Realität verpflichtet. Dies schließt, aus fachlicher Sicht, selbstverständlich eine kritische Beurteilung der Regierungsarbeit von aktiven politischen Akteuren im geopolitischen Kontext, mit ein.

Kritische Reflektionsfähigkeit, objektive Meinungsbildung, konstruktive Kritik, freie Meinungsäußerung sind Teile der Führungskultur der Bundeswehr. Sie basiert auf den Werten und Normen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die veröffentlichten Studienarbeiten spiegeln keine offiziellen Positionen des Bundesministeriums der Verteidigung wider, sondern liegen in der Verantwortung der Verfassenden.

Die aktuelle Ausgabe wurde durch Professor Dr. Christian von Soest begutachtet (Peer-Review). Professor von Soest leitet die Politikberatung und das Berlin Büro des German Institute for Global and Area Studies (GIGA). Er ist außerdem Honorarprofessor an der Universität Göttingen.



*Sabine Reppin*

Sabine Reppin, Flottillenadmiral  
Kommandeurin ZGeoBw und Leiterin GeoInfoDBw

# INHALT

ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....	5
FOTOVERZEICHNIS .....	6
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....	7
ZUSAMMENFASSUNG .....	8
ABSTRACT .....	8
1. THEMEN- UND PROBLEMSTELLUNG .....	9
2. GRUNDLAGEN DER GEOÖKONOMIE .....	10
2.1. Geographische Perspektiven .....	10
2.2. Theoretische Grundlagen und Politikansätze .....	12
2.3. Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer globalisierten Wirtschaft .....	19
3. STRATEGISCHE ASPEKTE UND ENTWICKLUNGEN .....	20
3.1. Machtverschiebungen .....	20
3.2. Ökonomische Abhängigkeiten vs. internationale Arbeitsteilung .....	22
4. FALLSTUDIEN .....	27
4.1. Chinas Seidenstraßen-Strategie und seine geostrategische Lage .....	27
4.2. Der Aufstieg der BRICS-Länder .....	30
4.3. Neo-merkantilistische Wirtschaftspolitik im Aufbruch – Die Beispiele China und die USA .....	33
4.4. Die deutsche Wiedervereinigung im europäischen Kontext – Währungspolitik als geopolitischer Ausgleich .....	35
5. ZENTRALE ERKENNTNISSE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN .....	38
QUELLEN .....	44
ÜBER DEN GUTACHTER .....	55
ÜBER DIE AUTOREN .....	55
LETZTE VERÖFFENTLICHUNGEN .....	57

# ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<b>Abb. 1:</b>	Die Heartland-Theorie ergänzt mit der Rimland-Theorie (Quelle: Nicolas Spykman <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Nicholas_J._Spykman#/media/Datei:%D0%A5%D0%B0%D1%80%D1%82%D0%BB%D0%B5%D0%BD%D0%B4_%D0%B8_%D0%A0%D0%B8%D0%BC%D0%BB%D0%B5%D0%BD%D0%B4.jpg">https://de.wikipedia.org/wiki/Nicholas_J._Spykman#/media/Datei:%D0%A5%D0%B0%D1%80%D1%82%D0%BB%D0%B5%D0%BD%D0%B4_%D0%B8_%D0%A0%D0%B8%D0%BC%D0%BB%D0%B5%D0%BD%D0%B4.jpg</a> [Stand 25.07.2025], CC BY-SA 4.0) _ _ _ _ _	11
<b>Abb. 2:</b>	Globaler Norden und Globaler Süde (Quelle: ZGeoBw, Landeskundliche Beratungszentrale)_ _ _ _ _	12
<b>Abb. 3:</b>	Der russische Bär, der britische Löwe und der afghanische Emir Kha (Quelle: Punch Magazin (1878), London <a href="https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Great_Game_cartoon_from_1878.jpg#">https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Great_Game_cartoon_from_1878.jpg#</a> [Stand 10.10.2025], gemeinfrei) _ _ _ _ _	20
<b>Abb. 4:</b>	Die Neue Seidenstraße: Belt and Road Initiative (Quelle: Mercator Institute for China Studies (Merics) <a href="https://merics.org/de/tracker/die-vermessung-der-belt-and-road-initiative-eine-bestandsaufnahme">https://merics.org/de/tracker/die-vermessung-der-belt-and-road-initiative-eine-bestandsaufnahme</a> [Stand 16.01.2025]) _ _ _ _ _	27
<b>Abb. 5:</b>	BRICS-Mitglieds- und Partnerstaaten (Quelle: ZGeoBw, Landeskundliche Beratungszentrale)_ _ _ _ _	31

# FOTOVERZEICHNIS

<b>Titelbild:</b> Trump am von ihm ausgerufenen Liberation Day. (Quelle: Official White House Photo <a href="https://fr.wikipedia.org/wiki/Fichier:Trump_showing_a_chart_with_reciprocal_tariffs_(cropped).jpg">https://fr.wikipedia.org/wiki/Fichier:Trump_showing_a_chart_with_reciprocal_tariffs_(cropped).jpg</a> [Stand 07.10.2025], Public Domain)	
<b>Foto 1:</b> Hauptgebäude des UralWagonZavod (Quelle: Hardscarf <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Uralwagonsawod#/media/Datei:Uralvagonzavod_building.jpg">https://de.wikipedia.org/wiki/Uralwagonsawod#/media/Datei:Uralvagonzavod_building.jpg</a> [Stand 27.01.2026], Gemeinfrei)	17
<b>Foto 2:</b> Bundeskanzler Friedrich Merz zu Gast im Weißen Haus (Quelle: The White House <a href="https://en.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Merz#/media/File:President_Donald_Trump_holds_a_bilateral_meeting_with_German_Chancellor_Friedrich_Merz_on_June_5,_2025_in_the_Oval_Office.jpg">https://en.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Merz#/media/File:President_Donald_Trump_holds_a_bilateral_meeting_with_German_Chancellor_Friedrich_Merz_on_June_5,_2025_in_the_Oval_Office.jpg</a> [Stand 28.01.2026], Public Domain)	21
<b>Foto 3:</b> Der chinesische Staatskonzern COSCO ist mit einer Minderheitsbeteiligung von 24,99 Prozent am Container Terminal Tollerort im Hamburger Hafen beteiligt. (Quelle: Sölch, A. <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Hafen#/media/Datei:Containerschiff_im_Hamburger_Hafen.jpg">https://de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Hafen#/media/Datei:Containerschiff_im_Hamburger_Hafen.jpg</a> [Stand 28.01.2026], CC BY-SA 3.0)	29
<b>Foto 4:</b> BRICS-Gipfeltreffen 2019 in Brasilien (Quelle: Alan Sanrtos, <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Wladimirowitsch_Putin#/media/Datei:Leaders_BRICS_summit_2019.jpg">https://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Wladimirowitsch_Putin#/media/Datei:Leaders_BRICS_summit_2019.jpg</a> [Stand 07.10.2025], CC BY 2.0)	30
<b>Foto 5:</b> Donald Trump und Xi Jinping auf einem Gipfeltreffen 2025 in Südkorea (Quelle: The White House, <a href="https://en.wikipedia.org/wiki/Xi_Jinping#/media/File:President_Donald_Trump_greets_Chinese_President_Xi_Jinping_before_a_bilateral_meeting_at_the_Gimhae_International_Airport_terminal_(54890669668).jpg">https://en.wikipedia.org/wiki/Xi_Jinping#/media/File:President_Donald_Trump_greets_Chinese_President_Xi_Jinping_before_a_bilateral_meeting_at_the_Gimhae_International_Airport_terminal_(54890669668).jpg</a> [Stand 24.03.2026] Public Domain)	34
<b>Foto 6:</b> Menschenmengen auf der Berliner Mauer Ende 1989 nach dem historischen Mauerfall (Quelle: Lear 21, <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Wiedervereinigung#/media/Datei:West_and_East_Germans_at_the_Brandenburg_Gate_in_1989.jpg">https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Wiedervereinigung#/media/Datei:West_and_East_Germans_at_the_Brandenburg_Gate_in_1989.jpg</a> [Stand 10.10.2025], CC BY-SA 3.0)	35
<b>Foto 7:</b> António Costa, Narendra Modi und Ursula von der Leyen in Indien nach der Vertragsunterzeichnung (Quelle: European Union, <a href="https://en.wikipedia.org/wiki/India%E2%80%93European_Union_Free_Trade_Agreement#/media/File:Ant%C3%B3nio_Costa,_Narendra_Modi,_and_Ursula_von_der_Leyen_in_India_-_2026.jpg">https://en.wikipedia.org/wiki/India%E2%80%93European_Union_Free_Trade_Agreement#/media/File:Ant%C3%B3nio_Costa,_Narendra_Modi,_and_Ursula_von_der_Leyen_in_India_-_2026.jpg</a> [Stand 02.02.2026], CC BY 4)	40

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>A2/AD</b>	<i>Anti-Access/Area Denial</i> , dt.: Verwehrung des Zugangs/Verweigerung des Gebiets
<b>AfD</b>	Alternative für Deutschland
<b>ASEAN</b>	<i>Association of Southeast Asian Nations</i> , dt.: Verband Südostasiatischer Nationen
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>BRICS</b>	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
<b>BVR</b>	<i>Beyond Visual Range</i> , dt.: Gefechten außerhalb der Sichtweite
<b>BMD</b>	<i>Ballistic Missile Defense</i> , dt.: ballistische Raketenabwehr
<b>BRI</b>	<i>Belt and Road Initiative</i>
<b>CDU</b>	Christlich Demokratische Union
<b>CPTPP</b>	<i>Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership</i> dt.: Umfassende und fortschrittliche Vereinbarung für eine Trans-Pazifische Partnerschaft
<b>DDR</b>	Deutsche Demokratische Republik
<b>DM</b>	Deutsche Mark
<b>EGen</b>	Europäische Gemeinschaften
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>FDI</b>	<i>Foreign Direct Investment</i> , dt.: Ausländische Direktinvestition
<b>GATT</b>	<i>General Agreement on Tariffs and Trade</i> , dt.: Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen
<b>GASP</b>	Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
<b>GVC</b>	<i>Global Value Chains</i> , dt.: globale Wertschöpfungsketten
<b>IAB</b>	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds, engl.: <i>International Monetary Fund</i>
<b>MERCOSUR</b>	<i>Mercado Común del Sur</i> , dt.: Gemeinsamer Markt des Südens
<b>MINT</b>	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik
<b>NAFTA</b>	<i>North American Free Trade Agreement</i> , dt.: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
<b>NATO</b>	<i>North Atlantic Treaty Organization</i> , dt.: Nordatlantikpakt-Organisation
<b>OECD</b>	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i> , dt.: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>REFORGER</b>	<i>Return of Forces to Germany</i> , dt.: Rückkehr der Streitkräfte nach Deutschland
<b>TSMC</b>	<i>Taiwan Semiconductor Manufacturing Company</i>
<b>UAS</b>	<i>Unmanned Aircraft System</i> , dt.: unbemannte Luftfahrzeuge
<b>UN</b>	<i>United Nations</i> , dt.: Vereinte Nationen
<b>USMCA</b>	<i>United States–Mexico–Canada Agreement</i>
<b>WTO</b>	<i>World Trade Organization</i> , dt.: Welthandelsorganisation
<b>WST</b>	Weltsystemtheorie

# ZUSAMMENFASSUNG

Die internationale Ordnung befindet sich in einer Phase fundamentaler Umbrüche. Der technologische Wandel, globale Krisen und die zunehmende Rivalität zwischen Großmächten führen zu einer Neuverteilung von Macht im globalen Raum. In diesem Kontext rückt das Zusammenspiel von Geopolitik und Geoökonomie als zentrale Analysekategorie ins Zentrum sicherheits- und wirtschaftspolitischer Debatten. Während Geopolitik traditionell die Machtausübung im Kontext geographischer Gegebenheiten und Lagebeziehungen beschreibt, betrachtet Geoökonomie vor allem die strategische Nutzung ökonomischer Instrumente zur Erreichung geopolitischer Ziele. Die vorliegende Studie begreift Geoökonomie daher nicht nur als wirtschaftliches, sondern explizit als geopolitisches Machtinstrument mit Raumbezug.

Das zentrale Erkenntnisinteresse dieser Arbeit besteht darin, die geoökonomischen Mechanismen und Instrumente zu identifizieren, mit denen Staaten ihre strategischen Interessen durchsetzen, insbesondere in einer sich abzeichnenden multipolaren Weltordnung. Dabei wird die Verflechtung ökonomischer Macht mit geographisch-politischen Einflussräumen in den Vordergrund gestellt. Handelsrouten, Ressourcenverfügbarkeit, Lieferketten und Infrastruktur werden als geopolitisch wirksame Hebel verstanden. Aus geographischer Perspektive stellt sich daher die Frage, wie Raum als Potential und Machtprojektionsfläche genutzt wird. Die Betrachtung und Bewertung von Geofaktoren im geoökonomischen Zusammenhang ist ein wichtiger Baustein der Studie.

Ziel der Studie ist es, dieses neue geoökonomische Paradigma empirisch und theoretisch zu fassen, um darauf aufbauend konkrete Handlungsempfehlungen für die deutsche Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Fallstudien zu China, den USA, Russland und Deutschland beleuchten praxisnah, wie Geoökonomie als geopolitisches Mittel eingesetzt wird, etwa durch Infrastrukturinitiativen, Sanktionen, Handelsregime oder Rohstoffstrategien. Die Analyse soll ein Problembewusstsein bei Entscheidungsträgern schaffen, die Ökonomie nicht länger getrennt von geopolitischer Strategie zu betrachten, sondern als integralen Bestandteil einer Machtpolitik, die teilweise auch darauf abstellt Dritte bewusst zu schädigen (vgl. Kap. 4.3).

# ABSTRACT

The international order is undergoing a phase of fundamental upheaval. Technological change, global crises, and the increasing rivalry between great powers are leading to a redistribution of power in the global arena. In this context, the interplay between geopolitics and geoeconomics is moving to the center of security and economic policy debates as a key analytical category. While geopolitics traditionally describes the exercise of power in physical space, geoeconomics concerns the strategic use of economic instruments to achieve geopolitical objectives. This study therefore understands geoeconomics not only as an economic, but explicitly as a geopolitical instrument of power with a spatial dimension.

This study mainly aims at identifying the geoeconomic mechanisms and instruments through which states pursue their strategic interests, particularly in an emerging multipolar world order. The focus is placed on the interconnection of economic power with geographically and politically defined spheres of influence. Trade routes, resource availability, supply chains, and strategic infrastructure are understood as levers with geopolitical impact. From a geographical perspective, the question arises as to how space is used as a resource and a platform for power projection. The consideration and assessment of geofactors in the geoeconomic context is an important component of the study.

The goal of the study is to empirically and theoretically capture this new geoeconomic paradigm, and on this basis, to develop concrete policy recommendations for German foreign economic and security policy. Case studies on China, the USA, Russia, and Germany provide practical insights into how geoeconomics is used as a geopolitical tool, for example through infrastructure initiatives, sanctions, trade regimes, or resource strategies. The analysis aims to raise awareness among decision-makers that the economy can no longer be viewed separately from geopolitical strategy, but rather as an integral part of spatially-based power politics.

# 1. THEMEN- UND PROBLEMSTELLUNG

Die internationale Ordnung befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch: Technologischer Wandel, sicherheitspolitische Krisen und Großmachtrivalität verändern Machtverhältnisse. Dabei gewinnen Geopolitik und Geoökonomie als eng verknüpfte Konzepte strategischer Machtausübung an Bedeutung.

Geopolitik beschreibt die Beziehung zwischen Macht und Raum. Als Analyseansatz bezieht sie sich auf Großmachtrivalitäten und deren Folgen für die Weltordnung. Praktisch geht es um staatliches Handeln zur Kontrolle geopolitisch relevanter Räume (Territorium, Ressourcen, Verkehrswege). Moderne Geopolitik umfasst die Ausübung von Macht über Raum, die Deutung globaler Ereignisse über Konzepte wie Einflussosphären sowie die antizipierende Analyse staatlichen Verhaltens (DODDS 2019). Grundlage ist u. a. die Bewertung räumlicher Faktoren (Lage, (Wirtschafts-) Geologie, Geomorphologie, Klima, Hydrologie) (AGNEW 2004) sowie machtpolitisches Denken im Sinne der Sicherung nationaler Interessen. Realistische Theorien betonen dabei Unsicherheit und Anarchie im internationalen System sowie das Sicherheitsdilemma (SCHIMMELPFENNIG & EBEL 2016; MAULL 2011; NYE 1990; VARWICK 2023).

Geoökonomie rückt wirtschaftliche Mittel als Instrumente geopolitischer Konkurrenz in den Vordergrund. Luttwak beschreibt sie als Fortsetzung von Konfliktlogik mit ökonomischen Mitteln (LUTTWAK 1990). Historisch ist die Verknüpfung von Ökonomie und Machtpolitik nicht neu. Bereits im Merkantilismus dienten Handelsstrategien der Machtsicherung. Adam Smith rechtfertigte etwa die englischen „Navigation Acts“ mit dem Primat nationaler Verteidigung vor ökonomischem Gewinn (FELBERMAYR 2024 [siehe SMITH 1776, Buch IV Kap. I]). Auch im Kalten Krieg wurden ökonomische Instrumente geopolitisch eingesetzt (Marshallplan vs. Comecon), wenngleich die ideologisch-militärische Konfrontation dominierte.

Nach 1990 schien sich eine liberale Weltwirtschaftsordnung zu verfestigen; Globalisierung und Interdependenz wurden häufig als stabilisierend interpretiert. Fukuyama verband dies mit der These eines ideologischen Sieges von liberaler Demokratie und Kapitalismus (FUKUYAMA 1992). In diesem Umfeld gewannen Konzepte wie „Demokratischer Frieden“ (LEVY 1988) und „Kapitalistischer Frieden“ (WEEDE 2005) an Einfluss. Die Gründung der Welthandelsorganisation (engl. *World Trade Organization*,

Abk.: WTO) im Jahr 1995 unterstrich das Vertrauen in multilaterale Handelsregeln (FELBERMAYR 2024). Zugleich blieb Machtpolitik präsent, etwa durch extraterritorial wirksame Sanktionen und die Nutzung der zentralen Rolle westlich geprägter Finanzinfrastrukturen.

Spätestens seit der Finanzkrise 2008 und dem Aufstieg Chinas verschärfte sich die geoökonomische Rivalität. Die USA setzten unter Donald Trump stärker auf Handelskonflikte, Exportkontrollen und Technologiesanktionen. Joe Biden führte diese Linie fort, teils koordinierter mit Partnern (VON DANIELS 2024). Insgesamt deutet vieles auf eine zunehmend multipolare Ordnung und eine stärkere wirtschaftliche Blockbildung hin. Die Sanktionen gegen Russland nach dem Angriff auf die Ukraine beschleunigten Fragmentierungstendenzen. Offen bleibt, ob etwa BRICS<sup>1</sup>-Staaten langfristig zu einer kohärenten geoökonomischen Politik finden.

In der Praxis wächst das Misstrauen gegenüber Abhängigkeiten. De-Risking und teilweise De-Coupling betreffen besonders strategische Technologien (z. B. Halbleiter, Telekommunikation, kritische Rohstoffe). Parallel werden alternative Zahlungs- und Finanzstrukturen diskutiert bzw. aufgebaut, um Sanktionsrisiken zu mindern. Geoökonomie bedeutet damit sowohl Machtprojektion als auch Schutz vor Verwundbarkeit durch Interdependenz (FELBERMAYR 2024).

Die vorliegende Studie ordnet jene Entwicklungen systematisch ein: Kapitel 2 behandelt Grundlagen und Instrumente der Geoökonomie, Kapitel 3 ihre strategischen Mechanismen (Machtverschiebungen, Abhängigkeiten, Grenzen der Arbeitsteilung). Kapitel 4 überprüft dies anhand von Fallstudien (u. a. Seidenstraßen-Strategie, deutsche Politik nach der Wiedervereinigung). Kapitel 5 leitet daraus Handlungsempfehlungen für Deutschland ab, das als exportorientierte Volkswirtschaft besonders vulnerabel gegenüber externen Schocks ist und zugleich Gestaltungsspielräume in einer fragmentierten Ordnung sichern muss.

Im Zentrum steht die Forschungsfrage, inwiefern Geoökonomie und ihre Instrumente als geopolitischer Machtfaktor genutzt werden und welche Mechanismen Staaten dabei strategisch einsetzen. Durch die Verbindung von Theorie, Analyse und Fallstudien soll ein praxisorientierter Beitrag zur Debatte über Deutschlands Rolle in einer geopolitisch und geoökonomisch turbulenten Welt geleistet werden.

<sup>1</sup> Ein Akronym aus den Anfangsbuchstaben der ersten fünf Mitgliedsstaaten: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika

## 2. GRUNDLAGEN DER GEOÖKONOMIE

In diesem Kapitel wird ein grundlegender Blick auf die Geoökonomie geworfen. Dabei wird das Thema zunächst aus einer geographischen Perspektive betrachtet und theoretische Grundlagen erläutert. Abschließend wird

darauf eingegangen, welche Implikationen all diese Aspekte auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer globalisierten Welt haben.

### 2.1. Geographische Perspektiven

In den Politikwissenschaften wird der Begriff Geopolitik lange Zeit als Synonym für eine umfassende Form von Machtpolitik verwendet, die konkrete Räume bzw. Länder und Kontinente aus dieser Sicht betrachtet. Besonders amerikanische und britische Wissenschaftler verstanden unter Geopolitik früh eine Analyse politischer (und wirtschaftlicher) Phänomene, die sich auf geographische Kausalfaktoren konzentrierten (SCHOLVIN 2014). Gleichwohl, die Geographie stellt den Ausgangspunkt der Betrachtung dar, die Politikwissenschaften müssen ihre Konzepte letztlich vor dem Hintergrund physisch geographischer Faktoren verfassen. Dabei muss einer Deutung als Geoderterminismus entgegengetreten werden (ACEMOGLU & ROBINSON 2013). Wenn Länder über bestimmte geographische Potentiale verfügen, bedeutet das nicht, dass sich daraus zwingend ein Vorteil ergibt. Naturräumliche Gegebenheiten, sog. Primärpotentiale, sind ebenso wie die wirtschaftliche Inwertsetzung durch Unternehmen mit ihren Arbeitskräften, die errichtete Energie- und Verkehrsinfrastruktur (Sekundärpotentiale) sowie die politischen und institutionenökonomischen Rahmenbedingungen, die in einem Land herrschen (Tertiärpotentiale) als Raumpotentiale zu verstehen. Erst auf dieser Basis kann analysiert werden, unter welchen Bedingungen etwas genutzt werden kann (Standort oder Raumbewertung), was meist unter Kostenaspekten, aber auch Strategien der Vermeidung ökonomischer Abhängigkeiten geschehen kann. Und schließlich kann sich die Bewertung im Zeitablauf ändern, sodass es eine gewisse Dynamik der Lage- und Standortbewertung gibt (VOPPEL 1975; SPITZER 1982).

Die Lage wird nur dann zu einem Vor- oder Nachteil, wenn man sie in Relation zu den angrenzenden oder weiter entfernt liegenden Räumen betrachtet. Zwar gibt es a priori Vorzugslagen und ebenso nachteilige Lagen, doch erhalten sie ihren eigentlichen wirtschaftlichen Wert erst durch die konkreten Anforderungen im räumlichen Gesamtzusammenhang.

Eine Küstenlage ist nicht per se von Vorteil. Erst die notwendigen technischen Voraussetzungen für die Anlage

eines Hafens, eine ausreichende Wassertiefe des Fahrwassers, Eisfreiheit und ein verkehrstechnisch erreichbares ökonomisches Hinterland machen eine Küstenlage zu einer Vorteilslage (VOPPEL 1975). So können auch weit entfernt voneinander, aber räumlich gegenüberliegende Küsten ihren Nachteil der Entfernung relativieren, wenn auf beiden Seiten eine Industrialisierung stattfindet, die letztlich den Warenaustausch sucht (Gegenküsteneffekte).

Westeuropa und die Ostküste der USA und Kanadas als wichtige Handelspartner sind ebenso ein Beispiel dafür wie der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und die Öffnung Chinas 1979. Im Rahmen dieser begonnen Transformationsprozesse begann zwischen der Küstenregion Ostasien und der amerikanischen Westküste rasch ein lebhafter Güteraustausch im Pazifik, den es zuvor – ideologisch bedingt – nicht gegeben hatte, auch wenn er sich aufgrund der Gegenküstensituation angeboten hätte.

Auch in der geostrategischen Theoriebildung war die wechselnde Bewertung von geographischen Lagefaktoren zentral. Beispielsweise setzte sich der britische Geograph Halford Mackinder mit der geoökonomischen Bedeutung von Geographie sowie Rohstoff- und Bevölkerungsressourcen für eine vergleichende Bewertung von Landmacht und Seemacht auseinander (vgl. Kapitel 3.1). Die Weltmacht Großbritannien verlor am Beginn des 20. Jh. seine Kontrolle über die Weltmeere und damit seine Funktion als Hegemon. Es folgte der Aufstieg bestimmter Landmächte, durch deren technische Errungenschaften und die kostengünstige Verkehrserschließung der Kontinentflächen, woraus sich fortan ein Machtanspruch der Länder herleitete.<sup>2</sup> So verminderte sich die Lagegunst von Seemächten gegenüber den kontinentalen Staaten.

Mackinder bestimmte das sog. Heartland (Pivot Area) als Lagezentrum der „Weltinsel“ (Europa, Asien, Afrika). Das Heartland war das Gebiet, das vom Russischen Reich regiert wurde, danach von der Sowjetunion, abzüglich der Halbinsel Kamtschatka (siehe **Abb. 1**). Die Rohstoff- und Bevölkerungsressourcen dieses Gesamt-

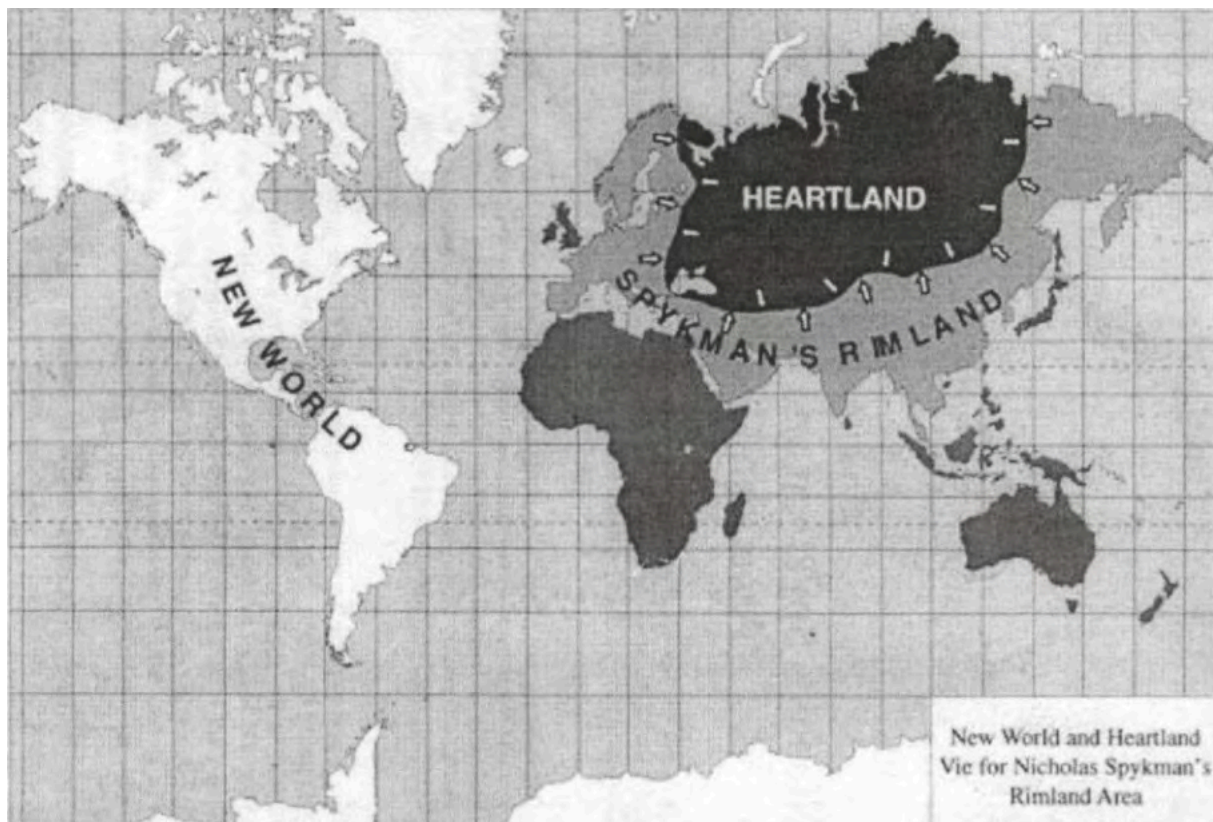
<sup>2</sup> Ob die chinesische Neue-Seidenstraßen-Idee und die russische-chinesische Proklamation eines „neuen globalen Governance-Systems“ durch eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur auf dem eurasischen Kontinent sowie gemeinsame Öl- und Gas-Kooperationsprojekte dem Konzept Mackinders und Spykmans entspricht, ist aktuell Gegenstand von wissenschaftlichen Diskussionen (McCoy 2022; LIEBERHERR, MADUZ 2022).

gebietes, so Mackinders Annahme, würden die Beherrschung der kontinentalen „Randländer“ und sukzessive auch des amerikanischen und australischen Kontinents sowie Japans ermöglichen (die Weiterentwicklung dazu ist die Rimland-Theorie (SPYKMAN 1944). Tatsächlich kam es seit Beginn des 20. Jh. entlang des Grenzraums von Heartland und Rimland vermehrt zu zentralen geopolitischen Konflikten. Dies sind insbesondere die Grenzräume Nordeuropas zu Russland, die früheren Satellitenstaaten der Sowjetunion in Osteuropa, Westasien, Zentralasien, teile Südostasien, West- und Nordchina und der ostsibirische Raum.

Der ehemalige US-amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzeziński schloss aus dieser neuen Lagebewertung im zweiten Drittel des 20. Jh. auf die neue geopolitische Funktion der USA, nämlich ein Schiedsrichter eines stabilen kontinentalen Gleichgewichtes für die restliche Welt zu sein: „(...) Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“ (BRZEZIŃSKI 1999). Die verschiedenen theoretischen Konzepte gewichten die geographischen Begebenheiten mitunter sehr unterschiedlich. Der Bedeutungszuwachs der Kontinentalflächen gegenüber der See in den genannten Theoriekonzepten ist vor allem eine Folge der deutlich verbesserten Raumschließung für Landtransportmittel (Bahn, befestigte Straßen und Brücken). Dies erlaubt seither eine größere militärische Flexibilität und Macht.

Viele Rohstoffe auf der Erde sind bei Kenntnissen der geologischen Genese erkundbar, und erlauben meist eine Abschätzung über den Umfang und die Erschließungskosten. Aber der wirtschaftliche Erfolg wird sich nicht deterministisch einstellen. Dabei geht es um Rohstoffe, die früher industriell nicht gebraucht wurden, jüngst dann aber doch (z. B. Seltene Erden als geostrategische Ressource) oder welche, von denen man dachte, dass sie nur begrenzt verfügbar sind. Durch neue Abbautechniken werden ständig neue Funde gemacht und nach einer ökonomischen Bewertung vielfach auch genutzt. Einigen Ländern ist ihr Rohstoffreichtum sogar zum Verhängnis geworden, wenn z. B. durch Exporte bei hohen Marktpreisen die Industrialisierung im Land nicht vorangetrieben wurde (Russland) oder der Boom eines Rohstoffsektors die Währung eines Landes aufwertete, was zu einem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit anderer, nicht-rohstoffbasierter Industrien führt (sog. Holländische Krankheit).

Die agrarwirtschaftliche Ressource Boden ist das Ergebnis geomorphologischer und klimatischer Bedingungen, die in der Vergangenheit geherrscht haben. Sie wurden historisch betrachtet erst dann geostrategisch bedeutsam, als der Mensch seit dem Neolithikum sesshaft wurde. Die Löß- und Schwarzerde-Böden (die auch ein Kriegsziel der russischen Armee im Ukrainekrieg sind), ziehen sich als ein fruchtbarer Streifen früherer Eisschildränder als potentielle Gunsträume über verschie-



△ **Abb.1:** Die Heartland-Theorie ergänzt mit der Rimland-Theorie



△ Abb. 2: Globaler Norden und Globaler Süden

den Kontinente, die aber keineswegs überall in Wert gesetzt werden.

Das Klima, wie es sich heute darstellt, kann ebenso vorteilhaft wie auch nachteilig sein. Die Bedingungen in Westeuropa haben dazu geführt, dass grundsätzlich viele Güter hergestellt werden können, was auch hohe Bevölkerungsdichten erlaubt. Dass dies Europäern bis zur Industrialisierung nicht immer geglückt ist (z. B. Hun-

gersnöte aufgrund von Ernteausfälle), zeigt auch, dass andere Faktoren erst gegeben sein müssen (technischer Fortschritt), bevor man von einem klimatischen Günstraum sprechen kann.

Der hier vorgenommene und kurz gefasste Blick auf physisch-geographische Raumfaktoren dokumentiert, dass weltpolitisches und ökonomisches Handeln nie losgelöst von diesen sein können.

## 2.2. Theoretische Grundlagen und Politikansätze

### DEPENDENZ- UND WELTSYSTEMANSÄTZE

Die Dependenztheorie und die Weltsystemtheorie sind Ansätze innerhalb der (Internationalen) Politischen Ökonomie bzw. der Internationalen Beziehungen, die sich mit der anhaltenden Ungleichheit im internationalen System (v. a. Nord-Süd-Gefälle) befassen. Beide Theorien sind wichtige theoretische Werkzeuge der Geoökonomie, da sie Strukturen wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, Kern-Peripherie-Beziehungen und deren Einfluss auf globale Machtverhältnisse herausstellen. Obwohl diese Theorien als grundlegende Konzepte innerhalb der geoökonomischen Denkschule betrachtet werden können, ist festzuhalten, dass es sich um frühe Ansätze handelt, die aus einer zeitgenössischen Perspektive

kritisch zu bewerten sind, insbesondere im Hinblick auf die unterstellte mangelnde Handlungsfähigkeit sogenannter peripherer Staaten sowie die schubladenhafte Zuordnung des Globalen Nordens (als „Schurke“) und des Globalen Südens (als „Opfer“) (siehe Abb. 2).

Die Dependenztheorie stellt heraus, dass die Unterentwicklung bestimmter Länder (v. a. des Globalen Südens) eine direkte Folge ihrer strukturellen Unterordnung und Ausbeutung durch entwickelte Staaten (v. a. Globaler Norden) sei. Ihre Vertreter argumentieren, dass Ressourcen und Wertschöpfung von einer „Peripherie“ armer, unterentwickelter Staaten in einen „Kern“ wohlhabender, industrialisierter Staaten fließen und somit Letztere auf Kosten der Ersteren bereichern würden. Diese globale Struktur wird durch wirtschaftliche und politische Mecha-

nismen aufrechterhalten, die die Abhängigkeit der Peripherie vom Kern hinsichtlich Kapital, Technologie und Fertigwaren perpetuieren (MUNRO o.J.).

Die Ursprünge der Dependenztheorie liegen in den Beobachtungen lateinamerikanischer Wissenschaftler der 1950er Jahre, die die damals vorherrschenden Modernisierungs- und neoklassischen Theorien kritisierten, da diese voraussetzten, dass jedes Land durch Übernahme westlicher Wirtschaftsmodelle Entwicklung erreichen könne. Zu den wichtigsten Vertretern dieser Theorie gehören Raúl Prebisch und Hans Singer, deren Prebisch-Singer-These die sich verschlechternden Terms of Trade für rohstoffexportierende Länder betont<sup>3</sup> (SINGER 1949; PREBISCH 1950). Später leisteten Paul A. Baran, Andre Gunder Frank und Immanuel Wallerstein bedeutende Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie, indem sie diese mit marxistischen Konzepten des Imperialismus<sup>4</sup> und der Überschussextaktion<sup>5</sup> verbanden (BARAN 1957; BARAN & SWEEZY 1966; FRANK 1967).

Die Weltsystemtheorie (World-Systems Theory, WST), die aus der Dependenzanalyse hervorging, wurde insbesondere vom Soziologen Immanuel Wallerstein in den 1970er Jahren entwickelt. Während sich die Dependenztheorie auf Nationalstaaten und deren Beziehungen konzentriert, betrachtet die Weltsystemtheorie die Welt als ein einziges, miteinander verflochtenes „kapitalistisches“ System mit arbeitsteilig-hierarchischer Gliederung. Wallerstein führte ein Dreischichtenmodell aus Kern-, Peripherie- und Semiperipherieländern ein, die jeweils unterschiedliche ökonomische Rollen und Entwicklungsstufen einnehmen. Der Kern dominiert fortgeschrittene Industrien und Finanzen, extrahiert Überschüsse aus der Peripherie – welche Rohstoffe und Arbeitskraft liefert – und der Semiperipherie, die eine vermittelnde, stärker industrialisierte, aber schwächere Zone darstellt (WALLERSTEIN o.J.; WALLERSTEIN 1974; 1980; 1989). Die WST kann so zum Beispiel den Aufstieg Großbritanniens zur Hegemonialmacht im 18. Jahrhundert erklären, durch das europäische Primat bei der Industrialisierung und die Öffnung neuer peripherer Märkte (z. B. Indien, Afrika) im Zeitalter der Entdeckungen, wodurch das Britische Empire ein globales Handelsnetz aufbaute und daraus hegemoniale Macht schöpfte.

Samir Amin hingegen entwickelte eine scharfe Kritik an den Mechanismen des globalen Kapitalismus, insbesondere an der „ungleichen Entwicklung“ zwischen Zentrum

und Peripherie. Er plädierte für Strategien der „De-Linking“, also einer partiellen Abkopplung der Peripherieländer von den dominanten Strukturen des Weltsystems, um eigenständige Entwicklungswege zu eröffnen. Beide Autoren verbanden ihre Analysen somit nicht nur mit theoretischer Kritik, sondern auch mit praktischen Ansätzen zur Überwindung der systemimmanenten Ungleichheiten (ARRIGHI 1994; AMIN 1974; AMIN & WOLFERS 1990).

Die Dependenz- und Weltsystemtheorie sind zentrale theoretische Werkzeuge der Geoökonomie, da sie strukturelle Muster globaler Ungleichheit und wirtschaftlicher Machtverteilung erklären. Die Dependenztheorie zeigt, wie periphere Staaten durch historisch gewachsene, ungleiche Austauschverhältnisse dauerhaft in ökonomische Abhängigkeit geraten. Die Weltsystemtheorie baut darauf auf und betrachtet die Welt als ein hierarchisch gegliedertes „kapitalistisches“ System mit klaren Rollen für Kern-, Semi-Peripherie- und Peripherie-Regionen. Diese Rollen reproduzieren sich systematisch und stabilisieren bestehende Machtverhältnisse.

Beide Ansätze sind für die Geoökonomie zentral, da sie verdeutlichen, wie wirtschaftliche Abhängigkeiten gezielt als strategisches Mittel eingesetzt werden können, etwa durch Handelsabkommen, Investitionen oder Sanktionen. Sie erklären, warum manche Staaten ihre wirtschaftlichen und geographischen Vorteile besser in geopolitische Macht umsetzen können, während andere strukturell benachteiligt bleiben. Diese theoretische Perspektive liefert somit ein fundamentales Verständnis für die Logik geopolitischer und geoökonomischer Dynamiken der Weltordnung.<sup>6</sup>

Die Belt and Road Initiative (BRI) lässt sich aus der Perspektive der Dependenz- und Weltsystemtheorien interpretieren, da sie neue Formen asymmetrischer Interdependenzen zwischen China und den teilnehmenden Staaten schafft (vgl. Kap. 4.1). Durch die Finanzierung und den Bau von Infrastrukturprojekten positioniert sich China als Kernakteur, während periphere und semiperiphere Volkswirtschaften in Netzwerke eingebunden werden, die Pekings ökonomischen und geopolitischen Einfluss verstärken (FARRELL & NEWMAN 2019; SUMMERS 2016). Gleichzeitig verkörpert die BRI eine neomerkantilistische Logik, da sie Handelswege, Rohstoffe und strategische Lieferketten absichert, um Chinas langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Autonomie in der Weltwirtschaft zu sichern.

<sup>3</sup> Die Singer-Prebisch-These besagt, dass die Preise für Primärgüter (Güter, die transportiert, gelagert oder anderweitig bearbeitet werden) im Laufe der Zeit tendenziell im Vergleich zu den Preisen für Industriegüter sinken. Rohstoffexportierende Länder, die auf den Import von Industriegütern angewiesen sind, sehen sich dadurch einer Verschlechterung ihrer Terms of Trade gegenüber – ihre Exporte werden im Verhältnis zu den Importkosten weniger wert (SINGER 1949; PREBISCH 1950).

<sup>4</sup> Imperialismus bezeichnet normativ eine staatliche Politik der Machtausweitung durch ökonomische oder territoriale Kontrolle (ENCYCLOPAEDIA BRITANNICA 2025). Baran und Wallerstein verknüpfen den globalen Kapitalismus unmittelbar mit einer Fortsetzung bzw. Ausweitung des Imperialismus, da er auf der ökonomischen Ausbeutung anderer Länder beruhe.

<sup>5</sup> Surplus-Extraktion bezeichnet den Prozess, bei dem der Teil der Produktion oder des Reichtums, der über das für das unmittelbare Überleben der Produzenten Notwendige hinausgeht (der Überschuss), von einer anderen Gruppe, Klasse oder Institution angeeignet wird (ELSON 1979).

<sup>6</sup> Problematisch sind diese sog. exogenen Entwicklungstheorien dann, wenn sie versuchen, andauernde Unterentwicklung als Folge früherer Fremdherrschaft zu erklären und deswegen ein ex ante Scheitern endogener Entwicklung durch eine Öffnung und Liberalisierung der eignen Wirtschaft zu begründen.

## GLOBALISIERUNGSKONZEPTE

Der Begriff der Globalisierung beschreibt im Wesentlichen die zunehmende internationale Verflechtung von vormals oft regionalen oder nationalen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur u. v. m. Globalisierung wird in ihrem modernen Sinn meist mit der Frühen Neuzeit in Verbindung gebracht, ihre Wurzeln reichen jedoch deutlich weiter zurück. Die Hanse, ein Handels- und Verteidigungsbund von Kaufmannsgilden und Städten rund um die Ost- und Nordsee, gilt vielfach als Vorläufer, da sie den regionalen Handel in Nordeuropa erheblich förderte und zur Verbreitung des Niederdeutschen sowie anderer kultureller Elemente beitrug – zu einer Zeit, als der überregionale Austausch über Europa hinaus noch vergleichsweise begrenzt war (HAMMEL-KIESOW 2007). Ein noch älteres Beispiel ist die historische Seidenstraße, die über Jahrhunderte China mit Zentralasien, dem Nahen Osten und Europa verband und nicht nur den Austausch von Waren, sondern auch die Weitergabe kultureller, religiöser und technologischer Einflüsse über weite Distanzen ermöglichte (VANHAM 2019). Obwohl der Begriff vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren durch technologische Fortschritte und zunehmenden internationalen Handel breite Verwendung fand, reichen die Wurzeln der Globalisierung tiefer. Sie bezeichnet die Ausweitung von „supraterritorialen“ und „transplanetaren“ sozialen Verbindungen, wie von SCHOLTE (2008) definiert, wodurch traditionelle geografische Grenzen überschritten und Menschen unabhängig von ihrem Standort miteinander verbunden werden. Marktwirtschaft gilt als Grundvoraussetzung moderner Globalisierung, welche durch internationale Arbeitsteilung, ausländische Direktinvestitionen (engl.: *Foreign Direct Investment*, Abk. FDI) und Arbeitsmigration eine integrierte Weltwirtschaft entstehen ließ (O'ROURKE & WILLIAMSON 2002).

Die theoretischen Ansätze der Globalisierung sind vielfältig:

- **Realistische und skeptische Ansätze:** Diese Theorieströmungen hinterfragen die Idee einer grenzenlosen Globalisierung. Sie betonen, dass souveräne Nationalstaaten weiterhin die entscheidenden Akteure bleiben und Globalisierungsprozesse aktiv gestalten oder begrenzen. Globalisierung wird hier nicht als unausweichlicher Automatismus, sondern als durch politische Interessen kontrollierter Prozess verstanden (HIRST, THOMPSON & BROMLEY 2015).
  - **Kritische und marxistische Theorien:** Aus dieser Perspektive ist Globalisierung eine moderne Ausdrucksform kapitalistischer Expansion. Sie verstärkt bestehende Machtasymmetrien zwischen dem Globalen Norden und Süden, indem sie multinationale Konzerne stärkt und periphere Ökonomien strukturell abhängig macht. Globalisierung wird somit als Werkzeug kapitalistischer Ausbeutung verstanden (ROBINSON 2004).
  - **Konstruktivistische, postmoderne und feministische Ansätze:** Diese theoretischen Zugänge sehen Globalisierung als kulturellen und sozialen Prozess. Sie untersuchen, wie globale Normen, Identitäten und Machtverhältnisse konstruiert und in Frage gestellt werden. Globalisierung erscheint hier nicht nur als ökonomisches Phänomen, sondern als tiefgreifender Wandel von Wahrnehmungen, Geschlechterrollen und sozialen Ordnungen im globalen Maßstab (SASSEN 2003).
- Globalisierung ist kein einheitlicher oder abgeschlossener Prozess, sondern ein vielschichtiges, dynamisches Gebilde aus ökonomischen, politischen und sozialen Verflechtungen. Für die Geoökonomie stellt der Globalisierungsbegriff ein zentrales theoretisches Werkzeug dar, um die Veränderungen in Machtarchitekturen, Abhängigkeiten und wirtschaftlichen Handlungsspielräumen zu analysieren.
- **Auf geopolitischer Ebene** verändert Globalisierung die traditionellen Vorstellungen von Macht, Raum und Souveränität. Sie verschiebt politische Einflusszonen über nationale Grenzen hinaus – etwa durch globale Kommunikationsnetzwerke, transnationale Institutionen oder digitale Infrastruktur (GEREFFI & MAYER 2004). Diese Verschiebung zwingt Staaten dazu, ihre Strategien in einem erweiterten, globalen Handlungsraum zu formulieren.
  - **Im geoökonomischen Bereich** erzeugt Globalisierung hochgradig verflochtene wirtschaftliche Strukturen, bei denen sich nationale Volkswirtschaften integrieren und manchmal auch voneinander abhängig werden. Das theoretische Grundkonzept ist die Theorie der komparativen Kostenvorteile von David Ricardo. Es ist als Gegenkonzept zur Theorie des Merkantilismus zu verstehen. Diese Verflechtung schafft zum einen Wachstumschancen, zum anderen aber auch strategische Verwundbarkeiten, etwa bei Lieferketten, Energieversorgung oder Finanzflüssen. Wirtschaftliche Instrumente wie Handelspolitik, Sanktionen oder Kapitalregulierung werden dann gezielt als machtpolitische Werkzeuge eingesetzt (FARRELL & NEWMAN 2019; HALVER et al. 2025).
  - **Der Globalisierungsbegriff** hilft, diese Wechselwirkungen systematisch zu erfassen: Er macht sichtbar, wie wirtschaftliche Macht nicht mehr allein durch territoriale Kontrolle, sondern durch Netzwerke, Normen und globale Abhängigkeiten ausgeübt wird. Damit wird er zu einem unverzichtbaren Analyseinstrument der modernen Geoökonomie.
  - **Die theoretischen Ansätze der Globalisierungsforschung** (z. B. neoliberale, kritische, realistische, ordoliberaler oder konstruktivistische Theorien) bieten unterschiedliche Erklärungsperspektiven für diese Prozesse. Sie zeigen auf, wie Globalisierung funktioniert, wer davon profitiert und welche Machtstruktu-

ren dabei (re)produziert werden. Für die Geoökonomie liefern sie damit ein differenziertes begriffliches Instrumentarium, um politische Handlungsoptionen, wirtschaftliche Risiken und globale Machtkonflikte zu verstehen und strategisch zu gestalten.

- **Aktuelle Entwicklungen**, wie wirtschaftliche Entkopplung, *Friendshoring*<sup>7</sup> oder der Ruf nach wirtschaftlicher Souveränität verdeutlichen, dass Globalisierung heute als wirtschaftlicher Prozess verstanden wird, und damit zum umkämpften Feld geoökonomischer Steuerung wird. Die theoretischen Ansätze ermöglichen es, diese Transformationen nicht nur zu beschreiben, sondern auch im Hinblick auf ihre langfristigen globalen Implikationen zu bewerten.

## INVESTITIONS- UND STANDORTTHEORIEN

Investitions- und Standorttheorien stellen zentrale Themenbereiche der Geoökonomie dar, da sie ökonomische Prozesse explizit mit räumlichen Strukturen, staatlichen Strategien und Machtverhältnissen verknüpfen. Während Investitionstheorien den Fokus auf nationale und internationale Entwicklungsstrategien, Kapitalmobilität sowie die Rolle fiskal- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen legen, analysieren Standorttheorien die geographischen, infrastrukturellen und institutionellen Bedingungen wirtschaftlicher Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Gemeinsam erklären sie, wie Kapitalströme, staatliche Eingriffe und räumliche Voraussetzungen Chancen und Risiken für Wachstum, Innovation und damit auch für geoökonomische Konkurrenz zwischen Staaten erzeugen (WIGELL & VIHMA 2016; NÖLKE 2014). In diesem Sinne bilden sie einen analytischen Gegenpol zu Dependenz- und Weltstheorien, da sie Unterentwicklung nicht primär als Ergebnis externer Ausbeutung und struktureller Abhängigkeit begreifen, sondern als potenziell veränderbar durch gezielte politische, institutionelle und standortbezogene Strategien.

Ein zentraler Ansatz ist die endogene Investitionstheorie, die davon ausgeht, dass Unterentwicklung maßgeblich auf interne Faktoren zurückzuführen ist, welche durch die Integration in globale Märkte verstärkt oder überwunden werden können. Diese Perspektive betont Reformfähigkeit und staatliche Steuerung und steht damit in deutlichem Kontrast zu strukturalistischen Abhängigkeitsansätzen. Marktintegration erfordert demnach strukturelle Anpassungen, Liberalisierung, Bürokratieabbau und Korruptionsbekämpfung, um ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen (RODRİK 1999). Ein stabiles politisches und soziales Gefüge gilt als Grundvoraussetzung, um FDI anzuziehen, Beschäftigung zu schaffen und Kapital langfristig zu binden – ein zentraler Mechanismus

geoökonomischer Machtprojektion über Investitionen und Wertschöpfungsketten (BORENSZTEIN et al. 1998; NORTH 1990; IMF 2023).

Gleichzeitig verdeutlichen Investitions- und Standorttheorien neben Kostenabhängigkeiten, dass politische Instabilität, institutionelle Schwäche oder gesellschaftliche Konflikte die Attraktivität eines Standorts erheblich mindern und damit die Position eines Landes im globalen Wettbewerb schwächen. Auch geographische Lage, Erreichbarkeit und infrastrukturelle Einbindung können strukturelle Nachteile erzeugen, die gezielte politische Maßnahmen zur Standortaufwertung erforderlich machen (MEYER & NGUYEN 2005; AIYAR & OHNSORGE 2024). Besonders für Entwicklungsländer mit geringer Kapitaldecke, niedrigen Investitionsraten und hoher Kapitalflucht ist dies von hoher Relevanz. Der Ausbau lokaler Kapitalmärkte und institutioneller Kapazitäten gilt hier als strategisches Instrument, um Abhängigkeiten zu reduzieren, externe Schocks abzufedern und eigenständige Entwicklungspfade im globalen Machtgefüge zu ermöglichen (ALFARO et al. 2004; GIROUD & IVARSSON 2020; RAMONDO, RODRÍGUEZ-CLARE & TINTELNOT 2015).

Sogenannte statische Standorttheorien erklären, wie Kostenstrukturen, Agglomerationen, Effizienz und räumliche Verteilung wirtschaftliche Aktivitäten beeinflussen. Ursprünglich in der Agrarökonomie verankert, besitzen sie auch für moderne Industrie- und Dienstleistungsökonomien weiterhin hohe Erklärungskraft (McCANN 2001; FUJITA, KRUGMAN & VENABLES 2001). Johann Heinrich von Thünen, Alfred Weber und Walter Christaller analysieren räumliche Wirtschaftsstrukturen über Markt-, Transport- und Nachfragebeziehungen: Produktions- und Dienstleistungsstandorte ordnen sich um zentrale Orte, wobei Transportkosten, Reichweite und Spezialisierung entscheidend sind und periphere Lagen häufig Kostenvorteile aufweisen (VON THÜNEN 1826/1966; WEBER 1909/1929; CHRISTALLER & BASKINS 1933/1966). Allan Pred ergänzte diese kostenorientierten Modelle um verhaltensbezogene Faktoren wie Wahrnehmung, Informationsverfügbarkeit und individuelle Präferenzen, was die politische Steuerbarkeit von Standortentscheidungen zusätzlich unterstreicht (PRED 1967).

Investitions- und Standorttheorien liefern damit zentrale Erkenntnisse zur geoökonomischen und geopolitischen Konkurrenz:

- Investitionsstrategien fungieren als Instrumente nationaler Macht- und Entwicklungspolitik. Durch fiskalische Maßnahmen, Industriepolitik, institutionelle Reformen und gezieltes Standortmarketing können Staaten ihre Position im globalen Wirtschaftsgefüge aktiv stärken oder – bei fehlenden institutionellen Voraussetzungen – weiter marginalisiert werden (RODRİK 1999; WIGELL & VIHMA 2016; BABIĆ 2023).

<sup>7</sup> *Friendshoring* – auch als *Allyshoring* bezeichnet – ist ein aktuelles Schlagwort in der Außenwirtschaft. Darunter versteht man die Verlagerung von Unternehmensprozessen in Länder, mit denen gemeinsame Werte und politische Überzeugungen geteilt werden. Wirtschaftsexperten stehen diesem Ansatz jedoch kritisch gegenüber, da er potenziell Wettbewerbsnachteile mit sich bringen und zentrale Faktoren wie Qualität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit beeinträchtigen kann (ALIZADEH o.J.).

- Geographische Standortvorteile und -nachteile prägen die internationale Arbeitsteilung und die Einbindung in globale Wertschöpfungsketten. Die Fähigkeit, effiziente und resiliente Standorte zu entwickeln, beeinflusst Innovationskraft, Spezialisierung und Wettbewerbsfähigkeit und wird damit selbst zu einem geopolitischen Machtfaktor (McCANN 2001; IMF 2023).
- Standorttheorien erklären die Konzentration ökonomischer Aktivitäten in Metropolen und Innovationsclustern. Dies hat nicht nur ökonomische, sondern auch machtpolitische Implikationen, etwa im Hinblick auf regionale Disparitäten, Infrastrukturpolitik und sozialen Ausgleich innerhalb von Staaten (FUJITA, KRUGMAN & VENABLES 2001; QUITZOW & Z. B. NOVA 2025).

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch China verdeutlichen die fortbestehende Relevanz neomerkantilistischer Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Weltwirtschaft. Zölle, Subventionen, Investitionskontrollen und industriepolitische Strategien werden gezielt eingesetzt, um heimische Industrien zu schützen, technologische Abhängigkeiten zu reduzieren und Führungspositionen in Schlüsselindustrien wie Halbleitern, Energie oder Künstlicher Intelligenz zu sichern (WEISS 2010). Aus institutionenökonomischer Perspektive zeigt sich dabei, dass staatliche Eingriffe Marktergebnisse maßgeblich prägen und geoökonomische Machtressourcen darstellen, wodurch die Annahme selbstregulierender Märkte grundlegend relativiert wird (CHANG 2002). Für Deutschland spielen standorttheoretische und investitionsbezogene Überlegungen eine zentrale Rolle in der Außen- und Wirtschaftspolitik. Dies gilt insbesondere für Absatzmärkte innerhalb der Europäischen Union (EU) im Kontext des europäischen Binnenmarkts sowie für externe Märkte wie China, in denen sich hohe Gewinnpotenziale mit erheblichen geopolitischen Risiken überlagern, etwa durch attraktive Produktions- und Absatzstandorte bei gleichzeitiger Verwundbarkeit der industriellen Resilienz.

### INSTITUTIONENÖKONOMISCHE THEORIEN

Die Institutionenökonomie ist ein grundlegendes theoretisches Werkzeug der Geoökonomie. Sie ermöglicht es, ökonomisches Verhalten nicht nur als Ergebnis individueller Rationalität zu verstehen, sondern als Ausdruck institutionell geprägter Handlungsspielräume. Institutionen, also formelle Regeln, informelle Normen und deren Durchsetzungsmechanismen, strukturieren und regulieren die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystemen und gesellschaftlichen Ordnungen. Sie wirken nicht nur als Rahmenbedingungen, sondern nehmen mit der Zeit selbst eine aktive Rolle ein, indem sie wirtschaftliche Ordnungen, Steuerungsmechanismen und politische Entscheidungsprozesse mitprägen. Damit beeinflussen sie auch geoöko-

nomisch relevante Entwicklungen wie Wettbewerbsfähigkeit, Ressourcensteuerung oder Investitionsattraktivität. Die Institutionenökonomie entstand als Kritik an der klassischen und neoklassischen Ökonomie, die von vollständig rationalen Akteuren und idealtypischen Märkten ausging. Frühe Theoretiker wie Veblen und Commons machten deutlich, dass wirtschaftliches Verhalten durch soziale, rechtliche und kulturelle Zusammenhänge geprägt ist (COMMONS 1934; VEULEN 1898). Sie betonten, dass ökonomische Entscheidungen nicht losgelöst von institutionellen Kontexten betrachtet werden können. Später verband die Neue Institutionenökonomik diesen Zugang mit der mikroökonomischen Analyse. Die Institutionenökonomik betont die Rolle von Transaktionskosten, Eigentumsrechten und institutionellen Arrangements für wirtschaftliche Entwicklung (NORTH 1998), wobei Acemoglu und Robinson zwischen extraktiven Institutionen, die Macht und Ressourcen konzentrieren, und inklusiven Institutionen, die Teilhabe, Eigentumssicherheit und Innovation fördern, unterscheiden und damit zentrale Einsichten für Entwicklungs- und geoökonomische Analysen liefern (ACEMOGLU & ROBINSON 2013). Die geoökonomische Bedeutung institutioneller Qualität zeigt sich in ihrer Wirkung auf wirtschaftliche Stabilität, Investitionsbedingungen und die Fähigkeit eines Staates, wirtschaftliche Mittel als geopolitisches Instrument zu nutzen. Starke Institutionen senken Transaktionskosten, reduzieren Unsicherheit und stärken die Handlungsfähigkeit eines Landes im internationalen Wettbewerb. Schwache oder extraktive Institutionen dagegen erzeugen Ineffizienzen, behindern wirtschaftspolitische Steuerung und verringern die geoökonomische Wirksamkeit.

- **Institutionen** strukturieren nicht nur Märkte, sondern gestalten aktiv wirtschaftliche Prozesse, Machtverhältnisse und staatliche Steuerungsfähigkeit, wodurch sie entscheidenden Einfluss auf geoökonomische Strategien gewinnen.
- Die **Qualität institutioneller Arrangements** bestimmt, in welchem Maß Staaten wirtschaftliche Instrumente strategisch und effizient einsetzen können, insbesondere im Hinblick auf Investitionspolitik, Sanktionsfähigkeit und Innovationsförderung.
- **Transaktionskosten und Eigentumsrechte** sind zentrale Konzepte der Institutionenökonomie, mit denen sich erklären lässt, wie Staaten durch institutionelle Gestaltung Wettbewerbsfähigkeit erhöhen oder verlieren.
- Der Gegensatz zwischen **extraktiven und inklusiven Institutionen** verdeutlicht, wie politische Machtverhältnisse mit ökonomischer Entwicklung verknüpft sind und welche langfristigen geoökonomischen Konsequenzen sich daraus ergeben.
- **Institutionen** beeinflussen die wirtschaftliche Resilienz eines Staates, seine Fähigkeit zur Anpassung an globale Umbrüche sowie seine Positionierung im geopolitischen Machtgefüge.



△ Hauptgebäude des UralWagonZavod

Deutschlands Entwicklung seit der Wiedervereinigung (vgl. Kap. 4.4) veranschaulicht die Prinzipien der Institutionenökonomie, da es sich tief in den EU-Rahmen eingebettet und die Stärkung supranationaler Institutionen zur Steuerung von Interdependenzen unterstützt hat (MORAVCSIK 2012). Dies ging einher mit den Dynamiken der Globalisierung, da Deutschland mit einer gewissen ökonomischen Dominanz in Europa fungierte und dabei stark auf Exportorientierung setzte sowie geopolitisch schrittweise größere internationale Verantwortung übernahm, insbesondere im Bereich der kollektiven Sicherheit und des Krisenmanagements.

### INDUSTRIE- UND INFRASTRUKTURPOLITIK

Industrie- und Infrastrukturpolitik bezeichnet in ihrer strategischen Ausrichtung staatlich gelenkte oder staatlich beeinflusste Planung und Steuerung zentraler Wirtschaftssektoren und physischer Ressourcen, die nicht nur für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch für die nationale Sicherheit und den geopolitischen Einfluss von entscheidender Bedeutung sind. Wenn sie Teil einer neomerkantilen Wirtschaftspolitik sind, dann können einzelne Elemente der strategischen Industrie- und Infrastrukturpolitik auch zur bewussten Schädigung anderer Wirtschaftsräume oder Staaten eingesetzt werden (vgl. Kap. 4.3). Diese Politiken setzen Resilienz, Autonomie und Einflussnahme über andere in den Vordergrund und erkennen an, dass Industrie und Infrastruktur eine Doppelrolle als wirtschaftliche Triebkräfte und strategische

Ermöglicher einnehmen. Geoökonomie ist auch der bewusste Einsatz wirtschaftlicher Instrumente – wie Handelspolitik, industrielle Kapazitäten, Investitionen in Infrastruktur und Kontrolle über Ressourcen – um geopolitische Ziele zu erreichen und nationale Macht zu stärken. Im Unterschied zur traditionellen Wirtschaftspolitik, die primär auf Wachstum oder Effizienz fokussiert ist, integriert die Geoökonomie sicherheitspolitische Überlegungen, Hebelwirkung und strategische Autonomie im Kontext globaler Konkurrenz (BLACKWILL & HARRIS 2016). Die Kopenhagener Schule der Sicherheitsstudien hat zur Konzeptualisierung der strategischen Dimension beigetragen, indem sie Infrastruktur und Industrie mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten verknüpft hat, die untrennbar mit Sicherheit verbunden sind, und so ihre Rolle in nationalen Sicherheitsrahmen betont (BUZAN & WÆVER 2003; BUZAN, WÆVER & DE WILDE 1998). Die Untersuchung der frühen sowjetischen Industrialisierung<sup>8</sup> zeigt, dass Wirtschaftspolitik dort mehr war als ein reiner Wachstumsmechanismus. Massive Investitionen in die Stahlproduktion ermöglichten einen raschen Ausbau der Infrastruktur – insbesondere des sowjetischen Eisenbahnnetzes, das die weiten Hinterländer integrierte und der Armee strategische Mobilität verschaffte, ein Ziel, das das Zarenreich zuvor nicht erreicht hatte (SIEGELBAUM 1988). Gleichzeitig unterstützte die Mechanisierung der Landwirtschaft die industrielle Kapazität zur Rüstungsproduktion; große Werke wie UralWagonZavod oder das Charkower Traktorenwerk entstanden in dieser Zeit. Diese Fabriken, die bis heute zentrale

<sup>8</sup> Historische Beispiele staatlich gelenkter Industriepolitik sind die sowjetische Schwerindustrialisierung im Rahmen der Fünfjahrespläne der 1920er/30er-Jahre (DAVIES 1980) sowie Japans staatlich geförderte Industrialisierung in der Meiji-Zeit, die Infrastruktur und Schwerindustrie gezielt zur wirtschaftlichen Modernisierung und internationalen Machtprojektion nutzte (JANSEN 2002).

Elemente der russischen bzw. ukrainischen Rüstungsindustrie sind, verdeutlichen die dauerhafte Doppelrolle solcher Infrastrukturen.

In der Gegenwart umfasst Infrastrukturpolitik neue Aufgaben, die den Anforderungen digitaler Ökonomien entsprechen: Unterseekabel, Satellitennetze und Hochgeschwindigkeitstransportsysteme. Doch traditionelle Infrastruktur bleibt unverzichtbar. Der entscheidende Wandel liegt in der Steuerung: Infolge liberaler Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg hat die weitreichende Privatisierung kritischer Infrastruktur den meisten Staaten die direkte Kontrolle über industrielle oder infrastrukturelle Planung entzogen (STEVENS, SCHIEB 2007). Der Rückgang öffentlicher Investitionen zeigt sich in alternden Brücken, Schienennetzen und Energienetzen vieler Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und verschärft strategische Verwundbarkeiten in Krisenzeiten, insbesondere in den USA, aber auch in Deutschland (SHERMAN 2022).

Industrie und Infrastruktur besitzen einen Doppelcharakter. Einerseits fungieren sie primär als wirtschaftliche Ermöglicher, indem sie Güter, Kommunikation und Mobilität bereitstellen. Gleichzeitig werden sie in Kriegszeiten zu strategischen Schlüsselressourcen, bleiben jedoch anfällig für gegnerische Einflussnahme. Die Debatte über chinesische Investitionen im Hamburger Hafen verdeutlicht diese Doppelrolle: Ökonomisch ist der Hafen zentral für deutsche Exporte und den Welthandel; strategisch könnte er in Szenarien wie der historischen REFORGER-Übungen<sup>9</sup> als wichtiger Aufmarschraum für alliierte Streitkräfte dienen (HAMBURG PORT AUTHORITY 2021; PREUß 2024; HILDEBRANDT 2023b). Hamburgs geographische Lage außerhalb der dänischen Meerengen und abseits potenzieller russischer A2/AD-Fähigkeiten (Anti-Access/Area Denial) verstärkt zudem seine sicherheitspolitische Bedeutung. Der Verkauf von Anteilen an chinesische Investoren wirft daher geoökonomische Fragen hinsichtlich der ausländischen Kontrolle über ein sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch zentrales Gut auf.

Schließlich verdeutlicht Chinas BRI eine geoökonomische Strategie im globalen Maßstab. Durch die Finanzierung und den Bau von Häfen, Eisenbahnen und Energiekorridoren im Ausland sichert sich Peking Ressourcenzuflüsse, etabliert strategische Vorposten wie Dschibuti, Sri Lanka oder Gwadar und erweitert seinen Einfluss im Globalen Süden, um die Macht der USA und ihrer Verbündeten auszugleichen (HILLMAN 2020; ROLLAND 2019; SUMMERS 2016). Die BRI zeigt, wie Infrastrukturprojekte, wenn sie international eingesetzt werden, sowohl Instrumente staatlicher Außenpolitik als auch kommerzielle Vorhaben sein können.

## TARIFÄRE SOWIE NICHT-TARIFÄRE HANDELSHEMMNISSE

Tarifäre sowie nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind zentrale Instrumente der Protektion im globalen Handelssystem und beeinflussen maßgeblich den Zugang zu Märkten sowie die Handelsbeziehungen zwischen Staaten. Das Nachkriegszeitalter war geprägt von einem transatlantischen Wandel hin zu einer liberalen Wirtschaftsordnung, deren Eckpfeiler heute die WTO bildet, die aus dem – immer noch bestehenden – Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (engl.: *General Agreement on Tariffs and Trade*, Abk.: GATT) hervorging. Die WTO, maßgeblich von den USA geformt, legt die globalen Regeln für Handelsbeziehungen fest und bietet einen institutionellen Rahmen zur Regulierung von Handelsstreitigkeiten (JACKSON 1997; HOEKMAN & KOSTECKI 2001).

Vor der Gründung des GATT handelten Staaten oftmals auf der Basis bilateral abgestimmter Abmachungen (*quid-pro-quo*), was ein fragmentiertes System mit vielen parallelen Handelsregeln bedeutete. Das GATT und später die WTO schufen eine regelbasierte multilaterale Ordnung, die darauf abzielt, Handelshemmnisse schrittweise abzubauen und den freien Waren-, Dienstleistungs- und Investitionsverkehr zu fördern (HUDEC 1998; OATLEY 2022).

In jüngerer Zeit ist die WTO jedoch in eine Krise geraten, die vielfach als Krise des Multilateralismus bezeichnet wird. Besonders die Doha-Runde, die Anfang der 2000er Jahre gestartet wurde und die Entwicklungsländer stärker in den Welthandel integrieren sollte, ist gescheitert. Hauptstreitpunkt war der Umgang mit besonderen und differenzierten Behandlungsmöglichkeiten für Entwicklungsländer, insbesondere im Bereich der Agrarsubventionen und Marktzugangsrechte (PASTORI 2012; KEATING 2015).

Neben der WTO nehmen heute bi-, multi-, mini- und plurilaterale Handelsabkommen eine immer größere Bedeutung ein. Diese Verträge, wie das Nordamerikanische Freihandelsabkommen United States–Mexico–Canada Agreement (USMCA) oder das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (CPTPP), zielen darauf ab, durch spezifische Vereinbarungen zollfreie Zonen oder bessere Handelsbedingungen zu schaffen (VINER 1948; HUFBAUER, CIMINO & MORAN 2014). Das vorherige Nordamerikanische Freihandelsabkommen North American Free Trade Agreement (NAFTA) zum Beispiel hat den Handel zwischen den USA, Kanada und Mexiko durch die Abschaffung von Zöllen in vielen Industriesektoren signifikant gefördert, jedoch gleichzeitig auch strukturelle Herausforderungen, beispielsweise in der industriellen Basis der USA, verursacht (HUFBAUER & SCHOTT 2005). Das Transpazifische Partnerschaftsabkommen versuchte, ähnliche Freihandelsziele mit einem breiteren Staatenkreis zu erreichen, wurde jedoch durch

<sup>9</sup> *Return of Forces to Germany*, kurz REFORGER (dt.: Rückkehr der Streitkräfte nach Deutschland), bezeichnet eine Reihe von Großmanövern der NATO, die ein- oder mehrmals jährlich stattfanden. Diese Übungen wurden im Zeitraum von 1969 bis kurz nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1993 durchgeführt (BUNDESWEHR 2023).

politische Hindernisse und die Rücknahme der USA im Jahr 2017 abgeschwächt (PETRI & PLUMMER 2016).

Tarifäre Handelshemmnisse beschränken oft direkt den Import durch Zölle oder Einfuhrsteuern, die importierte Waren verteuern und somit weniger wettbewerbsfähig machen (KRUGMAN 1994). Nicht-tarifäre Handelshemmnisse umfassen eine Vielzahl anderer regulatorischer und administrativer Hindernisse, wie variable Abschöpfungen, Quoten, technische Normen, Subventionen, Importlizenzen, Selbstbeschränkungsabkommen, die ebenfalls den Handel verzögern oder behindern können (CADOT, MALOUCHE & SAEZ 2012). Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind vielfach kaum exakt zu erkennen und in ihren Auswirkungen zu bestimmen. So können auch z. B. Umwelt- und Sozialstandards einen strategischen Charakter haben, um unerwünschten Handel mit Ländern zu behindern. Während die

WTO auf die Reduzierung tarifärer und begrenzt auch nicht-tarifärer Handelshemmnisse ausgerichtet ist, geht der aktuelle Trend zu regionalen und bilateralen Abkommen oftmals auch mit der Errichtung von neuen Handelsbarrieren einher, durch sogenannte „Regulierungsblockaden“ oder Norm-Divergenzen (BALDWIN 2016).

Insgesamt illustriert die Entwicklung der Handelsordnung seit dem Zweiten Weltkrieg, dass die Weltwirtschaft zwar vernetzter und liberaler ist als in der Vergangenheit, zugleich aber durch tarifäre sowie nicht-tarifäre Hemmnisse, institutionelle Blockaden und politische Divergenzen geprägt bleibt, die den freien und fairen Handel erschweren. Seit der zweiten Dekade des 21. Jh. gerät die liberale Grundordnung aber zunehmend unter Druck, v. a. durch den Wunsch einiger Länder (v. a. China, USA) gezielt andere Länder durch Handelsbeschränkungen Verhaltensänderungen zu erzwingen.

## 2.3. Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer globalisierten Wirtschaft

Sicherheit und Verteidigung sind Grundpfeiler der globalisierten Wirtschaft, nicht zuletzt aufgrund der Vorrangstellung des Welthandels und der Notwendigkeit maritimer Freiheit der Navigation sowie des Marktzugangs. Dies spiegelt sich deutlich in geopolitischen Begriffen wider, wenn man die zahlreichen geografischen „Chokepoints“ betrachtet, deren Schließung den Handel strangulieren. Ob die Straße von Hormus, der Panamakanal oder das Südchinesische Meer, die Notwendigkeit, diese Schifffahrtsrouten offen zu halten, bildete lange Zeit den Kernauftrag der US Navy, die wie zuvor die Royal Navy damit betraut wurde, die eigenen globalen Handelsinteressen zu schützen (KAPLAN 2013; TILL 2013; UNITED STATES NAVY o. J.). Als globaler Hegemon boten die USA Schutz für jene, die sich an ihre Regeln halten und dem sogenannten Washington Consensus folgen (IKENBERRY 2011; FRIEDMAN 2010).

Die Kriegsführung hat sich auf neue Domänen wie den Cyberraum oder hybride Strategien ausgeweitet, die eine einzigartige und herausfordernde Bedrohung für die Weltwirtschaft darstellen. Während kinetische Gefechte weiterhin wahrscheinlich sind, haben sie sich weit über die Aufstandsbekämpfungstaktiken hinausentwickelt, die einen Großteil der Verteidigungsplanung der letzten 25 Jahre prägten (SINGER & FRIEDMAN 2013; HOFFMAN 2014). Ein moderner Konflikt mit einer gleichwertigen Macht (z. B. China) würde Raketenangriffe über hunderte bis tausende Kilometer umfassen und vermutlich nur zu einem begrenzten Krieg führen, der innerhalb weniger Wochen beendet sein könnte, wobei eine schnelle Mobilisierung und Aufwuchsfähigkeit erforderlich wären. Diese Risiken erklären, warum das US-Militär eine umfangreiche weltweite Präsenz aufrechterhält, gestützt durch enorme strategische Luftmobilität, Seetransport-

kapazitäten und die sogenannten „Global-Strike“-Fähigkeiten (O'HANLON 2015; U.S. AIR FORCE 2025).

Jüngste Konflikte haben Einblicke gegeben, wie moderne hochintensive Kriegsführung aussieht, etwa der Indien-Pakistan-Konflikt von 2025 oder der 12-tägige Israel-Iran-Krieg 2025. Diese Konflikte waren geprägt von verheerenden Cyberangriffen, massivem Einsatz von Fernkampf-Fähigkeiten, dem Rückgriff auf hochentwickelte Systeme der ballistischen Raketenabwehr (engl. *Ballistic Missile Defense*, Abk.: BMD), dem Einsatz unbemannter Luftfahrzeuge (engl.: *Unmanned Aircraft Systems*, Abk.: UAS) sowie Gefechten jenseits der Sichtlinie (engl.: *Beyond Visual Range*, Abk.: BVR) (INTERNATIONAL CRISIS GROUP 2025; ZIMM 2025; STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE 2025). Die Gefahren, die diese Konflikte für kritische Infrastrukturen und zivile Bevölkerungen mit sich brachten, sind immens und könnten im Ernstfall schwerwiegende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, wenn keine angemessene Vorbereitung erfolgt. Die Zerstörung von Häfen, Energieinfrastruktur und anderen Verkehrsknotenpunkten gefährdet nicht nur „harte“ ökonomische Vermögenswerte, sondern erschwert auch den langfristigen Wiederaufbau oder die militärische Planung. Ein perfektes Beispiel hierfür liefern die einheimischen Langstrecken-UAS-Programme der Ukraine, die – trotz Mangels an Hochtechnologie und Know-how (obwohl sich dies rasch ändert) – jetzt in der Lage sind, mit geringen Kosten erhebliche wirtschaftliche Schäden an der russischen Energieinfrastruktur zu verursachen und gleichzeitig das milliarden schwere russische bodengestützte Luftverteidigungsnetzwerk zu umgehen. Damit gelang es Kiew, Defizite in anderen Bereichen auszugleichen (HVIZDA et al. 2025).

## 3. STRATEGISCHE ASPEKTE UND ENTWICKLUNGEN

In diesem Kapitel wird ein strategischer Blick auf die Geoökonomie geworfen. Ein wichtiger Aspekt dabei sind die aktuell stattfindenden Machtverschiebungen im inter-

nationalen System: Die Phase der Unipolarität ist beendet. Außerdem werden in diesem Kapitel die Interdependenzen zwischen den unterschiedlichen Akteuren beleuchtet.

### 3.1. Machtverschiebungen

Die internationale Ordnung erlebt tiefgreifende Umbrüche. Technologischer Wandel, globale Krisen und neue sicherheitspolitische Konflikte setzen die Annahmen der liberalen Nachkriegsordnung unter Druck. An die Stelle weiterer Verflechtung treten verstärkt Machtkämpfe zwischen Großmächten (MÜTZENICH 2022).

Vor diesem Hintergrund sind Machtverschiebungen zwischen den USA, China, Russland und der EU sichtbar. Die USA prägten nach dem Kalten Krieg eine unipolare Ordnung, zeigen aber in jüngerer Zeit Phasen relativen Machtverlusts. Unter Präsident Donald Trump wurden

Bündnisse offen infrage gestellt; innenpolitische Polarisierung mindert zusätzlich die außenpolitische Handlungsfähigkeit (MATHIOPOULOS 2021; MÜTZENICH 2022). Militärisch bleiben die USA führend, doch ihre Rolle als verlässliche Ordnungsmacht erscheint weniger garantiert. Ökonomisch belasten Defizite (Handelsbilanz und Haushalt), steigende Zinskosten sowie gesellschaftliche Probleme wie geringere Lebenserwartung und Hinweise auf sinkende Alphabetisierung (BUREAU OF ECONOMIC ANALYSIS 2025; USA READS o.J.). Zudem werden die USA seit 2016 als „defekte Demokratie“ eingestuft.



“SAVE ME FROM MY FRIENDS!”

△ Abb. 3: Das Große Spiel: der afghanische Emir Sher Ali mit seinen „Freunden“ Russland und Großbritannien 1878

Politische Gewalt und Zweifel an der Wahlintegrität erhöhen die Unsicherheit (WILLIAMSON 2023; COPPEDGE et al. 2024). Parallel verlagerte Washington den Fokus in den Indopazifik (*Pivot to Asia* [LIEBERTHAL 2011]) und richtet seine Strategie zunehmend auf die Rivalität mit China aus (MÜTZENICH 2022; LIPPERT & PERTHES 2020). China ist in wenigen Jahrzehnten zur zentralen Gegenmacht aufgestiegen. Es überholte die USA beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftparität Mitte der 2010er Jahre. 2014 lag es laut Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei rund 17,6 Billionen internationalen Dollar (CONGRESSIONAL RESEARCH SERVICE 2015). China wuchs über Jahre stark, wurde 2013 größte Handelsnation und tritt als globale Investitionsmacht auf (MONAGHAN 2014; DOLLAR, HUANG, YAO 2021; siehe HILLMAN 2020; FRANKOPAN 2019). Unter Xi Jinping zeigt sich eine aktivere Außen- und Machtpolitik, verbunden mit regionalen Ansprüchen, technologischer Ambition und einem ideologischen Gegenmodell zur liberalen Demokratie (ZHONGYING 2020; ROBINSON & SHAMBAUGH 1995; SIEHE Z. B. STRANGIO, LI M. & LI X. 2022; ROBINSON & SHAMBAUGH 1995). Die Rivalität mit den USA wird vor allem geoökonomisch ausgetragen, über Zölle, Sanktionen, Technologie- und Investitionspolitik (LIPPERT & PERTHES 2020; ROBINSON & SHAMBAUGH 1995). Gleichzeitig erhöht Chinas militärische Moderni-

sierung Spannungen im Indopazifik. Eine Eskalation im Südchinesischen Meer oder um Taiwan hätte globale Folgen (VAN BREEVOORT 2025).

Spätestens seit der Machtübernahme von Wladimir Putin am 31.12.1999 lässt sich eine Rückkehr Russlands zur Großmachtpolitik feststellen. Geostrategisch wirken Konstanten wie das Bedürfnis nach „strategischer Tiefe“ und der Zugang zu warmen Seewegen. Klassische Theorien wie Heartland (MACKINDER 2004) und Rimland (SPYKMAN 1944) helfen, Russlands Fokus auf Pufferzonen im post-sowjetischen Raum zu erklären (FRANKOPAN 2019). Unter Putin setzte Moskau verstärkt auf militärische Macht: 2007 Kritik an der US-dominierten Ordnung (PRESIDENT OF RUSSIA 2007), 2008 Georgien, 2014 Krim, seit 2022 Angriffskrieg gegen die Ukraine (SCHOLZ 2022). Russland erschüttert damit die europäische Friedensordnung, zeigt jedoch zugleich ökonomische Grenzen. Häufig gilt es eher als „Spoiler“ denn als gestaltende Ordnungsmacht (MÜTZENICH 2022). Geoökonomisch nutzte Russland lange Energieabhängigkeiten als Druckmittel. Diversifizierung und Sanktionen schwächen diesen Hebel, trotz Kosten auch für den Westen (RAHR 2022.; DIRECTORATE-GENERAL FOR COMMUNICATION 2025; DIRECTORATE-GENERAL FOR FINANCIAL STABILITY, FINANCIAL SERVICES AND CAPITAL MARKETS UNION 2025).



△ Bundeskanzler Friedrich Merz zu Gast im Weißen Haus

Die EU ist wirtschaftlich und normativ stark, aber sicherheitspolitisch oft fragmentiert. Sie verfügt über erheblichen Einfluss durch Regulierung, Diplomatie und Soft Power. Ihr gemeinsames BIP liegt weltweit hinter den USA auf Rang zwei (EUROSTAT 2024; EUROPEAN EXTERNAL ACTION SERVICE 2020). Schwächen liegen in fehlender harter Macht, begrenzter militärischer Integration und Einstimmigkeitserfordernissen, die kohärentes Handeln erschweren (NAPOLITANO & WAGEMANS 2025; BURILKOV & WOLFF 2025). Zudem belasten Infrastrukturdefizite und Demografie. Bis 2060 wird ein Rückgang des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf rund 57 % prognostiziert (VAN RENSBERGEN 2025; SABIN 2022). Deutschland, als größte Volkswirtschaft Europas, durch-

läuft seit 2022 einen strategischen Wandel. Nach 1949 dominierte lange Zurückhaltung, Multilateralismus und wirtschaftliche Verflechtung (BARTENSTEIN & WESSELS 2024; SCHOLZ 2022; MAULL 2006). Der russische Angriff auf die Ukraine wirkte als „Zeitenwende“. Dies zeigte sich in einem Sondervermögen, einer stärkeren Ostflanke der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO), höheren Verteidigungsausgaben sowie neuen Strategien (SCHOLZ 2022; BUNDESMINISTERIUM DER VERTEIDIGUNG o. J.). Umfragen deuten auf eine wachsende Zustimmung zu einer einsatzfähigen Armee hin (ZDFHEUTE 2025; STATISTA 2024). Entscheidend wird sein, ob Deutschland Führung übernimmt, ohne Partner zu übergehen, und zugleich die transatlantische Bindung stabil hält.

## 3.2. Ökonomische Abhängigkeiten vs. internationale Arbeitsteilung

### GLOBAL SOURCING UND WERTSCHÖPFUNGSKETTEN

Global Sourcing und globale Wertschöpfungsketten (Global Value Chains, GVC) sind zentrale Organisationsprinzipien der modernen Weltwirtschaft, die sich im Rahmen der Globalisierung und der zunehmenden Integration der Weltmärkte entwickelt haben (GEREFFI, HUMPHREY & STURGEON 2005; BALDWIN 2016; OECD 2025a). Sie beschreiben, wie Produktions- und Distributionsprozesse in hochgradig vernetzten, grenzüberschreitenden Strukturen organisiert werden und wie räumlich verteilte Arbeitsschritte zu einem integrierten Endprodukt zusammengefügt werden.

Die Entstehung globaler Wertschöpfungsketten ist eng mit dem Abbau von Handelshemmnissen, technologischen Fortschritten in Transport und Kommunikation sowie der strategischen Auslagerung von Produktionsstufen durch multinationale Unternehmen seit den 1980er Jahren verbunden (BALDWIN 2012; WORLD BANK 2020). Das Konzept des Global Sourcing bezeichnet die standortübergreifende Beschaffung von Vorleistungen, Komponenten und Dienstleistungen mit dem Ziel, Kostenstrukturen zu optimieren, Qualitätsansprüche zu erfüllen und Spezialisierungsvorteile zu nutzen (OECD 2025a; EUROSTAT 2022).

GVC-Theorien beschreiben den Prozess der Fragmentierung (JONES & KIERZKOWSKI 2018), bei dem einzelne Produktionsschritte in jene Länder verlagert werden, die für diese spezifischen Aufgaben Standortvorteile bieten, sei es durch niedrige Löhne, spezialisierte Arbeitskräfte oder Technologiekompetenz. Ein erheblicher Teil des Welthandels besteht heute aus Zwischenprodukten, die mehrmals Grenzen überschreiten, bevor sie als Endprodukt in den Handel gelangen (OECD 2025a; JONES, DEMIRKAYA & BETHMANN 2019).

Die Organisation globaler Wertschöpfungsketten wird oft durch sogenannte Lead Firms gesteuert, die Produktentwicklung, Design, Markenführung und Hauptaufträge koordinieren. Die Governance-Strukturen können von Produzenten gesteuert (kapital- und technologieintensive Branchen wie Automobil- oder Elektronikindustrie) vom Käufer gesteuert (arbeitsintensive Branchen wie Textil- und Konsumgüterproduktion) ausgestaltet sein (GEREFFI 1999; OECD 2025a).

Für die Geoökonomie sind globale Wertschöpfungsketten in mehrfacher Hinsicht bedeutend:

- **Interdependenz und Verwundbarkeit:** Tiefe Integration in internationale Zuliefernetzwerke schafft wirtschaftliche Chancen, erhöht jedoch strategische Abhängigkeiten, sichtbar in Lieferkettenkrisen während der COVID-19-Pandemie oder geopolitischer Spannungen (ECB 2025; OECD 2025a).
- **Standortwettbewerb:** Staaten konkurrieren durch Investitionsanreize, Infrastrukturpolitik und Bildungssysteme um die Ansiedlung wertschöpfungsintensiver Segmente (OECD 2025a; EUROSTAT 2022).
- **Strategische Steuerung:** Konzepte wie Reshoring, Nearshoring oder Friendshoring werden eingesetzt, um Abhängigkeiten zu reduzieren und sicherheitsrelevante Produktionsbereiche zu kontrollieren (ISM 2025).
- **Ungleiche Wertverteilung:** Länder in zentralen Segmenten (Design, High-Tech-Produktion) erzielen hohe Wertschöpfungsanteile, während periphere, arbeitsintensive Standorte oft in Abhängigkeit verharren, eine Parallele zu Kern-Peripherie-Analysen aus Dependenz- und Weltsystemtheorien (WORLD BANK 2020; OECD 2025a).

Global Sourcing und globale Wertschöpfungsketten bilden das organisatorische Rückgrat der modernen Weltwirtschaft. Sie veranschaulichen, wie Produktionsprozesse global koordiniert werden, warum Zwischenprodukte den Großteil des Welthandels ausmachen und wie Kontrolle über zentrale Kettenglieder zu einem geopolitischen Machtfaktor werden kann. Für das Verständnis geoökonomischer Dynamiken sind Kenntnisse über Struktur, Steuerung und Risiken globaler Wertschöpfungsketten daher unverzichtbar, besonders vor dem Hintergrund einer möglichen geoökonomischen Fragmentierung und neu ausgerichteter Handels- und Investitionsstrategien (OECD 2025a; ECB 2023).

GVC sind zentral für das Verständnis der chinesischen BRI-Strategie. Die BRI stellt nicht nur ein Infrastrukturprogramm dar, sondern einen gezielten Versuch, Produktionsnetzwerke neu zu konfigurieren. Durch Investitionen in Häfen, Eisenbahnen und Energiekorridore senkt China Transportkosten und Lieferzeiten, wodurch multinationale Unternehmen dazu angeregt werden, Teile ihrer Wertschöpfungsketten nach Eurasien zu verlagern (GARCÍA-HERRERO & XU 2017). Dies entspricht einer neo-merkantilistischen Logik: Die Sicherung von Logistik und Handelsrouten garantiert industrielle Wettbewerbsfähigkeit und stärkt zugleich geopolitischen Einfluss. Auch für die BRICS-Staaten gilt die Integration in Wertschöpfungsketten als Chance, über den reinen Rohstoffexport hinaus in höherwertige Produktionsstufen aufzusteigen (STUENKEL 2020).

## INTERNATIONALER HANDEL

Internationaler Handel bezeichnet den Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Technologie zwischen Staaten. Es ist eines der grundlegenden Fundamente der Weltwirtschaft, und prägt seit Jahrhunderten die internationale Arbeitsteilung, wirtschaftliche Entwicklung und gegenseitige Abhängigkeit von Volkswirtschaften (VINER 1937; RICARDO 1821/Übers.; KRUGMAN, OBSTFELD, MELITZ 2018). Die internationale Handelsverflechtung und daraus resultierende ökonomische Machtverschiebungen bilden zugleich das Rückgrat moderner geoökonomischer Analysen (BLACKWILL & HARRIS 2016; GOURINCHAS 2025).

Die klassische Handelstheorie geht auf die Arbeiten von Adam Smith und David Ricardo zurück. Adam Smith führte 1776 den Begriff des absoluten Vorteils ein. Danach sollten Länder diejenigen Güter produzieren und exportieren, bei denen sie im Vergleich zu anderen Ländern besonders effizient sind (SMITH 1776). David Ricardo erweiterte diesen Ansatz 1821 mit dem Konzept

des komparativen Kostenvorteils. Seine Theorie zeigt, dass Handel selbst dann für beide Seiten vorteilhaft ist, wenn ein Land in der Herstellung sämtlicher Güter produktiver ist. Entscheidend ist nicht die absolute Effizienz, sondern die relative Überlegenheit in bestimmten Bereichen (RICARDO 1821).

Mit der Globalisierung der 1990er-Jahre erlebte der internationale Handel einen tiefgreifenden Wandel. Die weltweite ökonomische und teilweise auch politische Liberalisierung, verbunden mit technologischem Fortschritt und der Proliferation von GVC führten zu immer engerer wirtschaftlicher Verflechtung (BALDWIN 2011; WORLD BANK 2020; WTO 2025). Ein beachtlicher Teil des Welthandels besteht seither aus Zwischenprodukten, die verschiedene Ländergrenzen durchlaufen, bevor sie als Endprodukt am Zielmarkt erscheinen.

Gleichzeitig hat sich das Spektrum gehandelter Güter auf Dienstleistungen, digitale Produkte und Wissen erweitert. Eine zentrale Rolle bei der Regulierung und Liberalisierung des Welthandels spielte zunächst das GATT, das 1947 ins Leben gerufen wurde. Es diente über Jahrzehnte als multilateraler Rahmen zur Senkung von Zöllen und zur Beseitigung von Handelshemmnissen. Neben dieser globalen Ebene prägen auch regionale Handelsabkommen die Regeln und Dynamik des internationalen Austauschs (EU, ASEAN<sup>10</sup> usw.). Aktuelle Berichte zeigen, dass geopolitische Spannungen, zunehmender Protektionismus sowie die Umstrukturierung globaler Lieferketten durch Strategien wie Nearshoring oder Friendshoring die Handelslandschaft immer stärker verändern (OECD 2025a; WTO 2025; SEONG et al. 2025).

Neue Trends sind unter anderem die Diversifizierung von Lieferanten, wachsende regionale Handelsnetze (z. B. ASEAN, MERCOSUR<sup>11</sup>), die zunehmende Bedeutung digitaler Dienstleistungen und die Diskussion um nachhaltige und resiliente Lieferketten (UNCTAD 2025a; 2025b; WORLD BANK 2020).

Internationaler Handel ist nicht nur ein Motor für Wachstum, sondern auch ein zentrales geostrategisches Steuerungsinstrument. Staaten nutzen Handelsabkommen, Exportkontrollen und Sanktionen gezielt als Mittel der Einflussnahme und Machtsicherung (BLACKWILL & HARRIS 2016; GOURINCHAS 2025). Markt- und Handelszugang werden strategisch eingesetzt, um technologische Führerschaft, wirtschaftliche Sicherheit und politische Allianzen zu fördern – oder um rivalisierende Staaten zu schwächen (PANON et al. 2024).

Die strategische Bedeutung wird vor allem dadurch sichtbar, dass ein Großteil des Handels heute zwischen und innerhalb von Industrie- und Schwellenländern stattfindet und weniger mit Entwicklungsländern. Dabei ist aber nicht nur der von Ricardo beschriebene interim-

<sup>10</sup> Association of Southeast Asian Nations, dt.: Verband Südostasiatischer Nationen: eine internationale Organisation mit politischen, ökonomischen und kulturellen Zielen. Mitgliedsstaaten: Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Republik der Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam (KLEIN o. J.).

<sup>11</sup> span.: Mercado Común del Sur, dt.: Gemeinsamer Markt im südlichen Lateinamerika. Mitglieder: Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay. Venezuela ist als Mitglied dauerhaft suspendiert (KAMMEL o.J.).

dustrielle Handel (Austausch von Gütern unterschiedlicher Branchen) von Bedeutung, sondern insbesondere der sog. intraindustrielle (Austausch von Gütern innerhalb derselben Branche). Dann konkurrieren chinesische Autos gleicher Klasse mit koreanischen, chinesischen, französischen und US-amerikanischen. Gelingt es einem Land oder einem Unternehmen dann nicht, eine ausreichende Marktnische für sich zu erschließen, können Produkte kaum im Wettbewerb bestehen. Wenn interventionistische Ansätze der Wirtschaftspolitik (z. B. Neomerkantilismus) für die Regierungen der Länder zur Handlungsoption werden, dann versuchen sie vor diesem Hintergrund Marktteilnehmer anderer Länder zu schädigen oder die eigene Marken gezielt zu subventionieren. Daraus entstehen strategische Handelskonflikte.

Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen beeinflussen das internationale Währungs- und Finanzsystem und bilden das Fundament für wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen und Machtverschiebungen. Der Aufbau und Erhalt international wettbewerbsfähiger Positionen sowie die Flexibilität, auf globale Schocks zu reagieren, hängen zunehmend von der Fähigkeit ab, Handels- und Wertschöpfungsnetzwerke aktiv zu steuern (WORLD BANK 2020; OECD 2025a; WTO 2025).

Die BRICS-Initiative verdeutlicht den kollektiven Versuch, die Regeln des Welthandels zu verändern. Durch die Betonung von Süd-Süd-Kooperation stellen die BRICS-Staaten die Position von Institutionen wie WTO und IWF infrage. Die Gründung der New Development Bank sowie das „BRICS-Plus“-Format unterstreichen die Bemühungen, Handelspartner zu diversifizieren und die Abhängigkeit von westlich geprägten Märkten zu reduzieren (ARMILJO & ROBERTS 2013). Auch Deutschlands Entwicklung nach der Wiedervereinigung zeigt die Bedeutung des Handels für internationale Verantwortung. Als größte Exportnation der EU sieht Deutschland offene Märkte zunehmend sowohl als wirtschaftliche Notwendigkeit als auch als außenpolitisches Instrument und knüpft seinen Wohlstand eng an die Stabilität des europäischen Projekts (BULMER & PATERSON 2013). Handel erscheint somit gleichermaßen als Motor ökonomischer Entwicklung und politischer Einflussnahme.

### AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITION (FDI)

FDI bezeichnet grenzüberschreitende Kapitalanlagen, bei denen ein Investor einen nachhaltigen Einfluss auf die Geschäftsführung eines Unternehmens im Gastland erlangt. Die international anerkannte Definition nach OECD (2009; 2015), Bundesbank (2023) setzt in der Regel eine Beteiligung von mindestens 10 % der Anteile bzw. Stimmrechte voraus. Damit unterscheidet sich FDI klar von passiven Portfolioinvestitionen, bei denen die reine Renditeerzielung im Vordergrund steht, während FDI durch ein Kontrollmotiv und strategische Steuerung geprägt ist (OECD 2009; 2015; 2025b; INVESTOPEIDIA 2003).

Die Ursachen und Wirkungen von FDI lassen sich anhand klassischer und moderner Theorien erklären. Stephen Hymer (1960) verankerte FDI in den Konzepten von Marktunvollkommenheiten und unternehmensspezifischen Vorteilen. Unternehmen investieren international, wenn sie über Ressourcen wie technologisches Wissen, Markenstärke oder besondere Managementkompetenzen verfügen, die lokale Nachteile – kultureller, sprachlicher oder rechtlicher Art – ausgleichen (HYMER 1960; LIPSEY 2003). Zentral ist dabei das Streben nach direkter Kontrolle über die Unternehmensführung, das FDI von anderen Formen internationaler Kapitalströme unterscheidet.

Somit verdeutlicht Hymer, dass FDI nicht allein aus Renditeerwägungen erfolgt, sondern aus einem strategischen Streben nach Kontrolle, Expansion und Effizienz. Die OECD (2025b) und aktuelle Forschung differenzieren vier zentrale Beweggründe:

- Marktsuchend: Zugang zu neuen Absatzmärkten oder Umgehung von Handelsbarrieren
- Effizienzsuchend: Kostenvorteile durch Standortwahl (z. B. Löhne, Steuern)
- Ressourcen-/Assetsuchend: Zugang zu Rohstoffen, Technologien oder Know-how
- Diversifizierend: Risikostreuung und resilientere Lieferketten (CALIMANU 2021; BUSSY & ZHENG 2023)

Jährlich fließen weltweit zwischen 1,3 und 1,8 Billionen US-Dollar als FDI, mit den USA und China als bedeutendsten Akteuren (UNCTAD 2025a; 2025b; LEINO & GAVRILOVIC 2025). Die Bandbreite reicht vom Erwerb von Anteilen über die Gründung von Tochtergesellschaften und Joint Ventures bis hin zu Reinvestitionen von Gewinnen (OECD 2009; 2015; DEUTSCHE BUNDESBANK 2023). Nach der COVID-19-Pandemie kam es zu Schwankungen, die durch geopolitische Spannungen und verschärfte Investitionsprüfungen, insbesondere in sensiblen Sektoren, verstärkt wurden (WHITE & CASE LLP 2025; JAEGER 2023).

FDI spielt eine wesentliche Rolle für wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel und Technologietransfer (WORLD BANK 2020; UNCTAD 2025a; 2025b). Sie schafft Arbeitsplätze, stärkt lokale Kapitalmärkte und fördert Innovation. Gleichzeitig stellen regulatorische Risiken, Sanktionspolitik, Reshoring-Initiativen und Investitionsscreenings (CARRIL-CACCIA & PAVLOVA 2018; WHITE & CASE LLP 2025) neue Herausforderungen dar. In geoökonomischen Analysen wird FDI daher als strategisches Instrument betrachtet, das langfristig Wirtschaftswachstum und Standortentwicklung prägt und politische wie wirtschaftliche Machtverhältnisse beeinflusst (BLACKWILL & HARRIS 2016).

Durch die Kombination aus Kontrollmotiv, unternehmens- und standortspezifischen Vorteilen, sowie internalisierten Steuerungsmechanismen ist FDI ein dynamisches Instrument im globalen Wettbewerb. Der Beitrag von

Hymer bildet bis heute das Fundament für das Verständnis grenzüberschreitender Unternehmensexpansion und ihrer Rolle in Wachstum, Transformation und geökonomischen Strategien.

Ausländische Direktinvestitionen spielen eine doppelte Rolle in den Strategien sowohl der USA als auch Chinas. Aus neo-merkantilistischer Sicht fungieren chinesische Direktinvestitionen im Rahmen der BRI als Instrument zur Sicherung von Auslandsmärkten, Ressourcen und Technologien. Investitionen in Afrika oder Südosteuropa sind häufig an chinesische Firmen und Standards gebunden und schaffen dadurch asymmetrische Abhängigkeiten (Sow 2018). Umgekehrt hat chinesisches Engagement in den USA Debatten über Technologietransfer ausgelöst und Forderungen nach schärferen Investitionsprüfungen verstärkt (HANEMANN et al. 2019). Empirische Studien zeigen zudem, dass FDI in China durch Spillover-Effekte die Innovationsfähigkeit steigert, insbesondere im Bereich Patente und radikale Innovationen (ZHOU & ZHENG 2024). Damit wird deutlich, dass Direktinvestitionen sowohl staatliches Steuerungsinstrument als auch Träger globaler Wissensflüsse sind.

#### ARBEITSKRÄFTEMIGRATION

Arbeitskräftemigration bezeichnet den grenzüberschreitenden Ortswechsel von Menschen mit dem Ziel, im Aufnahmeland einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. In den politischen und medialen Debatten ist das Thema Migration häufig negativ konnotiert, ein näherer Blick zeigt jedoch, dass Arbeitskräftemigration ein wichtiger geökonomischer Faktor ist. Diese Form der Migration kann temporär oder dauerhaft erfolgen und wird durch ökonomische, demografische, politische sowie soziale Faktoren beeinflusst (KEELEY 2009; KREIENBRINK 2014). Im Unterschied zum Familiennachzug oder zur Fluchtmigration steht hier die Arbeitsaufnahme klar im Vordergrund (STITTENEDER 2019).

Historisch waren es vor allem männliche Migranten, die in Sektoren wie Landwirtschaft, Bau und Industrie tätig waren. Heute zeigt sich ein differenzierteres Bild. Mit der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften und dem Strukturwandel der Ökonomien nahm die sogenannte Feminisierung der Migration zu. Immer mehr Frauen migrieren eigenständig und finden vor allem in Dienstleistungssektoren wie Pflege, Gesundheit und Haushalt Anstellung, was einen signifikanten Wandel in den globalen Beschäftigungsmustern markiert (EXPERTENGRUPPE „WELTWIRTSCHAFT UND SOZIALETHIK“ 2009; SVR 2023).

Die Migration von Arbeitskräften lässt sich mit verschiedenen theoretischen Ansätzen erklären, von den frühen Migrationsgesetzen des Geographen Ernest George Ravenstein (1885), welche die räumlichen Muster und das Prinzip der Kettenmigration beschrieben, bis hin zu

modernen Segmentations- und Weltsystemtheorien. Everett Lee (1966) entwickelte den Push-Pull-Ansatz, der Migration als Reaktion auf negative Faktoren im Herkunftsland (Push) und attraktive Bedingungen im Zielland (Pull) interpretiert. Harris und Todaro (1970) betonten den Ausgleich internationaler Lohn- und Beschäftigungsunterschiede als Beweggrund. Die Humankapitaltheorie sieht Migration als Investition in die eigenen Zukunftschancen (SJAASTAD 1962; MCKENZIE & RAPOPORT 2007), während Netzwerktheorien soziale Strukturen und Verbindungen herausstellen, die Migrationskosten und -risiken senken und nachhaltige Ströme fördern (MASSEY et al. 1993; PRIES 1999). Segmentations- und Weltsystemansätze (PORTES 1997; STITTENEDER 2019) binden Migration als Teil globaler Wirtschaftsstrukturen ein, in denen sowohl hoch- als auch niedrigqualifizierte Arbeitssegmente existieren.

Für Deutschland zeigt sich eine dynamische Entwicklung. 2024 lag der Anteil ausländischer Erwerbstätiger bei rund 16,1 %, und damit mehr als doppelt so hoch wie 2010 (INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) 2025). Der Fachkräftemangel ist regional unterschiedlich ausgeprägt – besonders im ländlichen Raum wirken internationale Arbeitskräfte stabilisierend. Prognosen der Bertelsmann Stiftung und des IAB gehen von einem Bedarf an netto 270.000-370.000 Zuwandernden jährlich aus, um das Erwerbspersonenpotenzial langfristig zu erhalten (KUBIS & SCHNEIDER 2024; KOSYAKOVA et al. 2025). Zeitgleich ist ein Teil gut integrierter und qualifizierter Arbeitsmigranten von onward migration betroffen – sie ziehen weiter in andere Länder, was regionale und sektorale Auswirkungen verstärkt (ebenda). Das politische Steuerungsspektrum reicht von neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzen über Migrationsabkommen mit Drittstaaten bis zu gezielten Integrationsmaßnahmen und dem Ausbau von Prüfung und Beratung (BMI 2025; MEDIENDIENST INTEGRATION 2024).

Die Standortkonkurrenz ist durch die Arbeitskräftemigration in globalisierten und alternden Gesellschaften ein strategisch relevantes Feld geworden. Ökonomisch trägt sie maßgeblich zur Schließung von Fachkräftelücken, zur Steigerung von Produktivität und Innovationspotenzial sowie zur Stabilisierung von Sozialversicherungssystemen bei (RATHA et al. 2020; SVR 2023). Politische Akteure müssen sich jedoch mit den Herausforderungen irregulärer Migration, prekären Arbeitsverhältnissen und Integrationsdefiziten auseinandersetzen, die soziale und wirtschaftliche Stabilität gefährden können (KEELEY 2009; SVR 2023). Das Thema bleibt komplex und verlangt ein Management, das gesellschaftliche, rechtliche und ökonomische Perspektiven verbindet – um sowohl die Chancen von Arbeitskräftemigration für nachhaltige Entwicklung zu nutzen als auch Risiken effektiv zu steuern (BMI 2025; RIETIG & SCHÄFER 2025).

Arbeitskräftemigration ist ein oft unterschätzter, aber bedeutsamer Bestandteil der globalen politischen Ökonomie. Wanderarbeiter/-innen sichern das Funktionieren internationaler Wertschöpfungsketten, insbesondere in Sektoren wie Bauwesen und Industrieproduktion. Im Rahmen der BRI setzen chinesische Staatsunternehmen häufig eigene Arbeitskräfte in Auslandsprojekten ein. Dies sichert Kontrolle über die Ausführung, führt jedoch auch zu Spannungen mit lokalen Bevölkerungen (WIGNARAJA et al. 2020). Migration ist zudem Teil neomerkantilistischer Politik: Sowohl die USA als auch China regulieren den Zu- und Abfluss hochqualifizierter Arbeitskräfte sorgfältig, da diese direkt mit Innovations- und Sicherheitsfragen verbunden sind. Deutschlands Arbeitsmarktpolitik nach der Wiedervereinigung – verbunden mit der EU-Erweiterung – machte das Land zu einem Hauptziel intra-europäischer Migration. Dies trug durch flexible Arbeitskräfte entscheidend zur Exportstärke bei (DUSTMANN et al. 2017). Arbeitsmobilität erweist sich somit als Fundament sowohl nationaler Strategien als auch globaler Integration.

#### FORSCHUNG, TECHNOLOGIE UND INNOVATIONSTRANSFER

Forschung und technologische Entwicklung bilden die zentrale Grundlage für Innovationen, die maßgeblich zu wirtschaftlichem Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Fortschritt beitragen (FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT 2025; BMBF 2025; OECD 2018).

Innovationstransfer bezeichnet den Prozess der Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischer Neuerungen in wirtschaftliche und gesellschaftliche Anwendungen (MERTES 2023; SCHMOCH, RAMMER & LEGLER 2006). Technologietransfer ist ein spezifischer Teilaspekt des Innovationstransfers und umfasst die zielgerichtete Weitergabe technischen Wissens von Forschungseinrichtungen an Unternehmen oder andere Anwender mit dem Ziel der Kommerzialisierung neuer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen (OECD 2021; WIPO 2023). Technologietransfer kann horizontal zwischen Branchen oder vertikal zwischen Forschung und Anwendung stattfinden und ist ein integraler Bestandteil moderner Innovationssysteme (SCHMOCH, RAMMER & LEGLER 2006; HOWELLS 2006).

Geistiges Eigentum – insbesondere Patente – dient sowohl dem Schutz als auch der strategischen Nutzung von Innovationen. Patente können als handelbare Vermögenswerte die Diffusion neuer Technologien fördern, gleichzeitig aber auch als Wettbewerbsbarrieren fungieren (WIPO 2023; OECD 2021).

Technologietransfer erfolgt zunehmend in globalen, digitalen und netzwerkbasierenden Strukturen. Internationale Kooperationen zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sind essentiell, um Entwicklungszyklen zu verkürzen und Innovationspro-

zesse zu beschleunigen (OECD 2021; BMBF 2025). Besonders Universitäts-Spin-offs, Public-Private-Partnerships und gezielte staatliche Förderprogramme spielen hierbei eine Schlüsselrolle (FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT 2025; EFI 2025).

Forschung, Technologie und Innovationstransfer sind zu zentralen Elementen geökonomischer Strategien von Staaten und Unternehmen geworden. Sie stärken die nationale Wettbewerbsfähigkeit, sind Treiber wirtschaftlicher Macht und beeinflussen globale Machtkonstellationen (OECD 2018; EFI 2025). Der Schutz und die strategische Nutzung von Schlüsseltechnologien – insbesondere in Bereichen wie Künstlicher Intelligenz, Biotechnologie und erneuerbaren Energien – sind zunehmend Gegenstand geopolitischer Rivalitäten. Staaten setzen daher verstärkt auf Regulierungen, internationale Partnerschaften und Investitionskontrollen, um technologische Souveränität zu sichern und Abhängigkeiten zu reduzieren (OECD 2021; WIPO 2023). Ein Beispiel hierfür ist die Bedeutung der in Taiwan hergestellten Halbleiter und des Unternehmens Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC), die der technologischen Innovation eine geopolitische Dimension hinzufügen und die Beziehungen zwischen Taiwan und China erheblich komplizierter machen (LIU et al. 2025).

Forschung und Technologie bilden das Herzstück des globalen Wettbewerbs. Im Verhältnis zwischen den USA und China werden Wissensflüsse zunehmend sicherheitspolitisch aufgeladen, da Befürchtungen vor technologischer Abhängigkeit wachsen (KENNEDY 2015). Mit Strategien wie „Made in China 2025“ verfolgt China das Ziel, ausländische Technologien zu absorbieren und gleichzeitig eigene Innovationen zu fördern – ein Ansatz, der auch in BRI-Projekten sichtbar wird, bei denen chinesische technologische Standards exportiert werden. Deutschland bietet einen Gegenfall: Nach der Wiedervereinigung wurde das ost- und westdeutsche Wissenschaftssystem integriert, wobei sich eine rasche Zusammenarbeit, aber auch strukturelle Asymmetrien zeigten. Auf EU-Ebene engagiert sich Deutschland stark in Programmen wie „Horizon Europe“ und verbindet damit Forschung mit einer aktiveren internationalen Verantwortung. In beiden Fällen wird deutlich, dass Innovations- und Technologietransfers nicht neutral sind, sondern politisch umkämpft und eng mit Macht- und Autonomiefragen verknüpft.

## 4. FALLSTUDIEN

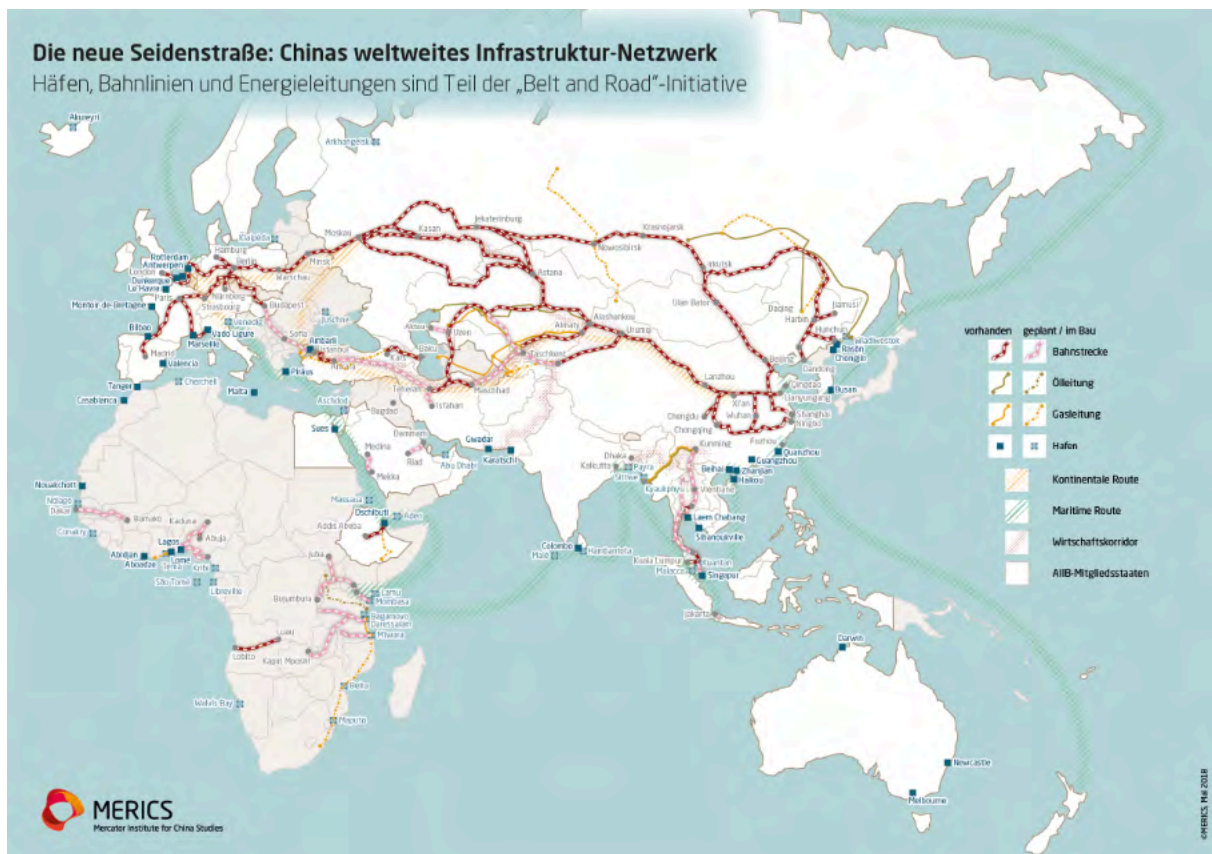
In diesem Kapitel wird die bis hierhin geleistete Theoriearbeit auf konkrete Fallbeispiele angewendet. Die unterschiedlichen Fallbeispiele veranschaulichen die Vielfäl-

tigkeit der Geoökonomie und die damit zusammenhängenden strategischen Ansätze der jeweiligen Staaten.

### 4.1. Chinas Seidenstraßen-Strategie und seine geostrategische Lage

Die 2013 gestartete BRI ist ein weltweites Infrastruktur- und Investitionsprogramm Chinas, das inzwischen Projekte in über 100 Ländern umfasst (siehe **Abb. 4**). Zahlreiche Analysen deuten darauf hin, dass China wirtschaftliche Mittel (Kredite, Großinvestitionen etc.) strategisch einsetzt, um geopolitischen Einfluss zu gewinnen und seine Interessen global abzusichern. Dabei spielt der vergleichsweise langsame chinesische Transformationsprozess von einer Zentralverwaltungswirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft seit dem Ende der 70er Jahre des 20. Jh. sowie insbesondere die geographische Lage Chinas eine entscheidende Rolle, die nachfolgend kurz erläutert wird (NAUGHTON 2007; WANG 2016). China befand sich im 20. Jh. geographisch betrachtet, lange Zeit nicht in einem wirtschaftlichen Kerngebiet

der Erde. Zwar stellten Japan (ab Mitte/Ende der 50er Jahre) und einige andere Ost- und Südasiatische Staaten (Tigerstaaten ab der Mitte/Ende der 60er Jahre) dynamische Entwicklungsräume für die Wirtschaft dar. Sie waren aber in Asien kaum integriert, vor allem aber nicht mit der Wirtschaft Chinas verbunden. Deren Ausrichtung lag hinsichtlich des Handels und Direktinvestitionen nicht nur, aber sehr deutlich erkennbar in der westlichen Welt. Erst mit den Wirtschaftsreformen in China durch Deng Xiaoping seit dem Ende der 70er Jahre beginnt eine erste vorsichtige Öffnung des Landes hin zur Weltwirtschaft und damit der Teilnahme an der Globalisierung (vgl. Kapitel 2.2.), wengleich anfangs nur als sog. verlängerte Werkbank (BRANDT & RAWSKI 2008; VOGEL 2011).



△ **Abb. 4:** Die neue Seidenstraße: Belt and Road Initiative

Die politischen Beziehungen Chinas gegenüber Indien, Vietnam, Thailand und vor allem Russland waren – teils ideologisch, teils historisch geprägt- im 20. Jh. meistens schlecht; 1969 kam es am Ussuri, einem Nebenfluss des Amur, sogar zu einem Grenzkrieg zwischen Russland und China. Erst im 21. Jh. fanden die beiden Länder geopolitisch zusammen (GARVER 2001; ROBINSON & SHAMBAUGH 1995). China braucht preisgünstige fossile Energien, um seine energiehungrigen Industrien rasch aufzubauen und exportorientiert weiterzuentwickeln. Im Gegenzug benötigt Russland chinesische Technologien zur Kompensation bestehender Defizite in diesem Bereich (BOSSUYT & KACZMARSKI 2021).

Gegenüber Japan war das Verhältnis im 20. Jh., spätestens seit der Mandschurei-Krise von 1931 und definitiv seit dem Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg (1937-1945), bei dem große Teile des östlichen chinesischen Festlandes okkupiert wurden, belastet (DUUS, MYERS & PEATTIE 1996). Es konnte sich trotz umfangreicher japanischer FDI in China seit den 90er Jahren des 20. Jh. nicht wirklich verbessern und führte u. a. zu verstärkten Rüstungsanstrengungen (SWAINE & TELLIS 2000; MEDEIROS & FRAVEL 2003). Ähnlich belastet sind jüngst auch die politischen Verhältnisse Chinas zu den Nachbarn Philippinen und – etwas abgeschwächt – Malaysia aufgrund territorialer Streitigkeiten im Südchinesischen Meer (VAN BREEVOORT 2025).

Der Konflikt der Volksrepublik zu Taiwan schwelt seit der Teilung Chinas nach dem Bürgerkrieg und intensiviert sich von Zeit zu Zeit (COPPER 2019). Ursprünglich war es als legitimer Nachfolgestaat des Kaiserreichs (vor 1012) bzw. der Republik China (1912-1949) anerkannt. Taiwan ist heute politisch von den meisten Ländern als souveräner Staat nicht anerkannt, es wird aber dennoch von den USA militärisch aufgerüstet, um sich gegen eine gewalttätige Vereinigung zu Chinas Bedingungen, zumindest temporär verteidigen zu können (BUSH 2013). Im Ergebnis existieren für China Räume mit wirtschaftlichen und politischen Konfliktpotenzial (VARGHESE 2019). Im Westen grenzt das Land an Afghanistan. China verfolgt einen pragmatischen Ansatz gegenüber dem Taliban-Regime: China versucht mit Afghanistan und den anderen zentralasiatischen Staaten eine Beziehung aufzubauen, die es erlaubt, Transportwege auf dem Land in Richtung Europa auszubauen. Dieser Korridor nach Westen ist für China existentiell und entspricht dem Grundgedanken der BRI, da seine Seewege zu den Hauptabsatzmärkten Europa-, USA sowie West- und Südasiens unsicher sind (vgl. Kapitel 2.1; ROLLAND 2017). Aber auch dieses Unterfangen ist für China nicht unproblematisch: Große Teile Zentralasiens gehören zum sogenannten turkmenischen Gürtel, welcher im Gebiet der alten Kaiserstadt Xi'an endet. Es kommt immer wieder zu ethnischen Spannungen zwischen einigen Minderheiten muslimischen Glaubens bzw. turkmenischer Abstammung und den Han-Chinesen. Die Zentralregie-

rung in Peking begegnet den auftretenden Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit (ähnlich wie in Tibet) häufig mit Maßnahmen, die aus westlicher Sicht autoritär erscheinen (ROBERTS 2020; ZENZ 2019).

Die Seewege von China nach Europa konzentrieren sich aktuell noch auf die Südroute. Die sogenannte Nordostpassage entlang der russischen Arktisküste verkürzt den Seeweg erheblich, bleibt jedoch aufgrund der unberechenbaren Eisverhältnisse und der notwendigen Eisbrecher-Begleitung vorerst eine anspruchsvolle und schwer zu kalkulierende Route. Durch die globale Klimaerwärmung nehmen die eisfreien Perioden jedoch bereits zu. Derzeitig fahren die Schiffe meist durch das Südchinesische Meer, vorbei an Singapur durch die Straße von Malakka in Richtung Südasiens, dann ins Rote Meer, weiter über den Suezkanal ins Mittelmeer bis zum Atlantik (alternativ um das Kap der Guten Hoffnung). Als maritime neue Seidenstraße gehören beide Routen zum Gesamtkonzept. Nur wenige Monate jährlich lässt sich die Route ohne Eisbrecher befahren, was die Transportkosten erhöht. Ähnlich verhält es sich mit potenziellen Routen durch das Beringmeer. Zusammen mit Russland laufen dennoch Vorbereitungen, solche Seewege zukünftig nutzen. Dies war einer der Gründe, die US-Präsident Trump dazu veranlasst hat, die staatliche Integration Grönlands mit den USA zu fordern (NYE 2019).

Im Ergebnis wird deutlich, warum China im Rahmen der BRI neben maritimen eine oder mehrere Routen über den eurasischen Kontinent etabliert. In einer weltstheoretischen Lesart reagiert Peking damit auf die strukturelle Verwundbarkeit eines exportgetriebenen Aufstiegs, der an den Zugang zu Kernmärkten und an die Stabilität globaler Zirkulationsräume gebunden ist. Landkorridore dienen dazu, die Abhängigkeit von maritimen Engpässen („chokepoints“) zu reduzieren und Chinas Stellung in globalen Wertschöpfungsketten langfristig zu stabilisieren, indem Liefer-, Absatz- und Beschaffungsräume neu geordnet werden (YU & WALLACE 2021). Gleichzeitig lässt sich die BRI investitions- und standorttheoretisch als staatlich koordinierte Senkung von Transport- und Transaktionskosten interpretieren. Die Industrialisierung konzentrierte sich marktseitig stark auf die Ostküste, während Kapazitäten im Binnenland und Westen teils politisch induziert aufgebaut wurden und Überkapazitäten begünstigten. Vor diesem Hintergrund erscheint die Ausweitung und Diversifizierung von Absatzwegen als „Standortpolitik nach außen“, bei der Infrastrukturinvestitionen neue Standortvorteile (Konnektivität, Logistikeffizienz, Marktzugang) erzeugen und chinesische Unternehmen entlang der Korridore in Wertschöpfungsnetze eingebettet werden.

China belässt es jedoch nicht bei einer bloßen Handels-erweiterung. Aus chinesischer Perspektive verfolgt die BRI primär geostrategische Ziele, die sich als Geoökonomie im engeren Sinne beschreiben lassen. Ökonomische Instrumente (Infrastruktur, Kredite, Investitionen,



△ Der chinesische Staatskonzern COSCO ist mit einer Minderheitsbeteiligung von 24,99 Prozent am Container Terminal Tollerort im Hamburger Hafen beteiligt.

Standards) werden genutzt, um strategische Handlungsspielräume zu vergrößern, Abhängigkeiten von bestehenden (See-)Routen zu verringern und neue Absatz- sowie Beschaffungsarchitekturen zu sichern (YU & WALLACE 2021). Dependenztheoretisch lässt sich diese Strategie als Versuch interpretieren, interdependente Beziehungen asymmetrisch zu strukturieren. Ein erweiterter Markt- und Infrastrukturing soll andere Staaten über Handel, Finanzierung und Lieferketten so an China koppeln, dass deren ökonomische Optionen und politische Spielräume stärker von chinesischer Konnektivität, Nachfrage und Kapital abhängen. Gerade diese intendierte Asymmetrie unterscheidet die BRI von „neutraler“ Globalisierung und macht ihren geopolitischen Gehalt sichtbar.

Zugleich erfüllt die BRI innenpolitische und konjunktur-stabilisierende Funktionen. Viele Projekte wirken als Ventil für Überkapazitäten, indem sie die Nachfrage nach Leistungen chinesischer (oft staatlicher) Unternehmen in den Auslandsmärkten stützen und so die inländische Akkumulationsdynamik stabilisieren – besonders nach der Weltfinanzkrise 2008 (YU & WALLACE 2021; GARCÍA-HERRERO 2024). Investitionstheoretisch handelt es sich um eine Form staatlich flankierter Internationalisierung: Finanzierungspakete und gebundene Aufträge reduzieren Risiken für die investierenden Firmen und „organisieren“ Standortentscheidungen entlang politisch definierter Korridore. Geoökonomisch relevant wird dies, weil

die Projekte häufig über chinesische Kredite laufen, wodurch Schuld- und Refinanzierungsbeziehungen entstehen, die Länder finanziell enger an China binden und zugleich die internationale Rolle der chinesischen Währung Renminbi stärken können. Darüber hinaus sichert sich China durch gezielte Investitionen Zugang zu strategischen Rohstoffen und etabliert logistische Knotenpunkte (z. B. Tiefseehäfen), die nicht nur wirtschaftlich, sondern potenziell auch sicherheitspolitisch nutzbar sind – wodurch wirtschaftliche Standortpolitik in machtpolitische Raumordnung übergeht (YU & WALLACE 2021; GARCÍA-HERRERO 2024).

Europa hat diese geoökonomische Dimension anfangs unterschätzt. In den frühen Phasen wurde Chinas Investitionsoffensive in Teilen vor allem als zusätzliche Finanzierungsquelle interpretiert; entsprechend traten ab 2012 zahlreiche mittel- und osteuropäische Staaten dem 16+1-Format<sup>12</sup> bei, und 2019 unterzeichnete Italien als G7-Mitglied ein Memorandum of Understanding, zog sich später jedoch wieder zurück. Aus einer dependenz- bzw. welt-systemtheoretischen Perspektive zeigt sich hier, wie Kapitalzuflüsse und Infrastrukturinvestitionen politische Positionierungen beeinflussen können, insbesondere an den „Bruchlinien“ innerhalb des europäischen Kerns und seiner Peripherien bzw. Semi-Peripherien. Dass Griechenland 2017 eine EU-Position im UN-Menschenrechtsrat blockierte, nachdem es stark von chinesischen

<sup>12</sup> Das 16+1-Format ist ein loses Kooperationsforum zwischen China und sechzehn mittel- und osteuropäischen Staaten (MÜNSTER 2019).

Investitionen profitiert hatte, verweist auf den Mechanismus geökonomischer Hebel: nicht durch direkte Zwangsmittel, sondern über Investitions- und Finanzierungsabhängigkeiten werden politische Entscheidungen wahrscheinlicher, die chinesischen Interessen entgegenkommen (HILDEBRANDT 2023; 2022; YU & WALLACE 2021; BÖGE et al. 2022).

Die wachsende geökonomische Sensibilität in Europa führte folgerichtig zu einer Neubewertung. Wenn die EU-Kommission China seit 2019 als „systemischen Rivalen“ beschreibt, dann markiert dies eine Verschiebung von einer primär marktliberalen Lesart hin zu einer macht-

und sicherheitspolitischen Einordnung ökonomischer Verflechtung. Die europäischen Gegeninitiativen (z. B. Global Gateway) sowie verschärfte Investitionsprüfungen lassen sich standort- und sicherheitspolitisch als Versuch interpretieren, kritische Infrastruktur und strategische Wertschöpfungssegmente vor Übernahmen zu schützen und zugleich eigene Konnektivitätsangebote zu schaffen. Genau darin zeigt sich der Kern von Geoökonomie: Investitionen, Infrastruktur und Regulierung werden nicht nur als wirtschaftliche, sondern als strategische Instrumente verstanden und eingesetzt (HILDEBRANDT 2023; CAPISTRANO 2024).

## 4.2. Der Aufstieg der BRICS-Länder

2001 versuchte der Chefvolkswirt der Investmentbank Goldman Sachs, Jim O'Neill, die internationale Aufmerksamkeit auf vier schnell wachsende Ökonomien zu lenken: Brasilien, Russland, Indien und China. Die Anfangsbuchstaben dieser Ländernamen bilden das Akronym BRIC (O'NEILL 2001). Kurz darauf wurde noch Südafrika der Betrachtung hinzugefügt.

Die Einschätzung von O'Neill war, dass diese Länder bis zum Jahr 2050 bedeutende Industrienationen werden würden. Bei einem Investment in die BRICS-Länder spekulierten Banken und Fonds auf deren Wachstumsdynamik, die um die Jahrtausendwende etwa 5-10 Prozent p.a. ausmachte.

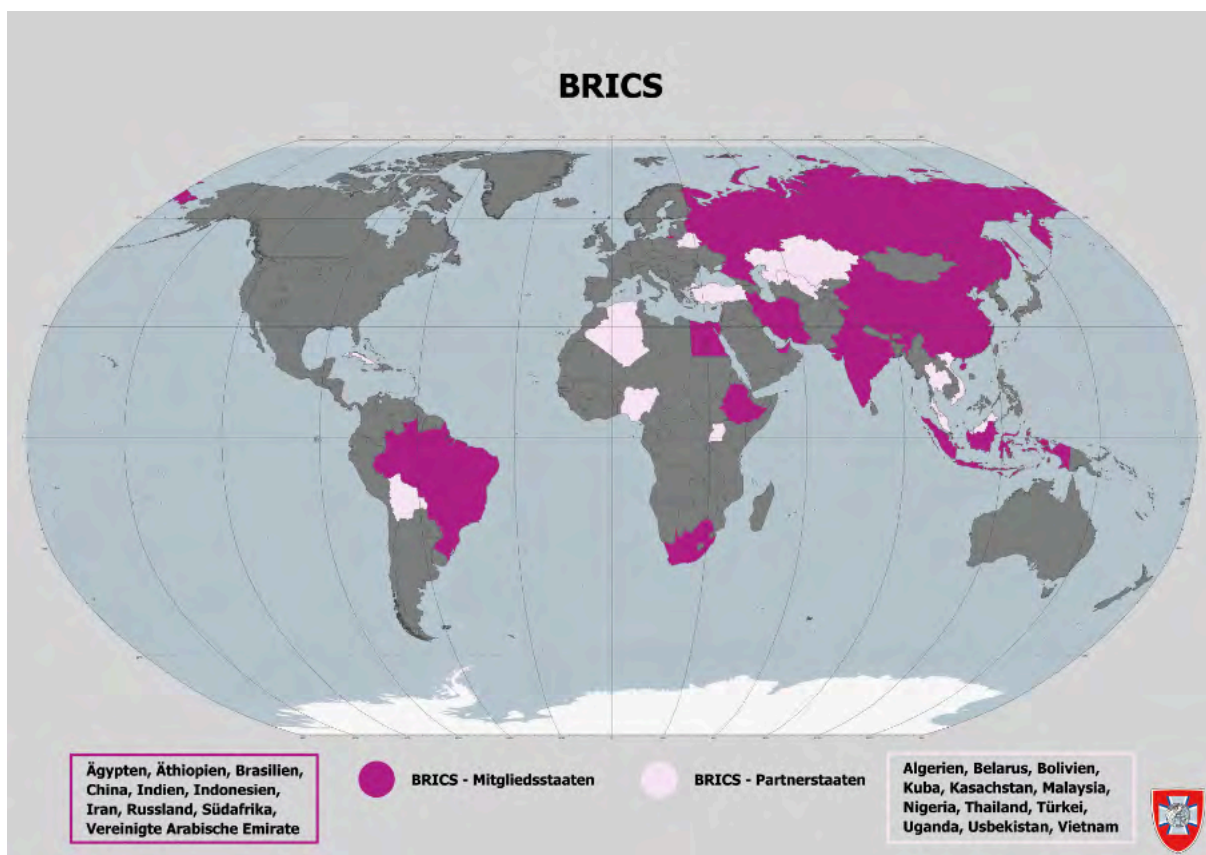
Gemeinsam war diesen Ländern,

- dass sie über große Landflächen und
- dass sie über große Bevölkerungszahlen verfügten.

In den BRICS-Staaten lebten Anfang der 2000er Jahre über 40 Prozent der Weltbevölkerung, was sie von kleineren Ländern mit ebenfalls hohen Wachstumsraten unterscheidet (z. B. die Südostasiatischen Tigersaaten, die schon seit den 60er Jahren eine große Wachstumsdynamik aufwiesen). Daneben hatte jedes BRICS-Land ökonomische oder geographische Besonderheiten: Brasilien als ein wichtiger Rohstofflieferant der Welt



△ BRICS-Gipfeltreffen 2024 in Russland



△ **Abb. 5:** BRICS-Mitglieds- und Partnerstaaten

(agrar-, forst- und erzwirtschaftlicher Art), Russland als bedeutender Lieferant von Öl und Gas, Indien als Dienstleister und Softwareproduzent, China als verlängerte Werkbank der Welt und Südafrika als potenzieller afrikanischer Wachstumsmarkt (vgl. Kap. 3.2). Das Konzept der BRICS-Staaten wurde von Investoren sehr positiv aufgefasst, wenngleich ein Investment stets als risikoreich angesehen wurde, aufgrund von großen Volatilitäten, die für schnell wachsende Volkswirtschaften nicht untypisch sind (WILSON & PURUSHOTHAMAN 2003). Mittlerweile hat sich die Bedeutung des Begriffs BRICS, insbesondere infolge seiner Erweiterungen (z. B. BRICS, BRIICS, BRIICST etc.) sehr verändert, wobei meist heute nur noch der Begriff BRICS (die oben erwähnten Länder plus Südafrika) oder BRICS+ verwendet wird (im weiteren Verlauf dieser Studie wird der Einfachheit halber nur der Begriff BRICS verwendet). Die geographischen Aspekte scheinen dabei nicht mehr relevant. Die Mitgliedsstaaten sind zu einem Bündnis aus verschiedenen Schwellen- und Entwicklungsländern geworden, dass sich teilweise zu einem politischen und ökonomischen Gegenpol zum Westen zusammenschließen möchte (siehe **Abb. 5**) (ARMIJO & ROBERTS 2013). Hier kommen Aspekte der oben erläuterten Dependenz- und Weltsystemansätze zum Tragen (vgl. Kap 2.2.); einzelne Staaten möchten sich aus dem polit-ökonomischen Netzwerk des Globalen Nordens ein Stück weit herauslösen.

Wenngleich es keine ständige institutionelle Verfasstheit der Gruppe gibt (bis auf die regelmäßigen Gipfeltreffen), hat ihr Bündnis an internationaler Aufmerksamkeit gewonnen. Eine institutionalisierte ökonomische Zusammenarbeit der Länder hat abgesehen vom Aufbau einer Investitionsbank (vgl. unten) bislang kaum stattgefunden, wenngleich die Handelsbeziehungen wachsen. Die Gruppe scheint auch für andere Nationen attraktiv zu sein. Weitere 23 Staaten haben ihr Interesse bekundet dem losen Bündnis beizutreten (HOLTZMANN et al. 2024). Die konkreten Zielvorstellungen der Staaten im Bündnis sind mitunter sehr unterschiedlich, was dessen Bedeutung relativiert. Einigen Staaten geht es nur um besseren Zugang zu großen Märkten (Export) oder den Bezug günstigen Erdöls (Import). Andere versprechen sich militärische Vorteile. Für einige der Staaten besteht das Ziel, mit Hilfe der Staatengruppe die vermeintlich ökonomische Macht des Westens zu brechen oder einige internationale Institutionen zu reformieren, die sie aus ihrer Perspektive als nachteilhaft empfinden (vgl. Kap. 2.2.4). Gemeint sind damit primär die starke Stellung des US-Dollars als Weltleitwährung und die Rolle einiger Institutionen, wie Weltbank, IWF, WTO und den Vereinten Nationen (engl.: United Nations [UN]), durch die sich viele Länder nicht mehr ausreichend vertreten fühlen. Jüngst wurde auch die Gründung einer eigenen Währung (Vorstufe ist der Versuch, auch Handel ohne die

Verwendung des US-\$ zu realisieren) und einer eigenen Investitionsbank (Contingent Reserve Arrangement) vorangetrieben. Die Erfahrung mit Sanktionen gegen Russland bestärkte viele Mitglieder in dem Glauben, innerhalb der Süd-Süd-Kooperation eine „Versicherung“ gegen Isolation zu finden (HOLTZMANN et al. 2024; PATRICK 2024; HOLZNER 2024; DIENSTBIER & VOLK 2023).

Viele Länder der Gruppe zeigen Entwicklungen, die mit dem Wirtschaftsstufenmodell von Walt R. Rostow in Verbindung gebracht werden können. Nach einer erfolgreichen Phase mit vorindustriellen Strukturen (*preconditions for-Take off*) kommt es zu einem dynamischen Take-off der Wirtschaft, der aber nicht selten nach einigen erfolgreichen Jahrzehnten abbricht, weil sich eine sog. middle income trap einstellt. Die Hauptursache dieser gesamtwirtschaftlichen Einkommensfalle ist, dass ein Land zwar mit rohstoff- und arbeitsintensiven Gütern konkurrieren kann, aber aufgrund meist rasch steigender Löhne im Vergleich zu Entwicklungsländern mit anhaltend niedrigeren Löhnen an Wettbewerbsfähigkeit verliert und gleichzeitig die Produktivität und Innovationen für höherwertige Produkte nicht ausreicht, um in die Gruppe der Industrieländer aufzusteigen (ROSTOW 1960; WORLD BANK GROUP 2019; EICHENGREEN, PARK & SHIN 2013).

Für China und Russland scheint auf den ersten Blick die Situation eine andere zu sein. Im Falle Russlands ist es vor allem die enorme Abhängigkeit von den mineralischen und fossilen Rohstoffen und die ausgebliebene Diversifizierung des Produktportfolios (sog. Holländische Krankheit), was eine weitere Entwicklung des Landes auch jenseits der Kriegstätigkeit verhindert.

Um die bestehenden Entwicklungsdefizite der Staaten gegenüber der westlichen Welt abzubauen, betreiben die BRICS-Länder vor allem eine interventionistische Wirtschaftspolitik, teilweise verbunden mit einer subventionierten Importsubstitution gegenüber Exportgütern.

Die Hauptprobleme der Länder werden damit nicht angegangen, wie

- geringe Bildungsinvestitionen in die Breite der Gesellschaft,
- Investitionen in die materielle, soziale und ökologische Infrastruktur,
- Einführung von Marktpreismechanismen und Zulassung von Wettbewerb,
- Bekämpfung von Korruption und Schwarzarbeit,
- Aufbau von volkswirtschaftlich relevanten Institutionen, die unabhängig vom Staat agieren können.

Dafür, dass die eigenen Entwicklungsziele nicht ausreichend und nicht nachhaltig umgesetzt werden können, wird der Westen ebenso verantwortlich gemacht wie für seine politische Eindämmungspolitik, um eine multipolare Weltordnung zu verhindern. Tatsächlich behindert der Westen aus innenpolitischen Gründen seit Langem die

Entwicklung von ärmeren Ländern durch Handelsbeschränkungen im Bereich landwirtschaftlicher Rohstoffe und Produkte, die für diese Länder vielfach wichtige Exportgüter darstellen.

Aus europäischer Perspektive wird BRICS daher weniger als „klassisches“ Bündnis, sondern als machtpolitisch aufgeladene Re-Konfiguration wirtschaftlicher Interdependenzen beobachtet. In einer weltstheoretischen Lesart reagiert die EU als Akteur des globalen „Kerns“ auf den Versuch großer Teile der (Semi-)Peripherie, die Regelsetzungsmacht tendenziell bzw. historisch westlich geprägter Institutionen und insbesondere die Leitwährungsfunktion des US-Dollar zu relativieren. Entsprechend verfolgt die EU bislang eine bilaterale Differenzierungsstrategie (strategische Partnerschaften, selektive Freihandelsagenda), die aus dependenztheoretischer Sicht darauf zielt, Abhängigkeiten und Kooperationsräume so zu steuern, dass BRICS nicht zu einem geschlossenen auftretenden Gegenpol wird. Gleichzeitig bleibt der europäische Ansatz geoökonomisch gerahmt. Eine mögliche BRICS-Währung bzw. die Ausweitung von Handelsabrechnungen außerhalb des US-\$ werden als Instrumente monetärer Macht verstanden, weil sie direkte Effekte auf Zahlungsverkehr, Sanktionswirksamkeit, Finanzierungskosten und damit auf europäische Handels- und Industriepolitik haben (HOLTZMANN et al. 2024; PATRICK 2024; HOLZNER 2024; JÜTTEN & FALKENBERG 2024).

Gerade hier lässt sich die Brücke zu Investitions- und Standorttheorien schlagen. Viele BRICS-Initiativen (Reservearrangements, Entwicklungs- und Investitionsbank, De-Dollarisation im Handel) können als Versuch gelesen werden, Transaktionskosten und externe Verwundbarkeiten zu senken, Investitionsrisiken zu „poolen“ und Standortvorteile durch günstigere Finanzierung, Infrastrukturzugang oder stabilere Zahlungswege zu erzeugen. Damit werden ökonomische Mittel ausdrücklich strategisch eingesetzt, also geoökonomisch, um den Handlungsspielraum gegenüber westlich dominierten Kapitalmärkten und Institutionen zu erweitern und die Attraktivität bestimmter Standorte im Globalen Süden zu erhöhen (HOLTZMANN et al. 2024; PATRICK 2024; HOLZNER 2024; DIENSTBIER & VOLK 2023).

Die Einigkeit in der BRICS-Gruppe bleibt jedoch fragil und diese Fragilität ist theoretisch erwartbar. Weltsystem- und dependenztheoretisch handelt es sich um ein heterogenes Bündnis von Semi-Peripherien und Peripherien, deren Interessenlagen (Rohstoffexporte, Marktöffnung, Sicherheitsagenden, Technologiezugang) nicht automatisch kongruent sind. Zudem besteht die Gefahr, dass sich innerhalb von BRICS neue asymmetrische Abhängigkeiten herausbilden (etwa durch die faktische Führungsrolle Chinas). Investitions- und standorttheoretisch verschärft sich dieser Zielkonflikt, weil einzelne Mitglieder BRICS primär als Vehikel nutzen, um Marktzugang, Energie- und Rohstoffsicherheit oder Kapitalzuflüsse zu

verbessern, während andere stärker auf geopolitische Dividenden und strategische Autonomie zielen, was das Bündnis als „Block“ strukturell instabil macht.

Insgesamt spricht daher vieles dafür, BRICS weniger als starren Gegenentwurf, sondern als prozesshaftes geökonomisches Projekt zu begreifen. Es schafft ein Forum, um Reformansprüche in bestehenden Organisationen zu bündeln, Verhandlungsmacht zu erhöhen und parallel institutionelle Alternativen (Finanzierungs- und

Zahlungsarchitekturen) aufzubauen, ohne die westlichen Strukturen kurzfristig vollständig zu ersetzen. In dieser Perspektive ist BRICS vor allem ein Mechanismus des „Hedging“: Staaten diversifizieren Abhängigkeiten, verschieben Kosten-Nutzen-Kalküle von Investitionen und Standorten und nutzen wirtschaftliche Instrumente, um im globalen Machtgefüge mehr Autonomie zu gewinnen – genau an der Schnittstelle von Weltwirtschaftsordnung und Geopolitik, also Geoökonomie.

## 4.3. Neo-merkantilistische Wirtschaftspolitik im Aufbruch – Die Beispiele China und die USA

Staaten, die heute eine neo-merkantilistische Wirtschaftspolitik als Grundidee ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung betreiben, wie die USA und China, bauen dabei in Teilen auf ursprüngliche Konzepte des Merkantilismus vom 16. bis 18. Jh. auf und ergänzen diese. Genauso wie der Merkantilismus handelt es sich beim Neo-Merkantilismus nicht um ein geschlossenes Theoriegebäude. Vielmehr dominiert bei beiden Ansätzen ein (zusammenhangloses) Nebeneinander von wirtschaftspolitischen Empfehlungen (KOLB 2004) mit marktinterventionistischen Instrumenten (LICHTENSTEIN 2016).

Die merkantile Wirtschaftspolitik der vorindustriellen Zeit war – trotz vieler Unterschiede im Einzelnen – geprägt von der Idee, dass möglichst viele Güter an das Ausland verkauft und möglichst wenige im Ausland eingekauft werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden als zentrales Instrument hohe Zölle auf Importwaren erhoben. Importiert wurden fast nur billige Rohstoffe, über die man selbst nicht verfügte, die dann in Manufakturen zu höherwertigen Waren verarbeitet und anschließend teilweise auch ins Ausland exportiert wurden (MAGNUSSON 2008).

Keine Variante des Merkantilismus hatte bis zum Ende des 18., teilweise bis in das 19. Jh. hinein den wirtschaftspolitischen Anspruch andere Volkswirtschaften gezielt und explizit zu schädigen, wenngleich dies durch die Abschottungspolitik de facto oft geschah. Darin liegt der wesentliche Unterschied zur modernen Neo-merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Bereits im 19. Jh. gab es den Begriff des Neomerkantilismus. Damals praktizierte man meist eine interventionistische (bzw. protektionistische) Wirtschaftspolitik, nur bei bestimmten nachfrageseitigen oder angebotsseitigen Störungen, um dann alsbald wieder zu einer liberalen Wirtschaftspolitik mit Freihandel überzugehen. Diese temporär angedachte interventionistische Wirtschaftspolitik, zielte damals aber nicht

explizit auf eine bewusste Schädigung anderer Länder ab, um die eigene Volkswirtschaft, bzw. die eigene Gesellschaft, besser zu stellen als andere<sup>13</sup>. Dies ist seit der ersten Dekade der 2000er Jahre anders. Das bedeutet auch, dass es hierbei nicht mehr um ein patriotisches Denken geht, sondern primär um ein nationalistisches. Zwischen den USA und China geht es schließlich um die Frage, welches Land zukünftig die ökonomischen und politischen Regeln maßgeblich bestimmen wird.

Typische Maßnahmen der USA und China sind heute die Subventionierung für (strategisch wichtige) heimische Industrien auch ohne Berücksichtigung vorhandener komparativer Kostenvorteile, tarifäre Handelshemmnisse bzw. Schutzzölle, nicht-tarifäre Handelshemmnisse und eine Unterbewertung der eigenen Währung, um die Wettbewerbsfähigkeit im internationale Kapitalverkehr wiederzuerlangen (vgl. Kap. 2).

Hauptmerkmale sind über die bekannten Maßnahmen des klassischen Merkantilismus hinaus

- **Kapitalverkehrsinterventionen:**

Die Regierung spielt eine zentrale Rolle, indem sie den Kapitalverkehr steuert, z. B. mit Vorgaben wohin und in welchem Umfang ausländische Direktinvestitionen erfolgen sollen (allokative Vorgaben).

- **Autarkie-Streben:**

Obwohl der Fokus auf einer vermeintlichen Förderung des Exports liegt, können auch Bestrebungen zur nationalen Selbstversorgung und Autarkie, also zur Unabhängigkeit von Importen, Teil dieser Politik sein, wobei Inflationseffekte negiert werden, weil die Zentralbanken nach Möglichkeit ihre Unabhängigkeit verlieren sollen.

- **Währungsmanagement:**

Zur Förderung der Exportfähigkeit wird oft auf eine Unterbewertung der eigenen Währung gesetzt.

<sup>13</sup> Der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden, dass bereits Adam Smith im 18. Jh. eine sog. Beggar-thy-Neighbor-Politik (dt.: mach deinen Nachbarn zum Bettler) formulierte. Diese war aber nicht das primäre Ziel, sondern das (vorab eher unbekannt) Ergebnis einer entsprechenden Wirtschaftspolitik mit Abwertungen, Einfuhrbeschränkungen oder Wechselkursmanipulationen. Die erste bewusste Schädigung eines anderen Landes in Europa des 20. Jh. war der Versailler Vertrag, wenngleich man sich über die Folgen nicht gänzlich im Klaren gewesen sein dürfte.



△ Donald Trump und Xi Jinping auf einem Gipfeltreffen 2025 in Südkorea.

Neben diesen primär ökonomischen Effekten einer solchen interventionistischen Wirtschaftspolitik (Allokationsverzerrung, Inflationsbeschleunigung, Importsubstitution) darf die geopolitische Komponente des Neo-Merkantilismus nicht vergessen werden. Länder sollen „bestraft“ oder politisch „eingedämmt“ werden mit:

- Zöllen,
- Exportverboten für bestimmte Technologien,
- Auf- oder Abwertungspolitiken und
- der staatlichen Lenkung von FDI (LICHTENSTEIN 2016; HELLEINER 2021).

Sowohl die USA als auch China teilen das Ausland oder sogar die Handelspartner in Blöcke, z. B. gute und schlechte, liberale und autokratische ein. Dabei scheint es für die Herrschenden keine festen Grenzen oder geographischen Räume zu geben. Länder, die ihr Verhalten ggü. Großmächten ändern oder sich anpassen, können auch schnell vom „Feind“ zum „Freund“ werden und umgekehrt. China wird zum engen Partner Russ-

lands, die USA diffamieren wichtige europäische Länder, trotz bestehender Bündnisse, das autoritäre Russland wird für seinen Krieg gegen die Ukraine nicht wirksam ökonomisch sanktioniert, Indien nähert sich China an, unabhängige Zentralbanken werden zu „Feinden des Volkes“ erklärt und internationale Institutionen werden in ihren Funktionen eingeschränkt oder gänzlich beraubt (z. B. die WTO). All dies kann sich in absehbarer Zeit wieder ändern, eine langfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik (Konstanz in der Wirtschaftspolitik) gibt es im Neomerkantilismus nicht mehr.

Allerdings kann konstatiert werden, dass es in vielen Staaten, neben den USA und China, Forderungen nach mehr staatlicher Intervention zum Schaden Dritter gibt. In Großbritannien fordern nicht Wenige, den Brexit jetzt vollständig zu vollziehen, um die ungeliebte EU wirtschaftlich zu überholen (mit bilateralen Handelsabkommen). In Frankreich fordern rechtsnationalistische Kreise, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland stark eingeschränkt und das Land nach Möglichkeit die EU verlassen sollte. In

Deutschland ist die Partei Alternative für Deutschland (AfD) anfangs groß geworden mit der Forderung den EURO wieder aufzugeben und zur Deutschen Mark (DM) zurückzukehren, um so die hoch verschuldeten Staaten Italien und Frankreich in die Schranken zu weisen.

Auch die demokratische US-Regierung unter Joe Biden hatte den Protektionismus des Vorgängers Donald Trump nicht beendet, sondern mithilfe des sog. Inflation Reduction Acts versucht, politisch gewollte Direktinvestitionen anzuziehen und im Land nach planwirtschaftlichen Vorstellungen zu lenken. Für die Krise der US-Industrie wird aber nicht der missglückte Strukturwandel durch die eigenen US-Regierungen der letzten Jahrzehnte verantwortlich gemacht. Die Präsidenten Biden und Trump haben dafür China und Europa (letztere nur Trump) verantwortlich gemacht, weshalb beide Wirtschaftsräume seit 2025 mit

hohen Strafzöllen belegt werden. Der 2024 wiedergewählte Präsident Trump hofft dabei durch Zolleinnahmen die exorbitanten Schulden der USA abbauen zu können, und sich so aus der Abhängigkeit von China (größter Gläubigerstaat) zu befreien. Die Liste bleibt unvollständig, zeigt aber die Tendenzen im neomerkantilen Zeitalter und die geopolitische Sprengkraft einer solchen Politik. Besonders die autoritären Staaten und auch die USA versuchen dazu ihre Gesellschaftssysteme umzubauen, wofür die Gewaltenteilung (wenn vorhanden) abgebaut wird, die Medien in ihrer freien Berichterstattung eingeschränkt oder verboten werden und – was langfristig besonders problematisch werden dürfte – die Bildungssysteme ideologisch umgebaut werden (CLARKE, GOODWIN, WHITELEY 2017; DINGWERTH, SCHMIDTKE, WEISE 2020; HALVER et al. 2025).

## 4.4. Die deutsche Wiedervereinigung im europäischen Kontext – Währungspolitik als geopolitischer Ausgleich

Mit dem Ende der sozialistischen Diktaturen im östlichen Mittel- und Osteuropa sowie dem Beitritt der Deutschen Demokratischen (DDR) zur Bundesrepublik veränderte sich die Bewertung der geographischen Lage, insbesondere in politischer, ökonomischer und

militärstrategischer Hinsicht. Dies sind die geopolitischen Auswirkungen innerhalb Europas und insbesondere für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wie sie bis heute spürbar sind (vgl. Heartland- und Rimlandkonzept Kap. 2.1).



△ Menschenmengen auf der Berliner Mauer Ende 1989 nach dem historischen Mauerfall.

Experten hielten die deutsche Wiedervereinigung und den Zusammenbruch der Sowjetunion zu dem damaligen Zeitpunkt für unwahrscheinlich, was zu mangelnden Planungen für die neue Situation führte. Es gab bis dahin auch keine Erfahrungen mit dem Transfer einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft, da dies zuvor noch nie vorgekommen war (MÜLLER 2002).

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit dem Sommer 1989 überschlugen sich politische Ereignisse in Europa mit nachfolgender geopolitischer Relevanz:

- Flüchtlingsbewegung aus der DDR in Richtung Ungarn (Frühsommer 1989),
- Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989,
- Deutsche Wiedervereinigung am 03. Oktober 1990,
- Einführung der DM in der DDR am 1. Juli 1990,
- Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags am 12. September 1990,
- Auflösung des Warschauer Paktes zum 31. März,
- Auflösung der Sowjetunion am 26.12.1991.

Aus geopolitischer und geoökonomischer Sicht, sind die Veränderungen seit 1989 in vier zentrale Entwicklungen zu gliedern:

1. Die Vergrößerung der Bundesrepublik, wie sie von 1957 (Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland, gegründet 1949) an Bestand hatte, durch den Beitritt der DDR zum 3. Oktober 1990 und kurz zuvor zum DM-Währungsraum.
2. Die Herstellung der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit von der Sowjetunion der sogenannten Satellitenstaaten (ohne die DDR).
3. Die formale staatliche Wiederherstellung einer Gruppe von Staaten und deren Mitglieder, die aus dem Verband der Sowjetunion herausgelöst wurde und im Zuge loser Verbindung im Rahmen der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (Erklärung von Alma-Ata vom 21. Dezember 1991) souverän geworden waren.
4. Die Ostverschiebung der EU durch den Beitritt der DDR (1991) und später dann der vormaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion (EU-Osterweiterung, ab 1. Mai 2004).

Diese Entwicklung beeinflusste die geopolitische Lage und das Machtgleichgewicht in Europa und hatte sowohl schleichende als auch disruptive Anpassungsprozesse ausgelöst.

Der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, unterzeichnet kurz vor der deutschen Wiedervereinigung in Moskau, ermöglichte die Wiedervereinigung Deutschlands und die vollständige Souveränität, indem die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges auf ihre Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland (Bundesrepublik und

DDR) sowie Berlin verzichteten. Mit Inkrafttreten des Vertrags am 15. März 1991 erkannte die Bundesrepublik Deutschland die "Oder-Neiße-Grenze" als endgültig an und gab die ehemaligen deutschen Ostgebiete (jenseits der Oder und Neiße) auf, die einstmals etwa ein Viertel des deutschen Reiches nach 1918 ausmachten. Diese Entscheidung des Bundeskanzlers Helmut Kohl, die in seiner Partei, der CDU, hoch umstritten war, sollte die Angst in Polen und der damaligen Tschechoslowakei vor einer Rückabwicklung der Nachkriegs Umsiedlungen mindern.

Betrachtet man die territoriale Veränderung der Wiedervereinigung nur aus deutscher Sicht, so kann leicht übersehen werden, dass die genannten ökonomischen und räumlichen Prozesse in erheblichem Umfang auch die Nachbarstaaten, insbesondere Polen, aber auch Tschechien, betrafen. Dies gilt insbesondere für die Folgen der Einführung der DM in der DDR als wichtigem Exporteur von Waren in andere vormalige Ostblockstaaten, die nun ihre Rechnungen mit harten Devisen bezahlen mussten.

Die Euphorie über die Möglichkeit der staatlichen Souveränität war nicht in allen Transformationsstaaten Osteuropas gleich groß. Wenngleich die Freiheitsrechte im Vergleich zu den westlichen Demokratien massiv eingeschränkt waren, so kannten diese Länder systembedingt keine Arbeitslosigkeit, keine Währungsschwankungen oder Preisniveauänderungen und die Menschen genossen – auf niedrigem Niveau – einen umfassenden staatlichen Schutz vor den großen Risiken des Lebens (DONGES 1995).

Für die damals 12 EU-Staaten waren die politischen und nachfolgend ökonomischen Veränderungen im Osten Europas ebenfalls nicht unproblematisch, wenngleich sie – mit Ausnahme Deutschlands – territorial nicht betroffen waren.

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften seit 1951 (später der EU) basierte auf zwei Grundannahmen:

- eine europäische Einigung im Sinne einer Friedensordnung ist nur möglich auf der Grundlage ökonomischer Integration;
- eine europäische Friedensordnung kann nur zusammen mit einem (territorial geschrumpften) Deutschland funktionieren, nicht mit seiner Ausgrenzung als Aggressor des Zweiten Weltkrieges.

Dabei stellte sich rasch ein gewisses Machtgleichgewicht (balance of power) bei den 6 Gründungsstaaten (Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) heraus. Dieses basierte auf einem vergleichbaren Wohlstandsniveau und einer vergleichbaren Bevölkerungsstruktur. Dieses Machtgleichgewicht veränderte sich nun durch den politischen und ökonomischen Transformationsprozess in Europa grundlegend.

Zu den auffälligen Besonderheiten der alten Bundesrepublik gehörte das Entstehen einer tendenziell aufwertenden Währung (DM), die seit den 80er Jahren de facto zur Ankerwährung in Europa wurde. Dies passierte auch zum zeitweiligen Missfallen Frankreichs, Italiens und Großbritanniens. Diese drei Länder verfolgten lange Zeit eine sog. Politik des leichten Geldes mit höheren Inflationsraten als in Deutschland. Dies war möglich, da die Zentralbanken damals nicht unabhängig waren von Weisungen der Regierungen. Vor allem die Zinsschritte der unabhängigen Bundesbank lösten manchmal unerwünschte Anpassungen in ihren Ländern aus, weil sie ihre eigenen Exportmöglichkeiten dadurch eingeschränkt sahen.

Mit dem Beitritt der DDR zum Währungsgebiet der westdeutschen Mark und kurz darauf der Wiedervereinigung, kam die interne Stabilität der Europäischen Gemeinschaften (nachfolgend der EU) erheblich ins Wanken. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hatte anfangs nur wenige Unterstützer für seine Idee einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Die französische Regierung unter François Mitterrand schloss sich intern dem französischen Publizisten und Nobelpreisträger François Maurice an, der geäußert hatte: „Ich liebe Deutschland. Ich liebe es so sehr, dass ich zufrieden bin, weil es gleich zwei Deutschland gibt.“ Auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher fürchtete, „ein von Deutschland beherrschtes Europa“ (HOYONG 2013).

Lediglich in den USA und in Spanien und einigen kleineren europäischen Staaten fand Kohl von Beginn an Verbündete. Gegen großen innenpolitischen Widerstand brachte Kohl damals die – lange schon schlummernde – Idee einer europäischen Gemeinschaftswährung als Kompensationsinstrument für die sich verschiebende Machtbalance in Europa hervor. Die Idee lautet, wenn Deutschland schon demographisch und langfristig ökonomisch zur führenden Volkswirtschaft in Europa würde, dann sollte zumindest seine Währung nicht mehr so dominant in Europa sein wie die DM es war. Eine europäische Gemeinschaftswährung (EURO) ohne die Dominanz der DM könnte für die ökonomisch schwächer entwickelten Staaten der EU-Vorteile im internationalen Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie bei der Aufnahme von Staatskrediten haben. Zwar wurden Maßnahmen ergriffen, damit es sich beim EURO immer noch um eine relativ starke Währung handeln sollte (Maastricht-Kriterien, Waigel-Pakt), aber dennoch sah eine Mehrheit der europäischen Staaten darin einen wichtigen Schritt zur Integration und zur Machtbegrenzung der erweiterten Bundesrepublik.

Dieser Ansatz Deutschlands entspricht im Groben der Idee der Friedensordnung des Westfälischen Friedens von 1648, welche als erstes großes geopolitisches Kon-

zept formuliert wurde. Kommt es zu einer Machtveränderung (in diesem Fall aufgrund der deutschen Wiedervereinigung), bedarf es nicht-militärischer kompensatorischer Lösungen, um eine bestehende Friedensordnung auf ein neues Fundament zu heben, ansonsten steigt die Gefahr von Konflikten (KISSINGER 2014).

Gleichsam gab es auf dem Weg des größeren Deutschlands in die EU noch weitere Entwicklungen, die eine Machtbegrenzung zum Ziel hatten, aber das Zugeständnis der Währung scheint letztendlich ein sehr großes Gewicht gehabt zu haben für eine europäische Zustimmung. In den nachfolgenden 10-12 Jahren war der Machtzuwachs Deutschlands auf ökonomischer Ebene ohnehin kaum spürbar, da das Land mit den Problemen des Transformationsprozesses stark auf sich fixiert war. Die potentielle Zunahme des politischen Gewichts Deutschlands in Europa wurde begrenzt, vor allem

- durch das Einstimmigkeitsprinzip bei wichtigen Entscheidungen der EU,
- ein Vetorecht für alle Staaten,
- die Festlegung, dass große, wie auch kleine Länder innerhalb der EU nur jeweils über eine Stimme bei Abstimmungen im Ministerrat verfügen und vor allem durch
- die Einbettung in ein gemeinsames Währungssystem (2026: 23 Länder).

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs forderten andere Länder von Deutschland eine zurückhaltende politische Haltung in internationalen Angelegenheiten. Dies galt für die alte Bundesrepublik, genauso wie für die erweiterte Bundesrepublik, zumindest in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, im Wesentlichen aber auch darüber hinaus. Heute wird diese historisch begründete Zurückhaltung vielfach kritisiert, und es wird ein aktiveres Engagement in der Außen- und Sicherheitspolitik gefordert, auch aufgrund der ökonomischen Stärke. Dennoch übernehmen Frankreich und das aus der EU ausgetretene Großbritannien weiterhin gerne die europäische Führungsrolle, in Anlehnung an ihre früheren Weltmachtpositionen (HOLZINGER 2020).

## 5. ZENTRALE ERKENNTNISSE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Abschließend werden an dieser Stelle die zentralen Erkenntnisse der Studie zusammengefasst. Bevor konkrete Handlungsempfehlungen abgegeben werden, werden noch einmal die geoökonomische bzw. sicherheitspolitische Perspektiven eingenommen.

### ZENTRALE ERKENNTNISSE

Die internationale Ordnung wandelt sich hin zur Multipolarität. Technologischer Wandel, wiederkehrende Krisen und Rivalitäten großer Mächte verschieben die Macht zwischen den Polen der internationalen Ordnung und fragmentieren Teile der Weltwirtschaft. Geoökonomie fungiert dabei als zentrales Machtinstrument im Raum. Wirtschaftliche Mittel werden eingesetzt, um Einflusszonen zu formen, Abhängigkeiten zu steuern und im Bedarfsfall als Druckhebel zu dienen, auch wenn dabei Nachteile für andere Staaten entstehen.

Raum wirkt zugleich als Ressource, Risiko und Projektionsfläche. Handelsrouten, Ressourcenknappheiten und Lagerstätten, Wissenszentren und vorhandene Infrastruktur schaffen nutzbare Potentiale, markieren aber auch Verwundbarkeit. Interdependenzen bleiben somit ambivalent. Globale Wertschöpfungsketten erhöhen Effizienz und Innovation, machen Staaten jedoch verwundbar, weil Logistik, Finanzflüsse und Datenknoten angreifbar sind. Inklusiv entstandene rechtsstaatliche Institutionen senken Transaktionskosten, sichern Eigentum und Wissen und erhöhen die Fähigkeit, wirtschaftliche Instrumente wirksam zu verbinden. Extraktive Ordnungen erzeugen Reibung, Kapitalabfluss und technologische Trägheit (vgl. Kapitel 2.2.4. Institutionenökonomische Theorien).

Das Instrumentarium geoökonomischer Macht greift – zumindest theoretisch – ineinander. Strategische Industrie und Infrastruktur reichen von Häfen, Energie und Schiene bis zu Daten und Satelliten. Hinzu treten tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse, Exportkontrollen, Sanktionen, Investitionsscreening und Kapitallenkung, Regeln für Technologie und Wissen sowie die Steuerung von Migration und Qualifikationen. Sicherheit bildet die Querschnittsbedingung, weil Seewege, Landkorridore, Cybertechniken und Weltraumarchitektur Voraussetzung wirtschaftlicher Vernetzung sind und zugleich als Hebel politischer Einflussnahme dienen.

In der Machtverteilung verdichten sich Verschiebungen. Die Vereinigten Staaten bleiben militärisch dominierend und reagieren auf industrielle Schwächen mit dauerhafter Industriepolitik, z. B. den Inflation Reduction Act der Ära

Joe Biden, sowie Technologieexportbegrenzungen gegenüber China. China koppelt Industriepolitik, Technologieförderung und Außenwirtschaft zu offensiver Geoökonomie und nutzt Konnektivität, Finanzkanäle und Standardsetzung zur Reichweitenverlängerung. Russland bleibt militärisch störfähig, ökonomisch begrenzt und setzt auf Rohstoffe, Zwang und territoriale Logik. Die Europäische Union verfügt über hohe wirtschaftliche und normative Reichweite, bleibt jedoch sicherheitspolitisch heterogen. Gewicht entsteht dort, wo Binnenkohärenz, industrielle Resilienz und Fähigkeit zur Machtprojektion im Verbund zusammenkommen. Deutschland nimmt in diesem Rahmen eine Schlüsselfunktion ein.

Die Fallbetrachtungen präzisieren diese Linien. Die BRI wirkt als Geoökonomie in Reinform. Infrastrukturprojekte, Häfen und Landkorridore senken Transportkosten, ziehen Wertschöpfung nach Eurasien, sichern Rohstoffe und exportieren Standards. Daraus entstehen Bindungen und asymmetrische Abhängigkeiten, die politische Einflussoptionen eröffnen. Innenpolitisch werden Überkapazitäten ausgelastet und der Renminbi schrittweise internationalisiert. BRICS fungiert als Koordinationsrahmen jenseits westlicher Institutionen. Tendenzen zur Abrechnung in Landeswährungen, alternative Finanzkanäle und stärkere Süd-Süd-Konnektivität erhöhen die Verhandlungsmacht ausgewählter Schwellenländer, ohne die innere Heterogenität zu überwinden. Ein verstetigter Neomerkantilismus kennzeichnet die Handelspraxis vieler Akteure. Subventionen, Zölle, Exportkontrollen und Kapitallenkung werden dauerhaft genutzt und teilweise mit dem erklärten Ziel, Konkurrenten zu schwächen. Die deutsche Wiedervereinigung veränderte Raumlage und ökonomische Masse, wurde europäisch durch den Euro balanciert und machte die Verbindung von Wirtschafts-, Technologie- und Sicherheitspolitik zur dauerhaften Aufgabe.

Die internationale Risikolage ist von fünf Strängen geprägt, die länderdifferenziert unterschiedliche Bedeutung haben können. Für die Bundesrepublik sind sämtliche Stränge von Relevanz: Erstens schreitet die Fragmentierung der Handelsordnung voran, während regionale und bilaterale Regime an Bedeutung gewinnen. Zweitens etabliert sich De-Risking bis hin zu selektiver Entkopplung in Halbleitern, Mobilfunkgenerationen, Künstlicher Intelligenz und grünen Schlüsseltechnologien. Drittens geraten kritische Infrastrukturen stärker in den Fokus von Einflussoperationen, darunter Häfen, Unterseekabel, Satelliten und Energienetze. Viertens wirken Demografie und Fachkräfteverfügbarkeit als harte Standortfaktoren. Fünftens entscheidet der Wettlauf um Wissen, um Schutz

geistigen Eigentums und um Standardsetzung zunehmend über die Tiefe künftiger Wertschöpfung.

Daraus ergibt sich für Deutschland im europäischen Rahmen eine klare Orientierung. Notwendig ist eine integrierte Geoökonomiestrategie, die Außen-, Wirtschafts-, Technologie- und Sicherheitspolitik zusammenführt, Prioritäten und Zuständigkeiten klärt und ein gemeinsames Lagebild bereitstellt. Der in Deutschland 2025 neu geschaffene Nationale Sicherheitsrat hat das Potential, diese Aufgaben zu integrieren und Handlungsoptionen zu formulieren. Offene Märkte bleiben zentral, zugleich sind kritische Abhängigkeiten aktiv zu verringern. Diversifizierung der Bezugs- und Absatzräume, Nearshoring und Friendshoring, Mindestlager und Redundanzen bei Schlüsselgütern sowie ein wirksames EU-weites Screening von Investitionen und Infrastruktur erhöhen die Robustheit. Industrielle und technologische Fähigkeiten sollten europäisch skaliert werden. Erforderlich sind koordinierte Investitionen in Halbleitern, Batterien, Wasserstoff, Künstliche Intelligenz und Biotechnologie, schnellere Genehmigungen und wettbewerbsfähige Energiepreise. Finanzielle Förderung sollte strategisch, befristet und an überprüfbare Leistungsziele gebunden sein. Die aktive Mitgestaltung internationaler Standards kann den sog. Brüssel-Effekt gezielt nutzen, ohne die Innovationsdynamik zu dämpfen.<sup>14</sup> Schutz von geistigem Eigentum und klare Leitplanken für Dual-Use Transfers schützen Knowhow, während belastbare Forschungsallianzen mit vertrauenswürdigen Partnern Skalierung ermöglichen.

Eine Fachkräfte- und Bildungsoffensive verbindet gezielte Einwanderung, beschleunigte Anerkennung und Weiterbildung mit Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) Aus- und Fortbildung. Sicherheitsökonomie wird zur Daueraufgabe. Maritime Präsenz, militärische Mobilität und der Schutz von See, Daten und Energiekorridoren sowie höhere Cyber-Resilienz bei öffentlichen und privaten Betreibern reduzieren Ausfallrisiken. Im Umgang mit BRICS empfiehlt sich ein differenzierter Ansatz: Kooperationen in Energie, Rohstoffen und Märkten sind möglich, neue Abhängigkeitsfallen sind zu vermeiden. Regelbasierte Finanz und Technologieangebote erhöhen die Attraktivität europäischer Partnerschaften.

Handlungsfreiheit entsteht dort, wo Raum, Regeln, Wertschöpfungsketten und Wissen strategisch zusammengeführt werden. Abschottung mindert Reichweite, ungeschützte Offenheit erhöht Verletzbarkeit. Resiliente Offenheit, technologische Leistungsfähigkeit, belastbare Institutionen und glaubwürdige Sicherheitsvorsorge sichern wirtschaftliche Stärke und politische Gestaltungsspielräume in einer vernetzten und zugleich stör anfälligen Weltordnung.

## GEOÖKONOMISCHE PERSPEKTIVE

Die geoökonomische Perspektive ist geprägt von naturräumlichen Faktoren. Des Weiteren ist das Voranschreiten des Globalisierungsprozesses in Quantität und Qualität Einfluss nehmend. Schließlich ist die Politik selbst eine zentrale Steuerungsgröße.

Auf den ersten Blick scheinen die naturräumlichen Größen konstant zu sein. Allerdings gibt es Ausnahmen davon: Die Veränderungen des Klimas eröffnen z. B. neue Seewege, die bislang nur unter hohen Kosten befahrbar gewesen wären. Die geographische Lage kann zu einem Entwicklungsvorteil werden (vgl. Kap. 2.1), wenn sich politische Größen ändern (z. B. Marktöffnung) oder aber sie laden – im Sinne von Raumpotentialen – ein, machtpolitische Interessen durchzusetzen, wenn eine entsprechende Militär-Technologie dafür verfügbar wird (z. B. Shuiqiao-Landungsschiffe Chinas zur Überwindung langgezogener Küstenstreifen im Taiwan-Konflikt). Die abnehmende Verfügbarkeit von Wasserressourcen in den Trockengebieten der Erde kann Migrationsbewegungen oder Konflikte auslösen. Insgesamt ändern sich deren Bewertung als Einfluss nehmende Größe doch auch mit einer großen Dynamik.

Das Voranschreiten der Globalisierung mit seinen Elementen des internationalen Güterhandels, des Devisenverkehrs, der wechselseitigen Direktinvestitionstätigkeiten und der Arbeitskräftemigration bleibt geprägt von den technischen Möglichkeiten, den Freiheitsgraden der Ökonomie sowie der politischen Bereitschaft, an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen (und davon nachhaltig zu profitieren), oder aber durch neo-merkantilistische Beeinflussung kurzfristig exklusive Vorteile (zum Schaden Dritter) daraus ziehen zu wollen (vgl. Kap. 2.2.2).

Die politische Landschaft ist ebenfalls vielschichtig. Auf der Erde leben heute laut dem Demokratieindex der Zeitschrift The Economist 2024 rund 43% der Menschen in nicht-demokratischen Staaten. Legt man die Zahl der Staaten der Erde zugrunde, dann sind diese sogar in der Mehrheit. Ungefähr seit dem Beginn des neuen Jahrtausends gewinnen politische Akteure, die nationalistische oder zumindest keine gemeinschaftlichen Interessen von Staaten artikulieren und dafür politische Mehrheiten finden, an Bedeutung. Länder, deren wirtschaftliche Prognosen aufgrund von zwischenzeitlicher Öffnungspolitik positiv waren, wie z. B. Russland und China, konzentrieren sich wieder auf autokratische bzw. interventionistische Methoden.

In einem solchen Umfeld scheint das staatliche Agieren von demokratischen Ländern mit derzeit noch mehrheitlich liberalen Gesellschaften und offenen – wenn auch

<sup>14</sup> Der Brüssel-Effekt beschreibt die Fähigkeit der EU, durch ihre strengen Regulierungen als mächtiger Binnenmarkt globale Standards zu setzen. Da Unternehmen weltweit ihre Produkte an EU-Normen (z. B. Datenschutz, Umweltschutz) anpassen müssen, um Zugang zum Markt zu erhalten, werden diese Regeln oft de facto weltweit übernommen.



△ António Costa, Narendra Modi und Ursula von der Leyen in Indien nach der Vertragsunterzeichnung

regulierten – Volkswirtschaften<sup>15</sup> wie der Bundesrepublik Deutschland sehr eingeschränkt zu sein.

Diskutiert und teilweise politisch umgesetzt werden u. a.:

- Die (Re-)Aktivierung heimischer Rohstoffe (um unabhängiger von Staaten wie China und Russland zu werden), auch bei bestehenden Kostennachteilen;
- Die Einführung von Retrositionszöllen als Antwort auf Konzepte der neo-merkantilistischen Handelspolitik, z. B. der USA (vgl. Kap. 4.3);
- Die Formulierung von Strategien (z. B. China-Strategie der Bundesregierung) für den Umgang mit autoritären Staatssystemen (mit denen man aber zugleich im Globalisierungsprozess gemeinsame Interessen verfolgt);
- Die Verbesserung der äußeren Sicherheit (inkl. Cyberabwehr) in Form von militärischer Nach- und Aufrüstung (einzelstaatlich und im Verbund von Verteidigungsbündnissen).

Ökonomische Theorien der Handelsliberalisierung und der Öffnung von Volkswirtschaften hin zu einer Integration in die internationale Arbeitsteilung sind durch die aktuellen geopolitischen Veränderungen nicht plötzlich falsch geworden, so dass jede liberale Demokratie gut beraten ist, deren Grundgedanken weiterhin zu verfolgen. Der Staat wird nur in Ausnahmefällen Verwerfungen, sogenannte exogene

Schocks, durch Staatsinterventionen im ökonomischen Bereich kompensieren können (z. B. zur Sicherstellung der Energieversorgung nach Beginn des Ukraine Kriegs).

Eine Re-Aktivierung eigener naturräumlicher Potentiale, wie Rohstoffe, ist zwar möglich, aber wenig geeignet als Konkurrenz zu Ländern, in denen die Geographie natürliche Kostenvorteile bei der Erschließung der Ressourcen bietet. Strategische Rohstoffengpässe wie bei den Seltenen Erden wird man z. B. eher durch konsequentes Recycling begrenzen können, was dann wiederum den Standortvorteilen Deutschlands im Bereich kapital- und humankapitalintensiver Güter entspricht. Wenn (quasi-) natürliche Handelswege zwischen Wirtschaftsräumen, wie z. B. zwischen Asien und Europa oder Amerika und Europa, aus strategischen oder geopolitischen Beweggründen blockiert werden, kann man Güterströme nur schwer kurzfristig umleiten. Deshalb bedarf es für viele Regionen auf der Erde an Notfallplänen, wie zumindest schnell auf eine entsprechende Politik reagiert werden kann, um Kosten zu mindern und Zeit zu gewinnen (Schließung des Suez- oder des Panamakanals, Umgehung der Straße von Malakka oder der Taiwanstraße, Blockade der Nordatlantikroute etc.).

Die neo-merkantilistische Handels- und (weniger in der Öffentlichkeit bekannte) Währungspolitik der US-Administration und Chinas stellt nicht nur ein großes ökonomisches

<sup>15</sup> Etwa 50% der Wirtschaftsleistung in Deutschland unterliegt nicht dem wettbewerblichen Markt- und Preismechanismus.

misches Problem dar, sondern führt vor allem zu einer erheblichen Verschlechterung der internationalen Beziehungen.

Dennoch, Deutschland oder die EU wären schlecht beraten, auf diese Politik mit gleichen Mitteln zu antworten (z. B. durch neue eigene Zölle). Zum einen ist es weitestgehend Konsens in den deutschen Wirtschaftswissenschaften, dass eine neo-merkantilistische Politik langfristig den Staaten selbst den größten ökonomischen Schaden zufügen wird (Inflation, Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften, Fehlallokation der Produktionsfaktoren). Zum anderen wird der technische Fortschritt und damit die Produktivität der Länder beflügelt, die mit Zöllen oder nicht-tarifären Handelshemmnissen belegt werden (steigender Wettbewerbsdruck um kostengünstige Lösungen). Neue Handelsabkommen, wie z. B. mit Indien, werden Marktzutrittsbarrieren senken und Güterströme langfristig umleiten.

Dennoch bleiben die USA und China Länder, deren Wirtschaftsentwicklung unmittelbare Auswirkungen auf Deutschland hat, insbesondere auf den Wohlstand. Insofern bleibt ein Werben um eine Rückkehr dieser Länder in ein Ordnungssystem mit funktionierenden Institutionen eine zentrale Aufgabe für die deutsche und die europäische Politik.

Die Formulierung zum Umgang mit diesen Ländern in Form von Strategiepapieren, z. B. die China-Strategie der Bundesregierung, ist hilfreich, die eigene Position zu finden und eine Richtschnur im Umgang mit bestimmten Ländern zu erhalten. Die Gruppe der BRICS-Länder könnte beispielsweise ihr beschränktes gemeinsames Interesse, ein Gegenmodell zum Westen darzustellen, weiterentwickeln hin zu einer Handelsunion mit dem Ziel ein wichtiger Player in der internationalen Arbeitsteilung zu werden. Es ist unklar, ob und wie weit die Parteien und Interessenverbände in Deutschland dazu bereit sein werden. Die Hoffnung dahinter ist, dass sich in den „problematischen“ Staaten langfristig gesellschaftlich-ökonomische Interessen herausbilden, die eine Fortführung der bisherigen Politik nicht mehr möglich machen. Kritiker könnten einwenden, dass dies entweder naiv oder zumindest unwahrscheinlich sei. Die Empirie zeigt anderes: Das im Kap. 4.4 angeführte Beispiel der deutschen Wiedervereinigung (verbunden mit dem Zusammenbruch einer Weltmacht) hat gezeigt, dass solche Ereignisse politischer und gesellschaftlich ökonomischer Art zwar unwahrscheinlich, aber dennoch im Falle des Ereigniseintritts sehr tiefgreifend sind.

Der Umgang mit Russland ist hingegen anders zu bewerten. Einem Aggressor, der einen völkerrechtswidrigen Krieg führt, kann allein aus Eigeninteresse nur mit (wirksamen!) staatlichen Sanktionen entgegengetreten werden (vgl. Kap. 4.3). Ausgaben für Rüstungsgüter bzw. die Cyberabwehr erhöhen zwar die Verschuldung eines Landes, sind aber kurz- und mittelfristig alternativlos.

Dennoch muss auch Russland langfristig der Weg zurück in ein globales Ordnungssystem möglich bleiben.

Je schneller man politische Entscheidungen trifft, welche die eigentlichen Stärken einer liberalen Gesellschaftsordnung, einer offenen Marktwirtschaft und funktionsfähiger Institutionen herausstellen, desto größer sind die Chancen, dass Teile der Gesellschaft nicht abgehängt werden. Flankierend ist die Informationspolitik bzw. die staatliche Bildungspolitik gefordert, sich dieser strukturellen Gefahren und der Notwendigkeit, als demokratische Gesellschaft auch mit unpopulären Maßnahmen (z. B. Wiedereinführung der Wehrpflicht) reagieren zu müssen, von großer Bedeutung. Nur auf der Grundlage eines demokratischen Diskurses werden sich Friktionen in der Gesellschaft und Wirtschaft reduzieren lassen.

---

#### SICHERHEITSPOLITISCHE PERSPEKTIVE

---

Wenn man aus sicherheitspolitischer Perspektive auf die Geoökonomie blickt, stellt man fest, dass die Bereiche Wirtschaft und Militär eng miteinander verwoben sind und eine isolierte Betrachtung nicht zielführend ist. Staaten stehen vor der Herausforderung, zum einen resiliente militärische Strukturen aufzubauen, zum anderen aber auch geoökonomische Abhängigkeiten zu erkennen und zu verringern. Deutschland sieht sich mit diesen Herausforderungen im besonderen Maße konfrontiert, seitdem Russland seine Vollinvasion auf die Ukraine begonnen hat. Deutschlands Volkswirtschaft war jahrzehntelang ein Profiteur der zunehmenden Globalisierung und günstiger Energieimporte, gleichzeitig sind aber auch die Grenzen zwischen ökonomischer und sicherheitspolitischer Souveränität fließend geworden.

---

#### GEOÖKONOMIE UND SICHERHEIT: INTERDEPENDENZEN UND VERWUNDBARKEIT

---

Wie aus dieser Studie hervorgeht, sollten ökonomische Instrumente – von Investitionspolitik über Handelsanktionen bis zu Technologiekontrollen (vgl. Kap. 2) – nicht unabhängig voneinander betrachtet werden, sondern als wichtige Bestandteile in eine strategische Sicherheitsarchitektur integriert werden. Außerdem wird in Kapitel 2 deutlich, dass moderne Volkswirtschaften strukturelle Abhängigkeiten zueinander entwickeln, was wiederum zu Herausforderungen für die nationale Sicherheit führt: wirtschaftliche Verflechtungen erzeugen nicht nur Wohlstand, sondern bergen auch das Potenzial, strategische Verwundbarkeiten entstehen zu lassen. Um die nationale Resilienz zu erhöhen, müssen daher sektorübergreifende Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Diese sollten sich u. a. auf kritische Infrastrukturen, digitale Netzwerke und Lieferketten konzentrieren.

Es ist die Aufgabe der Politik, die negativen Effekte der ökonomischen Interdependenzen zu identifizieren und

entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es ist natürlich nicht möglich, die gegenseitigen Abhängigkeiten gänzlich aufzulösen. Volkswirtschaftlich würde dies auch enorme Schäden nach sich ziehen. Es sollte jedoch ein strategischer Weitblick entwickelt werden, damit man flexibel auf eventuell auftretende negative Entwicklungen reagieren kann.

### STRATEGISCHE ASPEKTE: MACHTVERSCHIEBUNGEN UND NEUE KONFLIKTFORMATE

Die globalen Machtverschiebungen zeigen deutlich, dass der Einsatz geoökonomischer Instrumente zwecks Durchsetzung geopolitischer Ziele im internationalen Wettbewerb an Bedeutung gewonnen hat. Die Blockbildung zwischen US-zentrierten und China-zentrierten Wirtschaftsräumen manifestiert sich u. a. durch gegenseitige Sanktionsregime, Exportkontrollen und den Kampf um die Technologieführerschaft. Diese Aspekte sind sicherheitspolitisch ebenso relevant wie klassisch geopolitisch geprägte Konkurrenz um strategische Räume und Ressourcen (vgl. u. a. die Fallstudie zur BRI, Kap. 4.1).

Wie bereits erwähnt, ist eine volkswirtschaftliche Entkopplung weder gewünscht noch umsetzbar, trotzdem sollte jedoch das Ziel verfolgt werden, einen höheren Grad an technologischer Souveränität zu erreichen und Innovationszyklen stärker zu kontrollieren (vgl. Kap. 3.2), da man so widerstandsfähiger gegenüber geoökonomischen Interventionen externer Akteure wird. Ein bekanntes Beispiel ist die hohe Abhängigkeit westlicher Volkswirtschaften von Halbleitertechnologien, die zumeist in Asien produziert werden. Dieses sicherheitspolitische Dilemma wurde in Deutschland bereits erkannt, ob die ergriffenen Gegenmaßnahmen ausreichend sind und von Erfolg geprägt sein werden, wird sich aber erst in Zukunft herausstellen.

Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, die digitale Souveränität erhöhen zu wollen. Die digitale Souveränität hat sich zu einem Aspekt geopolitischer Macht entwickelt und ist unabdingbar mit Fragen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, technologischer Kontrolle und sicherheitspolitischer Widerstandsfähigkeit verbunden. Staaten, die in dieser Hinsicht nach Unabhängigkeit und Resilienz streben, müssen ihre digitalen Infrastrukturen, Datenflüsse, Technologien und Regulierungsrahmen eigenständig gestalten und kontrollieren. Souveränität darf in dieser Hinsicht nicht mit Autarkie verwechselt werden. Diese wäre für Deutschland in der globalisierten und vernetzten Welt nicht erreichbar (VAN BREEVOORT 2026; BITKOM 2015). Die mangelhafte digitale Souveränität stellt derzeit ein veritables sicherheitspolitisches Risiko dar. Ohne die bestehende und amerikanisch dominierte digitale Infrastruktur wäre die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und der EU nicht mehr gewährleistet.

### EUROPA UND DIE GLOBALE SICHERHEITSARCHITEKTUR

Die kollektive Verteidigungsfähigkeit Europas leidet u. a. unter der fehlenden militärischen Infrastruktur, dem demografischen Wandel und den politischen Differenzen der Mitgliedsstaaten. Die beschriebenen geoökonomischen Bedrohungen verschärfen die Defizite. Die EU hatte bisher das Selbstverständnis, zumindest ein wirtschaftlicher und normativer Machtfaktor auf der Weltbühne zu sein. Die Hilflosigkeit gegenüber Donald Trumps Zollpolitik hat dieses Selbstverständnis stark in Frage gestellt. Wenn die EU wieder an Macht gewinnen und die Fähigkeit zur Krisenbewältigung erhöhen möchte, muss sie den strategischen Ausbau ihrer sicherheitspolitischen Instrumente vorantreiben. Dies bedeutet u. a. die Förderung gezielter Industriepolitik und gemeinsame Investitionsprüfungen. Aber auch die Abwehr von Sanktionen oder übermäßigen Zollbelastungen müssen möglich sein, wie beispielsweise mit Hilfe von Anti-Coercion Instrumenten (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2023).

Die Fallstudien zu China und den BRICS-Staaten zeigen, dass die strategische Steuerung globaler Wertschöpfungsketten möglich ist. Deutschland und die EU sollten das Ziel verfolgen, geopolitisch und geoökonomisch umzusteuern und die eigene Resilienz etwa durch Nearshoring, Friendshoring oder gezielte Industrieclusterbildung zu erhöhen.

Neben diesen konkreten Aspekten geht es aber auch darum, einen grundsätzlichen Mentalitätswechsel auf europäischer und deutscher Ebene zu vollziehen. Friedrich Merz hat sich nach der Veröffentlichung der neuen amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie auf einer Pressekonferenz wie folgt geäußert: „Mich hat diese Sicherheitsstrategie (...) in der Substanz nicht überrascht“, da es inhaltlich mit dem übereinstimmt, was US-Vizepräsident JD Vance im Februar 2025 auf der Münchener Sicherheitskonferenz gesagt habe. „Die Frage was das für unsere sicherheitspolitische Zusammenarbeit bedeutet, ist die wichtigste Frage. (...) das ist die neue Strategie der Amerikaner und da kommt natürlich America First besonders stark zum Ausdruck. Ich sage in meinen Gesprächen mit den Amerikanern: „America First“ ist fein, aber „America alone“ kann nicht in eurem Interesse sein. Ihr braucht auf der Welt auch Partner – und einer der Partner kann Europa sein – und wenn ihr mit Europa nichts anfangen könnt, dann macht wenigstens Deutschland zu eurem Partner“ (PHOENIX 2025).

Ganz anders beurteilt der kanadische Premier Mark Carney die geopolitische Lage. Während seiner Rede auf dem World Economic Forum 2026 sagte er u. a.: „*Let me be direct. We are in the midst of a rupture, not a transition. (...) great powers have begun using economic integration as weapons, tariffs as leverage, financial infrastructure as coercion, supply chains as vulner-*

*abilities to be exploited. (...) great powers can afford for now to go it alone. They have the market size, the military capacity and the leverage to dictate terms. Middle powers do not. (...) when we only negotiate bilaterally with a hegemon, we negotiate from weakness. We accept what's offered. We compete with each other to be the most accommodating. (...) middle powers must act together because if we're not at the table, we're on the menu. (...) This is not naive multilateralism, nor is it relying on their institutions. It's building coalitions that work – issue by issue, with partners who share enough common ground to act together” (WORLD ECONOMIC FORUM 2026).*

Die Sichtweisen von Merz und Carney unterscheiden sich fundamental. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass sich Deutschland und Europa nicht mehr auf die alte Weltordnung stützen können und daher sollten sich Mittelmächte wie Deutschland die Sichtweise Carneys zu eigen machen. Deutschland und die EU können in der neuen geopolitischen und geoökonomischen Realität nur prosperieren, wenn sie den Multilateralismus und die internationalen Institutionen stärken. Basierend auf gemeinsamen Werten müssen bestehende Partnerschaften weiter ausgebaut und intensiviert werden. Es ist aussichtslos, sich als Mittelmacht einer Großmacht anzubiedern und zu hoffen, dass diese wohlwollend mit einem umgeht.

---

#### HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN UND AUSBLICK

---

Basierend auf dieser Analyse und den in dieser Studie gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich für Deutschland und die EU die folgenden Handlungsempfehlungen:

- Um eine größere Handlungsfähigkeit herzustellen, sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass das Einstimmigkeitsprinzip in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU abgeschafft wird.

- Deutschland sollte von bilateralen Lösungsansätzen Abstand nehmen und stattdessen die EU und die internationalen Institutionen stärken.
- Es sollte die internationale Koordination mit EU-Partnern, NATO und neuen Allianzen im Indopazifik zur Stärkung der kollektiven Sicherheit angestrebt werden.
- Deutschland und die EU sollten die Diversifizierung kritischer Lieferketten, insbesondere im Energiesektor und für Schlüsseltechnologien, anstreben.
- Die digitale Souveränität muss konsequent angestrebt werden. Gemeinsame europäische Lösungen sollten verfolgt werden.
- Die institutionelle Weiterentwicklung nationaler und europäischer Strukturen – etwa durch ein ressortübergreifendes Kompetenzzentrum Geoökonomie/ Sicherheit.
- Geopolitik und Geoökonomie sollten als Kompetenzfelder fest in den Nationalen Sicherheitsrat der Bundesregierung integriert werden, um die Strategiefähigkeit zu erhöhen.

Abschließend lässt sich konstatieren, dass die sicherheitspolitische Perspektive in einer zunehmend geoökonomisch geprägten Weltordnung kein Anhängsel klassischer Verteidigungspolitik darstellt, sondern ein integraler Bestandteil eines dynamischen Machtgefüges ist. Wie aus dieser Studie hervorgeht, ist ein Verständnis der ökonomischen, technologischen und politischen Zusammenhänge die Grundvoraussetzung dafür, dass die deutsche und europäische Außenpolitik proaktiv gestaltet und die Krisenfestigkeit erhöht werden kann.

# QUELLEN

- ACEMOGLU, D. & ROBINSON, J. A. (2013): Warum Nationen scheitern: Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut. S. Fischer Verlag.
- ACEMOGLU, D. & ROBINSON, J. A. (2006): Economic origins of dictatorship and democracy. Cambridge University Press.
- ACEMOGLU, D., JOHNSON, S. & ROBINSON, J. A. (2001): The colonial origins of comparative development: An empirical investigation. *American Economic Review*, American Economic Association, Vol. 91(5), 1369-1401
- AGNEW, JOHN (2004): Geopolitics: Revisioning World Politics. Routledge. London
- AIYAR, S., & OHNSORGE, F. (2024): Geoeconomic fragmentation and "connector" countries.
- ALFARO, L., CHANDA, A., KALEMLI-OZCAN, S., & SAYEK, S. (2004). FDI and economic growth: The role of local financial markets. *Journal of International Economics*, 64(1), 89–112.
- ALIZADEH, A. (o. J.): Was darf's sein: Off-, Near-, Re- oder Friendshoring? <https://www.ihk.de/ulm/hauptnavigation/online-magazin/im-fokus/was-darf-s-sein-off-near-re-oder-friendshoring--6649654> (Stand 15.08.2025)
- AMIN, S. (1974): Accumulation on a world scale: A critique of the theory of underdevelopment. New York: Monthly Review Press.
- AMIN, S. M., & WOLFERS, M. (1990). Delinking: Towards a Polycentric World.
- ARMIJO, L. E. & ROBERTS, C. B. (2013): The Emergence of the New Politics of Development Cooperation? The Case of the Brazil-Russia-India-China-South Africa Dialogue Forum and the Limits of South-South Cooperation for Change and Reform in Global Governance Institutions. *Third World Quarterly*, 34(7).
- ARRIGHI, G. (1994): The long twentieth century: Money, power, and the origins of our times. London: Verso.
- BABIC, M. (2023): State capital in a geoeconomic world: Mapping state-led foreign investment in the global political economy. *Review of International Political Economy*, 30(1), 201–228.
- BALDWIN, R. (2011): Trade and industrialisation after globalisation's second unbundling: How building and joining a supply chain are different and why it matters. In R. Feenstra & A. Taylor (Hrsg.), *Globalization in an age of crisis: Multilateral economic cooperation in the twenty-first century* (pp. 165–212). University of Chicago Press. <https://doi.org/10.7208/chicago/9780226260228.003.0006> (Stand 10.02.2026)
- BALDWIN, R. (2012): Global supply chains: Why they emerged, why they matter, and where they are going. In D. K. Elms & P. Low (Hrsg.), *Global value chains in a changing world* (pp. 13–59). World Trade Organization. [https://www.wto.org/english/res\\_e/booksp\\_e/aid4trade/globalvalue13\\_e.pdf](https://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/aid4trade/globalvalue13_e.pdf) (Stand 10.02.2026)
- BALDWIN, R. (2016): The great convergence: Information technology and the new globalization. Harvard University Press.
- BARAN, P. A. (1957): The political economy of growth. New York: Monthly Review Press.
- BARAN, P. A., & SWEEZY, P. M. (1966): Monopoly capital: An essay on the American economic and social order. New York: Monthly Review Press.
- BARTENSTEIN, A., & WESSELS, W. (2024): German Claims for Leadership: From a Federalist to a Geopolitical Leadership Master Narrative. *German Politics*, 1-22.
- BITKOM E. V. (2015): Digitale Souveränität: Positionsbestimmung und erste Handlungsempfehlungen für Deutschland und Europa. <https://www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/Digitale-Souveraenitaet-Positionsbestimmung-und-erste-Handlungsempfehlungen-fuer-Deutschland-und-Europa.html> (Stand 31.01.2026)
- BLACKWILL, R. D. & HARRIS, J. M. (2016): War by other means: Geoeconomics and statecraft. Harvard University Press.
- BOSSUYT, F., & KACZMARSKI, M. (2021): Russia and China between cooperation and competition at the regional and global level: Introduction. *Eurasian Geography and Economics*, 62(5–6), 539–556.
- BÖGE, F., KAFSACK, H., LÖWENSTEIN, S., MARTENS, M., & SATTAR, M. (2022): Wer anderen eine Brücke baut. Konrad Adenauer Stiftung.

- BORENSZTEIN, E., DE GREGORIO, J. & LEE, J. W. (1998): How does foreign direct investment affect economic growth? *Journal of International Economics*, 45(1), 115–135.
- BRANDT, L. & RAWSKI, T. G. (HRSG.). (2008): *China's great economic transformation*. Cambridge University Press.
- BRZEZIŃSKI, Z. (1999): *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Frankfurt am Main: Fischer.
- BULMER, S. & PATERSON, W. E. (2013): Germany as the EU's reluctant hegemon? Of economic strength and political constraints. *Journal of European public policy*, 20(10), 1387-1405.
- BUNDESMINISTERIUM DER VERTEIDIGUNG (BMVG). (o.J.): *Zeitenwende*. <https://www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/zeitenwende> (Stand 10.12.2025)
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (BMI) (2025): *Fachkräfteeinwanderung deutlich gesteigert, irreguläre Migration deutlich zurückgedrängt*. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/04/bpk-bilanz.html> (Stand 10.02.2026)
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (2022): *Fortschrittsbericht zur Hightech-Strategie 2025*. [https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/31522\\_Fortschrittsbericht\\_zur\\_Hightech\\_Strategie\\_2025.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/31522_Fortschrittsbericht_zur_Hightech_Strategie_2025.pdf?__blob=publicationFile&v=6) (Stand 10.02.2026)
- BUNDESVERBAND ERDGAS, ERDÖL UND GEOENERGIE E.V. (2023): *Geothermie (Jahresbericht 2022)*. [https://jahresbericht.bveg.de/wp-content/uploads/2023/04/BVEG\\_Online-Jahresbericht\\_2022\\_05\\_RZ\\_I\\_Geothermie.pdf](https://jahresbericht.bveg.de/wp-content/uploads/2023/04/BVEG_Online-Jahresbericht_2022_05_RZ_I_Geothermie.pdf) (Stand 10.02.2026)
- BUNDESWEHR (2023): *Air Defender 23 and its predecessors – Exercises for the defense of Europe in the past*. <https://www.bundeswehr.de/en/air-defender-23-und-seine-ahnen-5630082> (Stand 23.09.2025)
- BURILKOV, A. & WOLFF, G. B. (2025): *Defending Europe without the US: first estimates of what is needed* (No. 183). Kiel Policy Brief.
- BUSH, R. C. (2013): *Uncharted strait: The future of China-Taiwan relations*. Brookings Institution Press.
- BUSSY, A. & ZHENG, H. (2023): Responses of FDI to geopolitical risks: The role of governance, information, and technology. *International Business Review*, 32(4), 102136.
- BUZAN, B. & WAEVER, O. (2003): *Regions and powers: The structure of international security* (Vol. 91). Cambridge University Press.
- BUZAN, B., WÆVER, O., & DE WILDE, J. (1998): *Security: A new framework for analysis*. Lynne Rienner Publishers.
- CADOT, O., MALOUCHE, M. & SÁEZ, S. (2012): *Streamlining non-tariff measures: A toolkit for policy makers*. World Bank Publications.
- CALIMANU, S. (2021): *Advantages and disadvantages of foreign direct investment*. Research FDI Attractions.
- CAPISTRANO, A. (2024): *Europe's vulnerability in the EU-China-U.S. geoeconomic triangle*. Institute of Geoeconomics. <https://instituteofgeoeconomics.org/en/research/2024051557621/> (Stand 10.02.2026)
- CARRIL-CACCIA, F. & PAVLOVA, E. (2018): *Foreign direct investment and its drivers: a global and EU perspective*. *Economic Bulletin Articles*, 4.
- CHANG, H.-J. (2002): *Kicking away the ladder: Development strategy in historical perspective*. Anthem Press.
- CHRISTALLER, W. & BASKIN, C. W. (1966): *Central places in southern Germany*.
- CLARKE, H. D., GOODWIN, M. J. & WHITELEY, P. (2017): *Brexit*. Cambridge University Press.
- COMMONS, J. R. (1934): *Institutional economics: Its place in political economy*. Macmillan.
- CONGRESSIONAL RESEARCH SERVICE (2015): *China as the world's "largest economy"* (Report No. IF10110). [https://www.everycrsreport.com/files/2015-01-29\\_IF10110\\_5b11458b05a5618220b6bb7fe44aaf743822cd9e.pdf](https://www.everycrsreport.com/files/2015-01-29_IF10110_5b11458b05a5618220b6bb7fe44aaf743822cd9e.pdf) (Stand 10.02.2026)
- COPPEDGE, M., GERRING, J., KNUTSEN, C. H., LINDBERG, S. I., TEORELL, J., ALTMAN, D., BERNHARD, M., FISH, M. S., GLYNN, A., HICKEN, A., LÜHRMANN, A., MARQUARDT, K. L., McMANN, K., PAXTON, P., PEMSTEIN, D., SEIM, B., SIGMAN, R., SKAANING, S.-E., STATON, J., & WILSON, S. (2024): *V-Dem Methodology v15: Methodology of the V-Dem Project*. *Varieties of Democracy (V-Dem) Project*. University of Gothenburg.
- COPPER, J. F. (2019): *Taiwan: Nation-state or province?* Routledge.
- VON DANIELS, L. (2024): *Wirtschaft und nationale Sicherheit: US-Außenwirtschaftspolitik unter Trump und Biden*. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2024S04/> (Stand 10.02.2026)

- DAVIES, R. W. (1980): The Industrialisation of Soviet Russia 1: Socialist Offensive: The Collectivisation of Soviet Agriculture, 1929-30. Springer.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (2023): Methodische Erläuterungen zu Direktinvestitionen: Bestandserhebung, Meldegrenze, Abgrenzung und Berechnung. <https://www.bundesbank.de/resource/blob/810348/8c1b4f4d5f4347c219b4dd5681542190/mL/aw3de000-data.pdf> (Stand 10.02.2026)
- DIENSTBIER, P. & VOLK, T. (2023): "BRICS Plus" – Brief analysis: Middle East and North Africa. Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/en/single-title/-/content/brics-plus-middle-east-and-north-africa> (Stand 10.02.2026)
- DINGWERTH, K., SCHMIDTKE, H., & WEISE, T. (2020): The rise of democratic legitimation: Why international organizations speak the language of democracy. *European Journal of International Relations*, 26(3), 714–741.
- DODDS, K. (2019): *Geopolitics* (3. Aufl.). Oxford: Oxford University Press.
- DOLLAR, D., HUANG, Y. & YAO, Y. (2021): Global clout, domestic fragility. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2021/06/the-future-of-china-dollar-huang-yao.html> (Stand 10.02.2026)
- DONGES, J. B. (1995): *Deutschland in der Weltwirtschaft*. Mannheim: Mexers Verlag.
- DUSTMANN, C., FASANI, F., FRATTINI, T., MINALE, L. & SCHÖNBERG, U. (2017): On the economics and politics of refugee migration. *Economic policy*, 32(91), 497-550.
- DUUS, P., MYERS, R. H. & PEATTIE, M. R. (1996): *The Japanese Wartime Empire, 1931-1945*. Princeton University Press.
- EICHENGREEN, B., PARK, D. & SHIN, K. (2013): Growth Slowdowns Redux: New Evidence on the Middle-Income Trap (No. 18673). National Bureau of Economic Research, Inc.
- ELSON, D. (1979): *Value: The Representation of Labour in Capitalism*.
- ENCYCLOPAEDIA BRITANNICA (2025): Imperialism. <https://www.britannica.com/topic/imperialism> (Stand 10.02.2026)
- EUROPEAN CENTRAL BANK (2023): Inputs in distress: Goeconomic fragmentation and firms' sourcing. [https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2023/html/ecb.ebbox202302\\_03~d4063f8791.en.html](https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2023/html/ecb.ebbox202302_03~d4063f8791.en.html) (Stand 10.02.2026)
- EUROPEAN COMMISSION (2025): Roadmap to fully end EU dependency on Russian energy. European Commission. [https://commission.europa.eu/news-and-media/news/roadmap-fully-end-eu-dependency-russian-energy-2025-05-06\\_en](https://commission.europa.eu/news-and-media/news/roadmap-fully-end-eu-dependency-russian-energy-2025-05-06_en) (Stand 10.02.2026)
- EUROPEAN COMMISSION, DIRECTORATE-GENERAL FOR FINANCIAL STABILITY, FINANCIAL SERVICES AND CAPITAL MARKETS UNION (2025): EU adopts 17th package of sanctions against Russia. [https://finance.ec.europa.eu/news/eu-adopts-17th-package-sanctions-against-russia-2025-05-20\\_en](https://finance.ec.europa.eu/news/eu-adopts-17th-package-sanctions-against-russia-2025-05-20_en) (Stand 10.02.2026)
- EUROPEAN EXTERNAL ACTION SERVICE. (2020): Embracing Europe's Power. Brussels. [https://www.eeas.europa.eu/eeas/embracing-europe%E2%80%99s-power\\_und\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/embracing-europe%E2%80%99s-power_und_en) (Stand 10.02.2026)
- EUROSTAT (2022): International sourcing, business functions and global value chains. *Statistics Explained*. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=International\\_sourcing,\\_business\\_functions\\_and\\_global\\_value\\_chains](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=International_sourcing,_business_functions_and_global_value_chains) (Stand 10.02.2026)
- EUROSTAT (2024): Purchasing power parities in Europe and the world. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Purchasing\\_power\\_parities\\_in\\_Europe\\_and\\_the\\_world](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Purchasing_power_parities_in_Europe_and_the_world) (Stand 10.02.2026)
- EXPERTENGRUPPE „WELTWIRTSCHAFT UND SOZIALETHIK“ (2009): Wirtschaftlich motivierte Migration zwischen nationalem Eigennutz und weltweiter Gerechtigkeit. [https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/presse\\_import/migrationsstudie.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/presse_import/migrationsstudie.pdf) (Stand 10.02.2026)
- EXPERTENKOMMISSION „FORSCHUNG UND INNOVATION“ (2025): Jahresgutachten 2025: Deutschlands Chance auf eine globale Spitzenposition. [https://www.e-fi.de/fileadmin/Assets/Gutachten/2025/EFI\\_Jahresgutachten\\_2025.pdf](https://www.e-fi.de/fileadmin/Assets/Gutachten/2025/EFI_Jahresgutachten_2025.pdf) (Stand 10.02.2026)
- FARRELL, H. & NEWMAN, A. L. (2019). Weaponized interdependence: How global economic networks shape state coercion. *International Security*, 44(1), 42–79.
- FELBERMAYR, G. (2024). Die neue Geoökonomik und ihre Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. *Wirtschaftspolitische Blätter*, 5.
- FRANK, A. G. (1967). *Capitalism and underdevelopment in Latin America* (Vol. 93). NYU Press.
- FRANKOPAN, P. (2019). *The new silk roads: The present and future of the world*.
- FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT (2025): *Technologietransfer*.

- FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT(O.J.):<https://www.fraunhofer.de/de/forschung/leistungsangebot/technologietransfer.html> (Stand 10.02.2026)
- FRIEDMAN, G. (2010): *The next 100 years: A forecast for the 21st century*. Doubleday.
- FUJITA, M., KRUGMAN, P. R., & VENABLES, A. (2001): *The spatial economy: Cities, regions, and international trade*. MIT Press.
- FUKUYAMA, F. (1992): *The end of history and the last man*. New York: Free Press.
- GARCÍA-HERRERO, A., & XU, J. (2017): China's belt and road initiative: Can Europe expect trade gains?. *China & World Economy*, 25(6), 84-99.
- GARCÍA-HERRERO, A. (2024): David and Goliath: The EU's Global Gateway versus China's Belt and Road Initiative. *Bruegel Newsletter*.
- GARVER, J. W. (2001): *Protracted Contest: Sino-Indian Rivalry in the Twentieth Century*. Seattle & London: University of Washington Press.
- GEREFFI, G. (1999): A commodity chains framework for analyzing global industries. *Institute of Development Studies Bulletin*, 8(12), 1–9.
- GEREFFI, G., & MAYER, F. W. (2004): *The demand for global governance*. Terry Sanford Institute of Public Policy Working Paper, Duke University.
- GEREFFI, G., HUMPHREY, J., & STURGEON, T. (2005): The governance of global value chains. *Review of International Political Economy*, 12(1), 78–104
- GIROUD, A., & IVARSSON, I. (2020): *World Investment Report 2020: International production beyond the pandemic*. United Nations Conference on Trade and Development.
- GOURINCHAS, P.-O. (2025): The global economy enters a new era. <https://www.imf.org/en/blogs/articles/2025/04/22/the-global-economy-enters-a-new-era> (Stand 10.02.2026)
- HALVER, W. (1996): *Standorteignung grossstädtischer Agglomerationen für Industriebetriebe: dargestellt an den Beispielen Köln und Leipzig*. Selbstverl. im Wirtschafts- u. Sozialgeograph. Inst. d. Univ..
- HALVER, W., TANG, L., RÖMER, C., GWIZD, A., HILDEBRANDT, T., KROHA, M. & BEULER, T. (2025): *Globalisierung und Geopolitik: Wirtschaftliche Entwicklung im Kontext strategischer Interessenspolitik*. In *Globalisierung und Geopolitik*. De Gruyter Oldenbourg.
- HAMBURG PORT AUTHORITY (2021): *Sustainability Report 2019/2020*. [https://www.hamburg-port-authority.de/fileadmin/user\\_upload/Geschaeftsbericht/Sustainability\\_Report\\_2020.pdf](https://www.hamburg-port-authority.de/fileadmin/user_upload/Geschaeftsbericht/Sustainability_Report_2020.pdf) (Stand 10.02.2026)
- HAMMEL-KIESOW, R. (2007): *Europäische Union, Globalisierung und Hanse: Überlegungen zur aktuellen Vereinahmung eines historischen Phänomens*. *Hansische Geschichtsblätter*, 125, 1-44.
- HANEMANN, T., ROSEN, D. H., GAO, C. & LYSENKO, A. (2019): *Two-Way Street: 2019 Update – US-China Investment Trends*. Rhodium Group & National Committee on U.S.-China Relations. [https://rhg.com/wp-content/uploads/2024/02/RHG\\_TWS-2019\\_Full-Report\\_8-May2019-1.pdf](https://rhg.com/wp-content/uploads/2024/02/RHG_TWS-2019_Full-Report_8-May2019-1.pdf) (Stand 10.02.2026)
- HARRIS, J. R., & TODARO, M. P. (1970): *Migration, unemployment and development: a two-sector analysis*. *The American economic review*, 60(1), 126-142.
- HELLEINER, E. (2021): *The neomercantilists: A global intellectual history*. Cornell University Press.
- HENNING, F. W. (1985): *Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800*. Schöningh.
- HILDEBRANDT, T. (2022): *Duisburg: From a dirty old town to Germany's China city?* *China Observers*. <https://chinaobservers.eu/duisburg-from-a-dirty-old-town-to-germanys-china-city/> (Stand 10.02.2026)
- HILDEBRANDT, T. (2023a): *The European Foreign Subsidies Regulation: Effective means of protecting strategic infrastructure or an investment impediment?* *China Observers* <https://chinaobservers.eu/the-european-foreign-subsidies-regulation-effective-means-of-protecting-strategic-infrastructure-or-an-investment-impediment/> (Stand 10.02.2026)
- HILDEBRANDT, T. (2023b): *Chinese stakes in European ports: Geopolitical threat or mere business venture?* <https://chinaobservers.eu/chinese-stakes-in-european-ports-geopolitical-threat-or-mere-business-venture/> (Stand 10.02.2026)
- HILDEBRANDT, T. (2023c). *Germany's national security strategy and the China challenge*. *China Observers in Central and Eastern Europe*. <https://chinaobservers.eu/germanys-national-security-strategy-and-the-china-challenge/> (Stand 10.02.2026)
- HILLMAN, J. E. (2020): *The emperor's new road: China and the project of the century*. Yale University Press.
- HIRST, P., THOMPSON, G. & BROMLEY, S. (2015): *Globalization in question*. John Wiley & Sons.

- HOEKMAN, B. M. & KOSTECKI, M. M. (2001): Introduction. In *The political economy of the world trading system: WTO and beyond* (2nd ed.). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/019829431X.003.0001> (Stand 10.02.2026)
- HOFFMAN, F. G. (2014): Hybrid warfare and challenges. In *Strategic studies* (pp. 329-337). Routledge.
- HOLTZMANN, H. D., MARTI, A., HERBERT, I., KOTHÉ, M., KLEIN, C., DEHNERT, J. & VAN DER VOORT, A. (2024): BRICS enlargement – a “non-event” or a stage victory against the West? Friedrich Naumann Foundation for Freedom.
- HOLZNER, M. (2024): BRICS plus: Neue Weltordnung und Ende der Leitwährung US-Dollar? Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft. <https://www.fiw.ac.at/2024/02/15/brics-plus-neue-weltordnung-und-ende-der-leitwaehrung-us-dollar/> (Stand 10.02.2026)
- HOWELLS, J. (2006): Intermediation and the role of intermediaries in innovation. *Research policy*, 35(5), 715-728.
- HOYONG, H. (2013): Margaret Thatcher und die Wiedervereinigung: Eisernes Misstrauen. <https://www.spiegel.de/geschichte/margaret-thatcher-und-die-wiedervereinigung-a-951099.html> (Stand 15.09.2025)
- HUDEC, R. E. (1998): GATT/WTO constraints on national regulation: Requiem for an aim and effects test. *International Law*, 32, 619–649.
- HUFBAUER, G. C., CIMINO, C. & MORAN, T. (2014): NAFTA at 20: Misleading charges and positive achievements. Peterson Institute for International Economics, 14(May), 1–22.
- HUFBAUER, G. C., & SCHOTT, J. J. (2005): NAFTA revisited: Achievements and challenges. Peterson Institute for International Economics.
- HVIZDA, M., FREDERICK, B., LAUFER, A., EVANS, A. T., GUNNESS, K., & OCHMANEK, D. A. (2025): Dispersed, disguised, and degradable. [https://www.rand.org/pubs/research\\_reports/RRA3141-2.html](https://www.rand.org/pubs/research_reports/RRA3141-2.html) (Stand 10.02.2026)
- HYMER, S. H. (1960): The international operations of national firms, a study of direct foreign investment (Doctoral dissertation, Massachusetts Institute of Technology).
- IKENBERRY, G. J. (2011): *Liberal leviathan: The origins, crisis, and transformation of the American world order*. Princeton University Press.
- INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (2025): Zuwanderungsmonitor. <https://iab.de/daten/zuwanderungsmonitor/> (Stand 10.02.2026)
- INSTITUTE FOR SUPPLY MANAGEMENT. (2025). Retail global sourcing strategies during volatile times.
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP (2025): Pulling India and Pakistan Back from the Brink. <https://www.crisisgroup.org/asia-pacific/india-pakistan-india-pakistan-kashmir/pulling-india-and-pakistan-back-brink> (Stand 10.02.2026)
- INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION (2021): ILO Global Estimates on International Migrant Workers: Results and Methodology. <https://www.ilo.org/publications/ilo-global-estimates-international-migrant-workers-%E2%80%93-results-and-1> (Stand 10.02.2026)
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (2023): Global Financial Stability Report: Safeguarding Financial Resilience. Washington, DC. <https://www.imf.org/en/Publications/GFSR> (Stand 10.02.2026)
- INVESTOPEDIA (2003): Foreign direct investment (FDI): What it is, types, and examples. <https://www.investopedia.com/terms/f/fdi.asp> (Stand 10.02.2026)
- JACKSON, J. H. (1997): The WTO dispute settlement understanding – Misunderstandings on the nature of legal obligation. *The American Journal of International Law*, 91(1), 60–64. <https://doi.org/10.2307/2954140> (Stand 10.02.2026)
- JAEGER, M. (2023): A More Strategic Approach to Foreign Direct Investment Policy. <https://dgap.org/en/research/publications/more-strategic-approach-foreign-direct-investment-policy> (Stand 10.02.2026)
- JANSEN, M. B. (2002): *The making of modern Japan*. Harvard University Press.
- JONES, L., DEMIRKAYA, M. & BETHMANN, E. (2019): Global value chain analysis: Concepts and approaches. *Journal of International Commerce and Economics*, 1(1). [https://www.usitc.gov/publications/332/journals/global\\_value\\_chain\\_analysis\\_concepts\\_and\\_approaches.pdf](https://www.usitc.gov/publications/332/journals/global_value_chain_analysis_concepts_and_approaches.pdf) (Stand 10.02.2026)
- JONES, R. W. & KIERZKOWSKI, H. (2018): The role of services in production and international trade: A theoretical framework. In *International trade, welfare, and the theory of tariffs* (pp. 233–253). World Scientific.
- JÜTTEN, M. & FALKENBERG, D. (2024): Expansion of BRICS: A quest for greater global influence? [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2024/760368/EPRS\\_BRI\(2024\)760368\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2024/760368/EPRS_BRI(2024)760368_EN.pdf) (Stand 10.02.2026)
- KAMMEL, A. (o.J.): Mercosur. <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/das-europalexikon/177130/mercosur#:~:text=%5Bspan.%3A%20Mercado%20Com%C3%BAn%20del,1.1.1995%20in%20Kraft%20trat.> (Stand 10.10.2025)

- KAPLAN, R. D. (2013): The revenge of geography: What the map tells us about coming conflicts and the battle against fate. Random House Trade Paperbacks.
- KEATING, W. E. (2015): The Doha Round and globalization: A failure of world economic development? [https://academicworks.cuny.edu/hc\\_sas\\_etds/7/](https://academicworks.cuny.edu/hc_sas_etds/7/) (Stand 10.02.2026)
- KEELEY, B. (2009): OECD Insights Internationale Migration Die menschliche Seite der Globalisierung: Die menschliche Seite der Globalisierung. OECD Publishing.
- KENNEDY, S. (2015): Made in China 2025. <https://www.csis.org/analysis/made-china-2025> (Stand 10.02.2026)
- KISSINGER, H. A. (2014). Weltordnung. C. Bertelsmann Verlag.
- KLEIN, M. (o. J.): ASEAN. In: Gabler Wirtschaftslexikon. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/asean-27258> (Stand 04.10.2024)
- KOLB, G. (2004): Geschichte der Volkswirtschaftslehre: dogmenhistorische Positionen des ökonomischen Denkens. München, 15–36.
- KOSYAKOVA, Y., OLBRICH, L., GALLEGOS TORRES, K., HAMMER, L., KOCH, T. & WAGNER, S. (2025): Germany as a stopover? Insights into return and onward migration intentions of immigrants from the International Mobility Panel of Migrants in Germany. <https://iab.de/en/publications/publication/?id=14977550> (Stand 10.02.2026)
- KREIENBRINK, A. (2014): Fachkräftemigration aus Asien nach Deutschland und Europa (Beiträge zur Migration und Integration, Band 5). Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Beitragsreihe/beitrag-band-5-fachkraef-temigration-asien.html> (Stand 10.02.2026)
- KRUGMAN, P. (1994): Defining and measuring productivity. In: The age of diminishing expectations. MIT Press.
- KRUGMAN, P., OBSTFELD, M. & MELITZ, M. (2018): International economics: Theory and policy (10th ed.). Pearson.
- KUBIS, A. & SCHNEIDER, L. (2024): Zuwanderung und Arbeitsmarkt: Eine Analyse für Deutschland und die Bundesländer. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2024166> (Stand 10.02.2026)
- LEE, E. S. (1966): A theory of migration. Demography, 3(1), 47-57.
- LEINO, T. & GAVRILOVIC, M. (2025): Foreign direct investment increased to a record \$41 trillion. <https://www.imf.org/en/Blogs/Articles/2025/02/20/foreign-direct-investment-increased-to-a-record-41-trillion> (Stand 10.02.2026)
- LEVY, J. S. (1988): Domestic politics and war. The Journal of Interdisciplinary History, 18(4), 653-673.
- LICHTENSTEIN, P. M. (2016): Theories of international economics. Routledge.
- LIEBERHERR, B. & MADUZ, L. (2022). Indopazifik: Neue Region auf dem Schachbrett der Geopolitik. <https://www.nzz.ch/international/indopazifik-neue-region-auf-dem-schachbrett-der-geopolitik-ld.1683523> (Stand 15.09.2025)
- LIEBERTHAL, K. G. (2011): The American Pivot to Asia. Brookings. <https://www.brookings.edu/articles/the-american-pivot-to-asia/> (Stand 10.02.2026)
- LIPPERT, B. & PERTHES, V. (2020): Strategische Rivalität zwischen USA und China: worum es geht, was es für Europa (und andere) bedeutet. <https://www.swp-berlin.org/publikation/strategische-rivalitaet-zwischen-usa-und-china> (Stand 10.02.2026)
- LIPSEY, R. E. (2003): Foreign direct investment and the operations of multinational firms: Concepts, history, and data. Handbook of international trade, 285-319.
- LIU, R. C., TANG, H. W., KAO, Y., & CHOU, Y. (2025): From vulnerabilities to resilience: Taiwan's semiconductor industry and geopolitical challenges. Telecommunications Policy, 49(4), 102951.
- LUTTWAK, E. N. (1990): From Geopolitics to Geo-Economics: Logic of Conflict, Grammar of Commerce. The National Interest, 20, 17–23. <http://www.jstor.org/stable/42894676> (Stand 10.02.2026)
- MACKINDER, H. J. (2004): The geographical pivot of history (1904). The geographical journal, 170(4), 298-321.
- MAGNUSSON, L. (Ed.). (2008): Mercantilist theory and practice: The history of British mercantilism (4 Vols.). Pickering & Chatto / Routledge.
- MASSEY, D. S., ARANGO, J., HUGO, G., KOUAOUCCI, A., PELLEGRINO, A. & TAYLOR, J. E. (1993): Theories of international migration: A review and appraisal. Population and Development Review, 19(3), 431–466.
- MATHIOPOULOS, M. (2021): Bedingt welt politikfähig. Internationale Politik, 1, 128-131.

- MAULL, H. W. (2006): The Perils of NOT Conceiving EU Foreign Policy as a Civilizing Project. *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1(2006), 150-163.
- MAULL, H. W. (2011): World politics in turbulence. *Internationale Politik und Gesellschaft Online*, 1, 2–25.
- MCCANN, P. (2001): *Urban and regional economics*. OUP Catalogue.
- MCCOY, A. W. (2022): Russland, China und der Feind. *LeMondediplomatique (deutsche Ausgabe)*. <https://mondediplomatique.de/artikel/!5844140> (Stand 15.09.2025)
- MCKENZIE, D. & RAPOPORT, H. (2007): Network effects and the dynamics of migration and inequality: Theory and evidence from Mexico. *Journal of development Economics*, 84(1), 1-24.
- MEDEIROS, E. S. & FRAVEL, M. T. (2003): China's new diplomacy. *Foreign Affairs*, 82(6), 22–35.
- MEDIENDIENST INTEGRATION (2024): Arbeitskräfte – Zahlen und Fakten. <https://mediendienst-integration.de/artikel/arbeitskraefte-zahlen-und-fakten.html> (Stand 10.02.2026)
- MERTES, P. (2023): Technologietransfer: Von der Forschung bis zur Anwendung. <https://www.kalaidos-fh.ch/de-CH/Blog/Posts/2023/03/Digitalisierung-1102-Technologietransfer-Forschung-zur-Anwendung> (Stand 10.02.2026)
- MEYER, K. E. & NGUYEN, H. V. (2005): Foreign investment strategies and sub-national institutions in emerging markets: Evidence from Vietnam. *Journal of Management Studies*, 42(1), 63–93.
- MONAGHAN, A. (2014): China surpasses US as world's largest trading nation. *The Guardian*, 10.
- MORAVCSIK, A. (2012): Europe after the crisis: How to sustain a common currency. *Foreign Affairs*, 91(3), 54–68.
- MUNRO, A. (o.J.): Dependency theory. <https://www.britannica.com/topic/dependency-theory> (Stand 25.07.2025)
- MÜNSTER, K. (2019): Chinas 16+1-Kooperation mit Osteuropa: Trojanisches Pferd ohne volle Besatzung. <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2019/chinas-161-kooperation-mit-osteuropa-trojanisches-pferd-ohne-volle-besatzung> (Stand 10.02.2026)
- MÜLLER, A. (2002): Eine Voraussetzung für einen nachhaltigen Aufschwung in Ostdeutschland: Mehr Ausrüstungsinvestitionen. *ifo Schnelldienst*, 55(05), 27–30.
- MÜTZENICH, R. (2022): Die Rückkehr der „Geopolitik“. Zur Neuvermessung der Macht im internationalen Staatensystem. *Macht und Machtverschiebung: Schlüsselphänomene internationaler Politik – Festschrift für Xuewu Gu zum 65. Geburtstag*, 405.
- NAPOLITANO, A. & WAGEMANS, D. (2025): Europe's defence crisis: Why more spending alone will not keep the continent safe. <https://www.socialeurope.eu/europes-defence-crisis-why-more-spending-alone-will-not-keep-the-continent-safe> (Stand 10.02.2026)
- NAUGHTON, B. (2007): *The Chinese economy: Transitions and growth*. MIT press.
- NÖLKE, A. (Ed.) (2014): *Multinational corporations from emerging markets: State capitalism 3.0*. Springer.
- NORTH, D. C. (1998): The rise of the western world. In *Political competition, innovation and growth: A historical analysis* (pp. 13-28). Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.
- NORTH, D. C. (1990): *Institutions, institutional change and economic performance*. Cambridge University.
- NYE, J. S. (1990): Soft Power. *Foreign Policy*, 80, 153–171. <https://doi.org/10.2307/1148580> (Stand 10.02.2026)
- NYE, J. S. (2019): The rise and fall of American hegemony from Wilson to Trump. *International Affairs*, 95(1), 63–80. <https://doi.org/10.1093/ia/iyy212> (Stand 10.02.2026)
- O'HANLON, M. E. (2015): *The future of land warfare*. Brookings Institution Press.
- O'NEILL, J. (2001). *Building better global economic BRICs* (Vol. 66, pp. 1-16). New York: Goldman Sachs.
- O'ROURKE, K. H., & WILLIAMSON, J. G. (2002): When did globalisation begin? *European Review of Economic History*, 6(1), 23–50. <https://doi.org/10.1017/S1361491602000023> (Stand 10.02.2026)
- OATLEY, T. (2022): *International political economy*. Routledge.
- OECD (2009): *OECD benchmark definition of foreign direct investment 2008: Fourth edition*. <https://doi.org/10.1787/9789264045743-en> (Stand 10.02.2026)
- OECD (2015): *FDI in figures, October 2015*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/357dae9b-en>. (Stand 10.02.2026)
- OECD (2018): *The productivity-inclusiveness nexus*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/9789264292932-en> (Stand 10.02.2026)

- OECD (2021): OECD science, technology and innovation outlook 2021: Times of crisis and opportunity. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/75f79015-en>
- OECD (2025a): OECD supply chain resilience review: Navigating risks. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/94e3a8ea-en>
- OECD (2025b): FDI in figures: April 2025. OECD Publishing.
- PANON, L., LEBASTARD, L., MANCINI, M., BORIN, A., CAKA, P., CARIOLA, G. & TIMINI, J. (2024): Inputs in distress: Geoeconomic fragmentation and firms' sourcing. <https://www.nbb.be/en/articles/inputs-distress-geoeconomic-fragmentation-and-firms-sourcing> (Stand 10.02.2026)
- PASTORI, B. (2012): The failure of the Doha Rounds (Sintesi di tesi di laurea). LUISS Guido Carli. <https://tesi.luiss.it/8107/2/pastori-sintesi-2012.pdf> (Stand 10.02.2026)
- PATRICK, S. (2024): BRICS Expansion, the G20, and the Future of World Order. <https://carnegieendowment.org/research/2024/10/brics-summit-emerging-middle-powers-g7-g20?lang=en> (Stand 10.02.2026)
- PETRI, P. A. & PLUMMER, M. G. (2016): The economic effects of the Trans-Pacific Partnership: New estimates. <https://www.piie.com/publications/working-papers/economic-effects-trans-pacific-partnership-new-estimates> (Stand 10.02.2026)
- PHOENIX. (2025): Antrittsbesuch Rheinland-Pfalz: Statements von Bundeskanzler Merz und Alexander Schweitzer [Video]. Minute 17:15–18:51, Abgerufen am 27. Januar 2026, von <https://www.youtube.com/watch?v=OrOHft-cmbc>.
- PORTES, A. (1997): Globalization from below: The rise of transnational communities (Vol. 98). Princeton University Press.
- PREBISCH, R. (1950): The economic development of Latin America and its principal problems (No. 29973). Naciones Unidas, CEPAL.
- PRED, A. (1967): Behaviour and location, foundations for a geographic and dynamic location theory. Part I. *Geographical Review*, 57(2), 221–230.
- PRESIDENT OF RUSSIA. (2007): Speech and the following discussion at the Munich Conference on Security Policy. <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034> (Stand 10.02.2026)
- PREUB, O. (2024): Bundeswehr: „Dann kommen stattdessen graue Schiffe mit Kriegsmaterial“. <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article252886852/Bundeswehr-Dann-kommen-stattdessen-graue-Schiffe-mit-Kriegsmaterial.html> (Stand 10.02.2026)
- PRIES, L. (1999): Migration and transnational social spaces. Aldershot: Ashgate.
- QUITZOW, R. & ZABANOVA, Y. (2025): Geoeconomics of the transition to net-zero energy and industrial systems: A framework for analysis. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1364032125001650?via%3Dihub> (Stand 10.02.2026)
- RAHR, A. (2022): Geschwächter Westen: Die große geökonomische Zeitenwende. <https://www.telepolis.de/features/Geschwaechter-Westen-Die-grosse-geoekonomische-Zeitenwende-7398501.html?seite=all> (Stand 10.02.2026)
- RAMONDO, N., RODRÍGUEZ-CLARE, A. & TINTELNOT, F. (2015): Multinational production: Data and stylized facts. *American Economic Review*, 105(5), 530–536.
- RAT DER EUROPÄISCHEN UNION. (2023): Handel: Rat nimmt Verordnung zum Schutz der EU vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer an. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/23/trade-council-adopts-a-regulation-to-protect-the-eu-from-third-country-economic-coercion/> (Stand 10.02.2026)
- RATHA, D. K., DE, S., KIM, E. J., PLAZA, S., SESHAN, G. K. & YAMEOGO, N. D. (2020): COVID-19 crisis through a migration lens. *Migration and Development Brief*, 32, 2–36.
- RAVENSTEIN, E. G. (1885): The laws of migration. *Journal of the Royal Statistical Society*, 48(2), 167–235.
- RICARDO, D. (1821). *On the principles of political economy and taxation* (3rd ed.). London: John Murray.
- RIETIG, V. & SCHÄFER, I. (2025): Deutschlands Migrationspolitik nach der Wahl: Kompromisse für die Koalitionsverhandlungen. *Zeitschrift für Politik*.
- ROBERTS, S. R. (2020): *The war on the Uyghurs*. Princeton University Press.
- ROBINSON, T., W. & SHAMBAUGH, D. L. (1995): *Chinese Foreign Policy*. Oxford University Press.
- ROBINSON, W. I. (2004): *A theory of global capitalism: Production, class, and state in a transnational world*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

- RODRIK, D. (1999): Institutions for high-quality growth. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/1999/reforms/rodrrik.htm> (Stand 10.02.2026)
- ROLLAND, N. (2017): China's Eurasian Century?: Political and Strategic Implications of the Belt and Road Initiative. National Bureau of Asian Research.
- ROLLAND, N. (2019): A concise guide to the Belt and Road Initiative. National Bureau of Asian Research, 11.
- ROSTOW, W. W. (1960). The stages of economic growth: A non-communist manifesto. Cambridge University Press.
- SABIN, T. (2022): Fachkräftemangel in allen Bereichen: Europa hält uns den Spiegel vor. [https://www.focus.de/perspektiven/ueberalternde-gesellschaften-fachkraef-temangel-in-allen-bereichen-europa-haelt-uns-den-spiegel-vor\\_id\\_180405100.html](https://www.focus.de/perspektiven/ueberalternde-gesellschaften-fachkraef-temangel-in-allen-bereichen-europa-haelt-uns-den-spiegel-vor_id_180405100.html) (Stand 10.02.2026)
- SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR INTEGRATION UND MIGRATION (2023): Klimawandel und Migration: Was wir über den Zusammenhang wissen und welche Handlungsoptionen es gibt. <https://www.svr-migration.de/publikationen/jahresgutachten/2023/> (Stand 10.02.2026)
- SASSEN, S. (2003): Globalization or denationalization? Review of International Political Economy, 10(1), 1–22. <http://www.jstor.org/stable/4177449>
- SCHIMMELPFENNIG, D. & EBEL, R. (2016): Sequential adoption and cost savings from precision agriculture. Journal of Agricultural and Resource Economics, 41(1), 97–115. <http://www.jstor.org/stable/44131378>
- SCHMOCH, U., RAMMER, C. & LEGLER, H. (Hrsg.). (2006): National systems of innovation in comparison: Structure and performance indicators for knowledge societies. Dordrecht: Springer Netherlands.
- SCHOLTE, J. A. (2008): Defining globalisation. The World Economy, 31(11), 1479–1481.
- SCHOLVIN, S. (2014): Geopolitik in den internationalen Beziehungen. <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/geopolitik-in-den-internationalen-beziehungen> (Stand 10.02.2026)
- SCHOLZ, O. (2022): Die globale Zeitenwende. Foreign Affairs. <https://www.foreignaffairs.com/germany/die-globale-zeitenwende> (Stand 10.02.2026)
- SEONG, J., WHITE, O., BIRSHAN, M., SMIT, S., LAMANNA, C. & DEVESA, T. (2025): Geopolitics and the geometry of global trade: 2025 update. <https://www.mckinsey.com/mgi/our-research/geopolitics-and-the-geometry-of-global-trade-2025-update> (Stand 10.02.2026)
- SHERMAN, T. W. (2022): DHS actions urgently needed to better protect the nation's critical infrastructure <https://www.gao.gov/products/gao-22-105973> (Stand 10.02.2026)
- SIEGELBAUM, L. H. (1988): Stakhanovism and the politics of productivity in the USSR, 1935-1941 (Vol. 59). Cambridge University Press.
- SINGER, H. (1949): Post-war price relations in trade between under-developed and industrialized countries. UN document no. E/CN.1.
- SINGER, P. W. & FRIEDMAN, A. (2013): Cybersecurity and cyberwar: What everyone needs to know. Oxford University Press.
- SJAASTAD, L. A. (1962): The costs and returns of human migration. Journal of Political Economy, 70(5, Part 2), 80–93.
- SMITH, A. (1776): An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. London: W. Strahan & T. Cadell.
- SMITH, A. (1976): The wealth of nations. Edited by Edwin Cannan. Chicago: University of Chicago Press.
- SMITH, S. A. (2021): The Quad in the Indo-Pacific: What to know. Council on Foreign Relations, 27.
- SOCIOPEdia (o.J.): Dependency theory: Raul Prebisch and the global core–periphery divide. <https://sociopedia.co/post/dependency-theory> (Stand 24.07.2025)
- Sow, M. (2018): Figures of the week: Chinese investment in Africa. Brookings assessment and analysis. <https://www.brookings.edu/blog/africa-in-focus/2018/09/06/figures-of-the-week-chinese-investment-in-africa> (Stand 10.02.2026)
- SPITZER, H. (1982): Das räumliche Potential als entwicklungspolitische Basis. Saarbrücken, Fort Lauderdale: Breitenbach.
- SPYKMAN, N. (1944): The geography of peace. New York. Online verfügbar unter: <https://de.scribd.com/document/855429528/The-Geography-of-the-Peace-Nicholas-John-Spykman-1944> (Stand 06.08.2025)
- STATISTA RESEARCH DEPARTMENT. (2024): Umfrage zur Höhe der Verteidigungsausgaben in Deutschland 2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1452114/umfrage/umfrage-zur-hoehe-der-verteidigungsausgaben-in-deutschland/> (Stand 10.02.2026)
- STEVENS, B. & SCHIEB, P. A. (2007): Infrastructure to 2030: Main findings and policy recommendations. In Infrastructure to 2030 (Vol. 2, pp. 19–106). OECD Publishing.

- STITTENEDER, T. (2019): ifo Migrationsmonitor – Einblicke in die internationale Migration: Chancen und Herausforderungen. ifo Schnelldienst, 72(10), 34–39.
- STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE (2025, June): SIPRI Yearbook 2025: Summary — Armaments, Disarmament and International Security. [https://www.sipri.org/sites/default/files/2025-06/yb25\\_summary\\_en.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2025-06/yb25_summary_en.pdf) (Stand 10.02.2026)
- STRANGIO, S., LI, M., & LI, X. (2025) : Local rivalries, foreign entanglements: The role of domestic politics in Cambodia's Chinese embrace. *International Journal of Asian Studies*, 22(1), 66–82.
- STUENKEL, O. (2020): *The BRICS and the future of global order*. Lexington Books.
- SUMMERS, T. (2016): China's 'New Silk Roads': Sub-national regions and networks of global political economy. *Third World Quarterly*, 37(9), 1628–1643.
- SWAINE, M. D., & TELLIS, B. D. (2000): *Interpreting China's grand strategy*. RAND Corporation.
- TILL, G. (2013): *Seapower: A guide for the twenty-first century*. Routledge.
- U.S. AIR FORCE. (2025): Air Force Global Strike Command: Air Forces Strategic-Air. <https://www.af.mil/About-Us/Fact-Sheets/Display/Article/104462/air-force-global-strike-command-air-forces-strategic-air/> (Stand 10.02.2026)
- U.S. BUREAU OF ECONOMIC ANALYSIS (2025): U.S. International Transactions, 4th Quarter and Year 2024. <https://www.bea.gov/news/2025/us-international-transactions-4th-quarter-and-year-2024> (Stand 10.02.2026)
- UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT. (2025a): Global trade update: The role of tariffs in international trade. <https://unctad.org/system/files/official-document/ditcinf2025d1.pdf> (Stand 10.02.2026)
- UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT. (2025b). World Investment Report 2025: International investment in the digital economy. <https://doi.org/10.18356/9789211073843> (Stand 10.02.2026)
- UNITED STATES NAVY. (o.J.): Mission. <https://www.navy.mil/About/Mission/> (Stand 10.02.2026)
- USA READS. (o.J.): The literacy crisis in America. <https://usareads.org/the-literacy-crisis-in-america/> (Stand 10.02.2026)
- VAN BREEVOORT, S. (2025). Das Südchinesische Meer. Eine Projektionsfläche für den Anspruch auf Macht und Raum. In Leiter Geoinformationsdienst der Bundeswehr (Hrsg.), *Geopolitische Information 1/2024*. Selbstverlag Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Euskirchen. <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5937726/4c21092056da8191e2307678ab1af267/2025-1-geopolitische-information-web-data.pdf> (Stand 03.03.2026)
- VAN BREEVOORT. (2026, in Vorbereitung): Die Erosion der liberalen Weltordnung: Analyse globaler Machtverschiebungen und regionaler Dynamiken. In Leiterin Geoinformationsdienst der Bundeswehr (Hrsg.), *Geopolitische Information 2/2026*. Euskirchen: Selbstverlag Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr.
- VAN RENSBERGEN, A. (2025): How bureaucracy and underfunding undermine EU military mobility. <https://www.theparliamentmagazine.eu/news/article/bureaucracy-and-underfunding-undermine-eu-military-mobility> (Stand 10.02.2026)
- VANHAM, P. (2019, January 17): How Globalization 4.0 fits into the history of globalization. <https://www.weforum.org/stories/2019/01/how-globalization-4-0-fits-into-the-history-of-globalization/> (Stand 10.02.2026)
- VARGHESE, P. (2019): The Indo-Pacific and its strategic challenges: An Australian perspective (No. 4). ISEAS–Yusof Ishak Institute.
- VARWICK, J. (2023): Taugt die realistische Theorieschule zur Erklärung des russischen Kriegs gegen die Ukraine? <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2023-1007/html> (Stand 10.02.2026)
- VEBLEN, T. (1898): Why is economics not an evolutionary science? *The Quarterly Journal of Economics*, 12(4), 373–397.
- VINER, J. (1937): *Studies in the theory of international trade*. Routledge.
- VINER, J. (1948): *Power versus plenty: A study of mercantilism as political economy*. Boston: Houghton Mifflin.
- VOGEL, E. F. (2011): *Deng Xiaoping and the transformation of China*. Harvard University Press.
- VON THÜNEN, J. H. (1966): *Isolated state: An English edition of Der isolierte Staat*. Pergamon Press.
- VOPPEL, G. (1975): *Wirtschaftsgeographie*. Stuttgart.

- WALLERSTEIN, I. (1974): *The modern world-system I: Capitalist agriculture and the origins of the European world-economy in the sixteenth century*. New York: Academic Press.
- WALLERSTEIN, I. (1980): *The modern world-system II: Mercantilism and the consolidation of the European world-economy, 1600–1750*. New York: Academic Press.
- WALLERSTEIN, I. (1989): *The modern world-system III: The second great expansion of the capitalist world-economy, 1730–1840s*. San Diego, CA: Academic Press.
- WALLERSTEIN, I. (o.J.): *The modern world-system [Excerpt]*. In P. Halsall (Ed.), *Modern History Sourcebook*. Fordham University. <https://origin.web.fordham.edu/halsall/mod/Wallerstein.asp> (Stand 24.07.2025)
- WANG, L. (2016): *Poverty alleviation investment and private economy in China*. Springer.
- WEBER, A. (1929): *Theory of the location of industries*. University of Chicago Press.
- WEEDE, E. (2005): *Frieden durch Kapitalismus. Eine Ergänzung und Alternative zum demokratischen Frieden*. *Internationale Politik*, 7, 65–73.
- WEISS, L. (2010): *The state in the economy: Neoliberal or neoactivist?* In G. Morgan, J. Campbell, C. Crouch, O. K. Pedersen, & R. Whitley (Eds.), *The Oxford handbook of comparative institutional analysis* (pp. 183–209). Oxford University Press.
- WHITE & CASE LLP. (2025): *Foreign direct investment reviews 2025: Germany*. <https://www.whitecase.com/insight-our-thinking/foreign-direct-investment-reviews-2025-germany> (Stand 10.02.2026)
- WIGELL, M. & VIHMA, A. (2016): *Geopolitics versus geoeconomics: The case of Russia's geostrategy and its effects on the EU*. *International Affairs*, 92(3), 605–627.
- WIGNARAJA, G., PANDITARATNE, D., KANNANGARA, P. & HUNDLANI, D. (2020): *Chinese investment and the BRI in Sri Lanka*. <https://www.chathamhouse.org/2020/03/chinese-investment-and-bri-sri-lanka> (Stand 10.02.2026)
- WILLIAMSON, V. (2023): *Understanding democratic decline in the United States*. *Political Studies Journal*.
- WILSON, D., & PURUSHOTHAMAN, R. (2003): *Dreaming with BRICS: The path to twenty-first century prosperity*. Global Economics Paper No. 99. Goldman Sachs.
- WORLD BANK GROUP (2019): *Middle income traps – Implications for development policy*. Washington, DC: World Bank.
- WORLD BANK (2020): *World development report 2020: Trading for development in the age of global value chains*. <https://www.worldbank.org/en/publication/wdr2020> (Stand 10.02.2026)
- WORLD ECONOMIC FORUM (2026): *Special Address by Mark Carney, Prime Minister of Canada, World Economic Forum Annual Meeting 2026 [Video]*. Minute 02:55–14:54. Abgerufen am 27. Januar 2026, von <https://www.youtube.com/watch?v=f1sgJe8mN-A>.
- WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION (2023). *World intellectual property indicators 2023*. Geneva: WIPO. <https://doi.org/10.34667/tind.48541>
- WORLD TRADE ORGANIZATION (2025): *World trade statistical review 2025*. WTO.
- YU, J., & WALLACE, J. (2021): *What is China's Belt and Road Initiative (BRI)? Explaining China's motives for the BRI, perception of the initiative internationally, and how the Belt and Road may evolve in the future*. <https://www.chathamhouse.org/2021/09/what-chinas-belt-and-road-initiative-bri> (Stand 10.02.2026)
- ZDFHEUTE (2025): *Politbarometer: Mehrheit für Aufrüstung der Bundeswehr – auch mit Schulden*. ZDF. <https://www.zdfheute.de/politik/politbarometer-sondervermoe-gen-bundeswehr-aufruestung-100.html> (Stand 10.02.2026)
- ZENZ, A. (2019): *"Beyond the camps": Beijing's mass detention strategy*. Jamestown Foundation Report.
- ZHONGYING, P. (2020): *From Tao Guang Yang Hui to Xin Xing: China's complex foreign policy transformation and Southeast Asia*. ISEAS-Yusof Ishak Institute.
- ZHOU, H., & ZHENG, M. (2024): *Foreign direct investment and green innovation in China: An examination of quantile regression*. <https://doi.org/10.1016/j.igd.2024.100150> (Stand 10.02.2026)
- ZIMMT, R. (2025): *The Israel–Iran war: Concluded but not resolved (INSS Insight No. 1998)*. <https://www.inss.org.il/publication/israel-iran-war> (Stand 10.02.2026)

## ÜBER DEN GUTACHTER



**Professor Dr. Christian von Soest** leitet die Politikberatung und das Berlin Büro des German Institute for Global and Area Studies (GIGA). Er ist außerdem Honorarprofessor an der Universität Göttingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf Geopolitik, internationalen Sanktionen und Interventionen, autoritärer Politik und politischer Legitimität. Christian von Soest schreibt die wöchentliche Kolumne „Weltblick“ für F.A.Z. PRO Weltwirtschaft, war zweimal an das Auswärtige Amt abgeordnet und arbeitete 2013/14 als Fritz Thyssen Fellow an der Harvard University.

## ÜBER DIE AUTOREN

**Prof. Dr. Werner Halver** war 2009 Gründungsdekan des Wirtschaftsinstituts der Hochschule Ruhr West sowie seither Hochschullehrer für Internationale Wirtschaft, Weltwirtschaftsgeographie und Wirtschaftspolitik. Zuvor arbeitete er an der Universität zu Köln sowie an der FH Koblenz. Seine räumlichen Arbeitsschwerpunkte sind Westasien, Europa und die USA. Seine Forschungsinteressen gelten der Analyse von Entwicklungsmöglichkeiten von aufstrebenden und entwickelten Volkswirtschaften sowie der wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten des Globalisierungsprozesses. Seit 2018 vertritt er auch die Bereiche Geoökonomik und Geopolitik an der Hochschule Ruhr West. Viele Auslandsaufenthalte in Asien, Amerika und der EU haben Einfluss genommen auf seinen generalistischen Ansatz zum Verständnis weltwirtschaftlicher Prozesse und den damit verbundenen wirtschafts- und geopolitischen Herausforderungen. Er ist ein Vertreter des Ordoliberalismus und der Institutionenökonomik.



**Christopher J. Godwin** B.A. ist Masterstudent an der Universität Duisburg-Essen, wo er im Rahmen des IBEP-Masterstudiengangs Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik studiert, nachdem er 2024 seinen Bachelorabschluss in Politikwissenschaft an derselben Hochschule erworben hat. Seit Ende 2023 arbeitet er an der Hochschule Ruhr West – zunächst als studentische Hilfskraft und derzeit als wissenschaftliche Hilfskraft. Weitere Erfahrungen sammelte er im Rahmen eines Austauschsemesters an der National Sun-Yat-Sen-Universität in Kaohsiung, Taiwan (2025/26), sowie durch Programme im Fernen Osten Russlands (2021) und durch seine Tätigkeit an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (2024). Zu seinen Fachgebieten gehören indopazifische Angelegenheiten, Sicherheitspolitik und Konfliktforschung.



**Tim Hildebrandt**, M.A., M.A., ist Doktorand und Lehrbeauftragter für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter für Geopolitik, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeographie an der Hochschule Ruhr West. Er studierte Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre in Duisburg und Mülheim an der Ruhr. Während Studium und Promotion sammelte er Praxiserfahrung in öffentlichen und privaten Institutionen in Brüssel, Skopje, Moskau, Bangkok, Phnom Penh und Shanghai. Darüber hinaus ist er freiberuflich für diverse nationale und internationale Institutionen in Analyse und Beratung tätig.

**Oberstleutnant Sebastian van Breevoort** hat einen Masterabschluss in Humangeographie von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Seit 2015 ist er beim Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr tätig. Nach langjährigen Erfahrungen in der multinationalen GeolInfo-Einsatzberatung einschließlich eines Auslandseinsatzes in Afghanistan und einem Dienstposten in der Landeskundlichen Beratungszentrale wechselte er 2024 in das Dezernat Geopolitik. Dort schlägt er die Brücke zwischen akademischer Forschung und angewandter Sicherheits- und Geopolitikanalyse.



# LETZTE VERÖFFENTLICHUNGEN

PEER-REVIEWED

GEOPOLITISCHE INFORMATION 3/2025

Indien als geopolitischer Akteur



  
BUNDESWEHR

PEER-REVIEWED

GEOPOLITISCHE INFORMATION 2/2025

Konfliktkonstellationen im westlichen Sahel  
(Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad)



  
BUNDESWEHR

PEER-REVIEWED

GEOPOLITISCHE INFORMATION 1/2025

Das Südchinesische Meer.  
Eine Projektionsfläche für den Anspruch auf Macht und Raum.



  
BUNDESWEHR

PEER-REVIEWED

GEOPOLITISCHE INFORMATION 2/2024

Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den arktischen Raum



  
BUNDESWEHR

# LETZTE VERÖFFENTLICHUNGEN





## IMPRESSUM

Herausgeber:  
Leiterin Geoinformationsdienst der Bundeswehr

Verfasser:  
Prof. Dr. Werner Halver  
Tim Hildebrandt  
Christopher J. Godwin  
Sebastian van Breevoort

Redaktion:  
Dezernat GeolInfo Fachpublikationen/FIS  
Zitationsvorschlag:  
HALVER, W.; HILDEBRANDT, T.; GODWIN, C. J. & VAN BREEVOORT, S. (2026): Geoökonomie als geopolitischer Machtfaktor: Handlungsoptionen im Kontext von Interessenspolitik. In: Leiterin Geoinformationsdienst der Bundeswehr (Hrsg.): Geopolitische Information 1/2026. Selbstverlag Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Euskirchen.

Anschrift:  
Zentrum für Geoinformationswesen  
der Bundeswehr  
Dezernat Forschungsmanagement GeolInfoDBw  
Frauenberger Str. 250  
53879 Euskirchen  
Tel.: 02251 953 - 4130  
FspNBw: 90 3461 - 4130  
E-Mail: [ZGeoBwPressearbeit@bundeswehr.org](mailto:ZGeoBwPressearbeit@bundeswehr.org)  
Internet: <https://cir.bundeswehr.de/zgeobw>

Stand: März 2026  
Druck: G26-1043  
Die Geopolitische Information ist eine Fachzeitschrift des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr.  
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

